

# Neues Bier vom TVB Kufsteinerland und Schwoicher Brauerei

**D**er TVB Kufsteinerland hat gemeinsam mit der Schwoicher Brauerei Bierol ein Bier kreiert. Das Ergebnis mit dem Namen „Kufsteinerland Kultur-Sud“ ist ein charakterstarkes, helles Lagerbier. Es soll sowohl die große kulturelle und kulinarische Vielfalt als auch das hochwertige Kulturangebot des Lebensraums widerspiegeln. Das Bierunikat steht darüber hinaus für den Genuss eines Tiroler Qualitätsprodukts und wird in den wichtigsten Herkunftsländern bereits im Tourismusmarketing eingesetzt.

„Die Seele des Kufsteinerlandes erschließt sich durch seine Menschen, die Natur und Kultur, sein Herz über die Kulinarik. Wir sind großartige Gastgeber im Kufsteinerland, haben eine tolle Gastronomie und Hotellerie



V. l.: GF Sabine Mair (TVB Kufsteinerland), TVB-Obmann Georg Hörhager und GF Lisa Luginger-Bichler (Bierol).

Foto: TVB Kufsteinerland/Christian Forcher

und zum Glück auch viele klein strukturierte Produktionsbetriebe regionaler Lebensmittel wie Milch, Käse, Wurst, Speck, Honig oder Brotspezialitäten. Für uns Einheimische und für unsere Gäste ist das sehr wertvoll. In Schwoich haben wir eine moderne, innovative Brauerei, die hervorragende Bierspezialitäten produziert“, sagt Georg

Hörhager, Obmann des TVB Kufsteinerland.

Passend zur erfolgreichen Positionierung und strategischen Ausrichtung des Kufsteinerlandes auf Kulturerlebnis haben die Verantwortlichen im Tourismusverband nun den „Kultur-Sud“ entwickelt. In einer ersten limitierten Auflage wurden 500 Liter des Lagerbiers gebraut.

Eingesetzt wird das Bier bereits für verschiedene Werbemaßnahmen in den wichtigsten Herkunftsländern, bei Medienterminen und Partnermeetings. „In erster Linie soll der ‚Kultur-Sud‘ potenziellen Gästen Lust auf Urlaub im Kufsteinerland machen“, so Hörhager.

Erhältlich sein wird das Bier aber auch bei diversen TVB-Events wie den glücktagen im Kufsteinerland und bei Veranstaltungen mit Unterstützung des TVB.

Lisa Luginger-Bichler, Geschäftsführerin der Brauerei Bierol, sieht in der Kooperation eine Win-win-Situation: „Dass der TVB uns regionale Produzenten und Unternehmen mitdenkt, ist ganz wichtig.“

Das limitierte Bier kann im Webshop von Bierol ([www.bierol.at](http://www.bierol.at)) und im Info-Büro des Tourismusverbandes erworben werden.

Kufsteinblick 13.9.2024

# Alles im Fluss – Ausbau Kläranlage

Spatenstich Kläranlage Niederndorf: 5,2 Millionen Euro, Fertigstellung 2026.

CHRISTIANE NIMPF

NIEDERNDORF. Am 12. September fand in Niederndorf der symbolische Spatenstich für die lang erwartete Erweiterung der Kläranlage statt. Ein Projekt, das die Gemeinden der Region Untere Schranne für die nächsten Jahrzehnte wappnen soll. Bürgermeister der Gemeinde Ebbs, Josef Ritzer, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte alle Anwesenden, darunter Vertreter der ausführenden Firma Bodner, die den Zuschlag für die Bauarbeiten erhalten hat. Die Erweiterung sei notwendig geworden, um den steigenden Anforderungen der Region gerecht zu werden, sowohl was die Umweltauflagen als auch das Wachstum der Bevölkerung betreffe.

## Steigende Anforderungen

Die Kläranlage in Niederndorf wurde 1987 in Betrieb genom-



Symbolischer Spatenstich – die Klärwerkanlage in Niederndorf wird ausgebaut und das Beckenvolumen auf 5.000 Kubikmeter verdoppelt. Foto: Nimpf

men und hat somit über drei Jahrzehnte lang gute Dienste geleistet. Doch die steigenden Anforderungen erfordern nun eine Erweiterung der Kläranlage. „Aufgrund der Entwicklung unserer Region und der Entwicklung bei den Parametern, die immer strenger werden, ist eine Erweiterung notwendig“, weiß Ritzer. Die Erweiterung ermögliche, dass weiterhin Bauvorhaben in den betroffenen Gemeinden genehmigt werden können, ohne dass

die Kapazitäten der Kläranlage erschöpft wären. Das Projekt umfasst nicht nur eine Verdoppelung des Klärbeckens, sondern auch die Modernisierung der technischen Anlagen, darunter Rohrleitungen, Lüftungssysteme und Elektrotechnik. Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 5,2 Millionen Euro. „Nach Abschluss der Bauarbeiten in rund 2 bis 2,5 Jahren soll die Anlage wieder für mindestens die nächsten 30 Jahre den Anforderungen gerecht werden“, so Ritzer.

## ZUR SACHE

Die Finanzierung wird durch einen Beteiligungsschlüssel auf die jeweiligen Gemeinden aufgeteilt. Zusätzlich werden Förderungen aus dem Umweltbereich des Bundes erwartet. Neben der Verdoppelung des Beckenvolumens auf 5.000 Kubikmeter wird die mechanische Reinigung, die seit 40 Jahren in Betrieb ist, grundlegend saniert. Ein Besprechungs- und Aufenthaltsraum für das Betriebspersonal wird ebenso errichtet wie eine Station für die Übernahme von Fetten. Ein weiteres zentrales Element des Umbaus ist die Verlagerung und Vergrößerung der Tierkörpersammelstelle. Ritzer merkte an, dass dieser Teil der Anlage für die Bauern der Region von großer Bedeutung sei und daher modernisiert werde, um auch zukünftig den Anforderungen gerecht zu werden. Die Bauarbeiten sollen bis 2026 abgeschlossen sein, dann wird Niederndorf eine moderne und zukunftsfähige Kläranlage haben, die den wachsenden Anforderungen der Region gerecht wird.

Betriebsblatt  
18.9.2024

Sch

MEINBEZIRK.AT 18./19. Sept. 24

## TVB & Bierol präsentieren: „Kufsteinerland Kultur-Sud“

KUFSTEIN, SCHWOICH. Der Tourismusverband Kufsteinerland und die Schwoicher Brauerei Bierol haben ein neues Bier mit dem Namen „Kufsteinerland Kultur-Sud“ kreiert. Dieses helle Lagerbier verkörpert die kulturelle und kulinarische Vielfalt sowie das hochwertige Kulturangebot der Region und wird bereits im Tourismusmarketing in den wichtigsten Herkunftsländern verwendet.

„Die Seele des Kufsteinerlandes erschließt sich durch seine Menschen, die Natur und Kultur, sein Herz über die Kulinarik“, so Georg Hörhager, Obmann des TVB Kufsteinerland. Der „Kultur-Sud“ wurde in einer ersten Auflage von 500 Litern gebraut und wird für Werbemaßnahmen, Medientermine und Partnermeetings eingesetzt. Das Bier wird auch bei TVB-Events wie den glück.tagen und dem Internationalen Literaturfestival Sprachsalz angeboten. Auch Lisa Luginger-Bichler, Geschäfts-



**TVB-Obmann Georg Hörhager, GF-Bierol Lisa Luginger-Bichler.** Foto: Forcher

führerin der Brauerei Bierol, sieht die Kooperation als Win-win-Situation: „Die Zusammenarbeit ist ein echtes Best-Practice-Projekt, und wir freuen uns, wenn unser Produkt so gut ankommt und vielleicht sogar Lust auf Urlaub im Kufsteinerland macht.“

# Drei Viertel des Waldes im Kaisertal gefährdet

Ein Bericht des Landes zur Verjüngungsdynamik zeigt die Folgen zu großer Schalenwildpopulationen auf und befeuert die Jagd-Debatte.

Von Jasmine Hrdina

**Kufstein** – Es hat sich bestätigt, erneut. Der Wald im Kufsteiner Kaisertal ist zunehmend gefährdet. Der aktuelle Jagdteilgebietsbericht des Landes Tirol kommt zum Ergebnis, dass es für fast drei Viertel des Waldes mittleren oder sogar hohen Handlungsbedarf gibt. Der Wald verjüngt sich nicht so, wie es sein sollte. Das Ergebnis befeuert damit die Debatte rund um das Management für die Jagd im Schutzgebiet. Bekanntermaßen lässt die Stadtgemeinde Kufstein als Grundbesitzer den Pachtvertrag mit der deutschen Industriellenfamilie Henkel nach rund 70 Jahren auslaufen und will künftig selbst schießen (lassen).

## Wildverbiss setzt Bäumen zu

Man verspricht sich mehr Kontrolle über Abschüsse und damit einen gesünderen Wald. Zurückzuführen ist die schlechte Bilanz nämlich vor allem auf die hohe Anzahl von Schalenwild. Reh, Hirsch und Gams nagen gerne an den jungen Trieben der Bäume und verhindern so, dass die Pflanzen groß werden. Das sogenannte „Fegen“ setzt ihnen ebenso zu. Dabei reiben Böcke ihr Geweih an den Stämmen und Ästen, um die alte Haut über dem erneuerten Geweih loszuwerden. Auf einzelnen Flächen setzt die Beweidung mit Nutztieren dem Wald zusätzlich zu.

Besonders kritisch: Betroffen sind vor allem Ahornbäume und Tannen. Diese sind für einen stabilen und klimafitten Bergwald von besonderer Bedeutung, heißt es von Seiten des Landes. Hinzu kommen die Bestrebungen der Stadtgemeinde Kufstein.



Wildverbiss und Fegespuren wirken sich negativ auf die Verjüngungsdynamik aus. Drei Viertel des Waldes weisen einen mittleren bis hohen Handlungsbedarf aus. Das betrifft vor allem Jagd und Forst.

Foto: Böhm

Diese bezieht Trinkwasser aus dem Kaisertal und will dafür die forstwirtschaftliche Nutzung einstellen, stattdessen strebt man einen Quellschutzwald an. Auch für einen solchen braucht es insbesondere Laubhölzer und Tannen.

## Negativer Spitzenwert

Das Land beurteilt die Verjüngungsdynamik der Tiroler Wälder regelmäßig. Für das 2800 Hektar große Jagdrevier im Kaisertal lag der mittlere Handlungsbedarf 2020 bei 18 Prozent. Drei Jahre später war er auf knapp 34 Prozent gestiegen, weitere 14 Prozent wiesen hohen Handlungsbedarf auf. Heuer entwickelte sich die Lage mit rund 14 Prozent hohem und fast 59 Pro-

„Der Umbau zu einem Quellschutzwald kann nur unter engem Schulterschluss der Forst- und Jagdakteure gelingen.“

Stellungnahme Land Tirol

zent mittlerem Handlungsbedarf weiter ins Negative.

Zum Vergleich: Tirolweit weisen insgesamt rund 39 Prozent der befundeten Waldflächen einen mittleren bis hohen Handlungsbedarf auf. Im gesamten Bezirk Kufstein liegt dieser Wert bei 37 Prozent.

## Forst und Jagd gefordert

Der Bericht dürfte Wellen schlagen, ist sich die

Kommunalpolitik doch bei der Neuregelung der Jagd nicht einig. Ab April 2025 soll ein neu anzustellender Berufsjäger zum Gewehr greifen, zudem sollen Jagdkarten ausgegeben werden. Während Befürworter mehr Kontrolle ins Spiel bringen, listen Gegner der Pläne die Kosten dafür auf. Allein durch die Verpachtung des Jagdreviers entgehen der Stadtgemeinde jährlich 80.000 Euro.

Beim Land verweist man im Zusammenhang mit dem Bericht darauf, „dass der Umbau zu einem stabilen, klimafitten Quellschutzwald nur unter Zusammenarbeit und einem engen Schulterschluss der verantwortlichen Forst- und Jagdakteure gelingen kann“.

# Chefwechsel bei Tirols Volkspartei

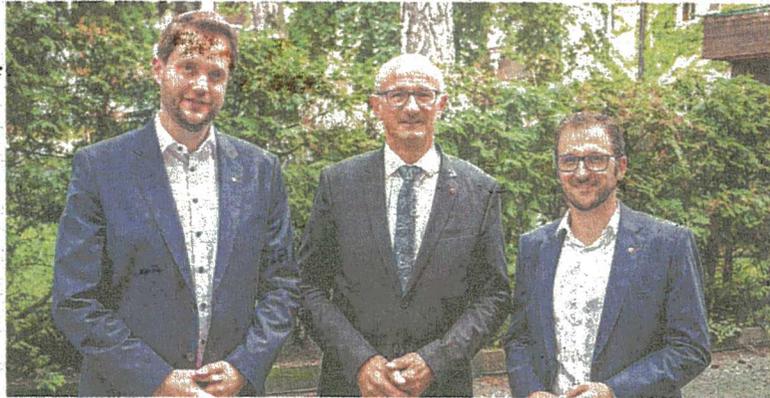
Klotz wird neuer Landesgeschäftsführers; Kolland und Falkner treten zurück.

CHRISTIANE NIMPF

KUFSTEIN, TIROL. In der Landesgeschäftsstelle der Tiroler Volkspartei kommt es zu einer Veränderung. Der Außerferner Florian Klotz übernimmt als Geschäftsführer eine spannende, neue Aufgabe, aber auch eine enorme Verantwortung. Florian Klotz kündigt an, dass er sich voll und ganz auf die Aufgaben in der Tiroler Volkspartei konzentrieren will: „Deshalb beende ich meine anderen beruflichen Tätigkeiten und ziehe mich aus dem Präsidium des Tiroler Gemeindeverbandes zurück.“

## Kolland: Fokus Bezirksarbeit

Der bisherige Landesgeschäftsführer LA Sebastian Kolland wird den politischen Schwerpunkt zukünftig auf seine Funktionen und Tätigkeiten als Landtagsabgeordneter, Bezirksparteiobmann von Kufstein und Vizebürgermeister von Ebbs legen. Es betont, dass so-



Künftiger Landesgeschäftsführer Florian Klotz, LH Anton Mattle und Sebastian Kolland (v.l.).

Foto: Fettingner

wohl Margreth Falkner als auch er den neuen Landesgeschäftsführer Florian Klotz auch über den 1. Juli hinaus mit voller Kraft und ihrer ganzen Erfahrung bei der Vorbereitung der Nationalratswahl im Herbst unterstützen werden. Landeshauptmann Anton Mattle bedankte sich in einer Aussendung bei Kolland „für seine Arbeit als Landesgeschäftsführer und die

geschlagene Europawahl“, und bei Margreth Falkner, die im Herbst als Spitzenkandidatin für das Tiroler Oberland ins Rennen gehen wird und ihr Amt als stellvertretende Landesgeschäftsführerin ebenfalls zurücklegen wird. Mattle ist überzeugt, dass Florian Klotz mit seiner Führungsstärke viele neue, frische Ideen und Ansätze in die Partei einbringen wird.

# Rekordschulden in Gemeinden

Tirols Kommunen haben 1,431 Milliarden Euro Schulden,  
117 sind stark bzw. voll verschuldet.

**Innsbruck** – Zwar weisen die 277 Gemeinden und Städte mit 1586 Euro die viertgeringste Pro-Kopf-Verschuldung nach Salzburg, dem Burgenland und Kärnten aus, aber dennoch: Im Vorjahr gab es einen alarmierenden Anstieg der Schuldenlast. In den Kommunen selbst beträgt sie 1,196 Milliarden Euro, dazu kommen noch 235 Millionen Euro an Verbindlichkeiten bei den Gemeindeverbänden (Krankenhäuser, Abfallwirtschaft,

etc.). Die Haftungen für ausgelagerte Kommunalgesellschaften konnten hingegen von 710,1 auf 672,7 Millionen Euro reduziert werden. Der durchschnittliche Verschuldungsgrad ist somit von 26 auf 42 Prozent angestiegen. Diese Zahlen gehen aus dem seit gestern vorliegenden Gemeindefinanzbericht hervor.

Was besonders auffällt: 67 Gemeinden sind von einer mittleren Verschuldung unter 50 Prozent in eine starke Ver-

schuldung über 50 Prozent gerutscht. Die Anzahl hat sich mehr als verdoppelt. 49 Gemeinden, die meisten davon im Außerfern und in Osttirol, sind voll verschuldet.

Gemeindereferent und Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) verweist darauf, dass 2023 für die Kommunen ein herausforderndes und schwieriges Jahr gewesen sei. Vor allem bei der wichtigsten Einnahmequelle, dem Anteil an den Bundessteuern, war

ein Rückgang zu verzeichnen. Um 33 Millionen Euro weniger hatten die Gemeinden zur Verfügung. Zugleich erfolgten jedoch Ausgabensteigerungen wegen der Inflation, der Energiepreise und Personalkosten. „Als unausweichliche Folge der negativen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung gab es stark geschälerte Überschüsse aus der laufenden Gebarung, die nicht ohne Einfluss auf die Verschuldungssituation der

Gemeinden geblieben sind“, sagt Mattle. Mit der sich entspannenden Situation bei den Energiekosten und der Teuerung sowie sinkenden Zinsen hofft der Landeshauptmann jedoch auf eine Entschärfung.

Bei den Steuereinnahmen aus dem Bundesanteil verzeichneten die Gemeinden in den ersten sieben Monaten 2024 bereits wieder ein Minus von 23,7 Mio. Euro. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4

TT 25.7.2024

# 1,431 Mrd. Schulden in den Tiroler Gemeindekassen

Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, Gemeindereferent Mattle hofft auf Entspannung durch allmählich zurückgehende Teuerung.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Bereits heuer hatten sogar finanzstarke Tiroler Gemeinden Probleme, ein ausgeglichenes Budget zustande zu bringen. Deshalb dürfte sich die finanzielle Lage in den 277 Kommunen erneut zuspitzen. Denn auch die Einnahmen gehen zurück. Bereits im Vorjahr gab es ein Minus von 3,2 Prozent bei den Abgabenertragsanteilen. Also bei ihrem Anteil aus den Bundessteuern – der wichtigsten Einnahmequelle der Gemeinden. Und 2024 klappt im Vergleichszeitraum zu 2023 bereits in den ersten sieben Monaten ein Loch von 23,7 Millionen Euro. Dennoch blickt Gemeindereferent und Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP)

Gegenüber 2023 sind die Verbindlichkeiten um 36 Millionen Euro gewachsen. 117 Gemeinden sind stark bzw. voll verschuldet.

► **Ausgabendynamik:** Allein zwischen 2019 und 2023 sind die Transferzahlungen der Gemeinden an das Land wie Sozialbeiträge, Finanzierung des Gesundheitsfonds sowie Krankenhauses- oder Landesumlage von 448 auf 539 Millionen Euro angestiegen. Zwar kommt ein Großteil über Transfers von Bund und Land zurück, doch am Ende blieb ein Saldo von 20,2 Millionen Euro. Das sieht auch Anton Mattle. „Diese Beiträge u. a. zur Finanzierung der Krankenanstalten stellen eine spürbare Belastung für die Gemeindehaushalte dar.“

► **Personalkosten steigen:** Eine massive Ausgabensteigerung von 723 Mio. Euro ist bei den Personalkosten wegen der Inflation festzustellen. Die Teuerung trieb außerdem den Sachaufwand (Energie- oder Baukosten) in die Höhe. Um nicht weniger als 86 Millionen Euro.

► **Plus bei Gemeindeabgaben:** Ein Lichtblick im vergangenen Jahr waren die Einnahmen aus den Gemeindeabgaben. Sie fielen um 35,4 Mio. Euro höher aus als 2022. Vor allem die Erlöse aus der Kommunalsteuer trugen dazu bei. Für Mattle ist dies ein Signal einer stabilen Wirtschaft, obwohl sich das Klima zuletzt deutlich eingetrübt hat.

► **Bedarfszuweisungen:** Das Land unterstützt die Gemeinden mit jährlichen Ausschüttungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Im Vorjahr wurden an die Kommunen 153 Millionen Euro ausgezahlt. Der für die Gemeinden zuständige Landeshauptmann Anton Mattle sieht angesichts der angespannten Finanzsituation ein wichtiges Umdenken in den Gemeinden. „Viele haben darauf reagiert und daher bei Investitionen nach Prioritäten gereiht sowie gleichzeitig Einsparungspotenziale erhoben.“ Schließlich ist der für Investitionen notwendige Überschuss von 405 auf 283 Millionen Euro gesunken.

## Verschuldung der Gemeinden

**Pro-Kopf-Schulden.** Sie betragen 1568 Euro.

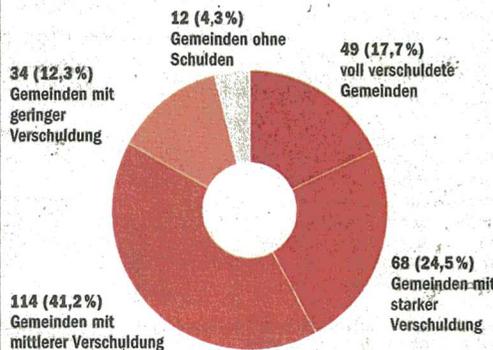
**Schulden:** Der Schuldenstand der Gemeinden beträgt 1,196 Mrd. Euro. Dazu kommen noch die Schulden der Gemeindeverbände von 235 Mio. Euro.

**Der Verschuldungsgrad** ist das prozentuelle Verhältnis der laufenden Schuldendienstverpflichtungen zum Bruttoüberschuss; 0-20% (schuldenfrei und gering verschuldet), 21-50% (mittlere Verschuldung), 51-80% (stark verschuldet) und über 80% voll verschuldet.

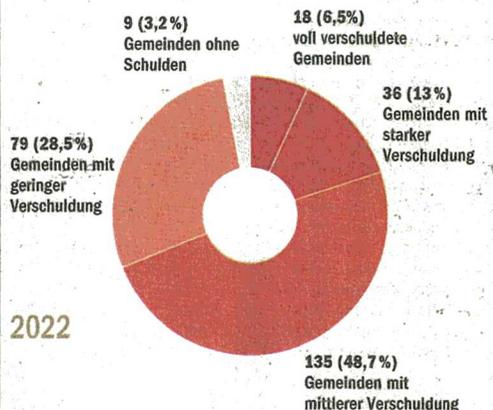
**Voll verschuldet:** 13 von 37 Gemeinden im Außerfern und sieben von 33 im Bezirk Lienz sind voll verschuldet.

**Keine Schulden:** Zwölf Gemeinden haben keine Schulden: Unterperffuss, Alpbach, Angath, Mariastein, St. Jakob in Haus, Schattwald, Stanzach, Niederdorf, Zöblen und Oberndorf.

**Pro-Kopf-Verschuldung:** Die größte weist der Bezirk Landeck mit 2665 Euro aus vor Inns mit 2224 Euro. Die geringste hat Innsbruck-Land mit 1232 Euro.



2023



2022

Quelle: Land Tirol, Grafik: Art Direction Moser Holding



„Ein ausgeglichenes Budget zustande zu bringen, war für viele Gemeinden ein nur schwer zu schaffender Balanceakt.“

LH Anton Mattle/VP (Gemeindereferent)

„hoffnungsvoll“ in die Zukunft. Er führt diesen Optimismus auf Entspannung bei den Energiekosten, sinkende Zinsen sowie eine zurückgehende Inflation zurück. Doch insgesamt sind die Gemeinden und Städte äußerst knapp bei Kasse.

► **Rekordverschuldung:** Für 2023 liegt jetzt ein ernüchterndes Finanzergebnis der Gemeinden vor. Unterm Strich gibt es eine Rekordverschuldung. 1,196 Milliarden Euro lasten auf den Gemeindebudgets, dazu kommen noch die Schulden für die Gemeindeverbände von 235 Mio. Euro.

nen  
jung

1  
1

el  
r

las  
rn  
oll  
hn  
ren  
en  
arm  
in-  
le-  
re-  
ch-  
le-  
la-

nd  
lie  
e-  
lie  
st-  
it-  
er  
m  
th  
il,  
lie  
au  
an  
ch  
it  
as

Sch

# Private zahlen für Tourismus

Tourismusabgabe zahlen laut Urteil auch Privatpersonen, nicht nur Firmen.

**Innsbruck** – Ein Gerichtsurteil könnte die Debatte um den Pflichtbeitrag an den Tourismus befeuern. Denn offenbar sind nicht nur Unternehmen dazu verpflichtet, einen Teil ihres Umsatzes an die Tourismusverbände zu zahlen, auch Privatpersonen können vom Land zur Kasse gebeten werden. Konkret war eine Tirolerin, die privat eine Wohnung als Büro an eine Anwaltskanzlei vermietet, gegen die Tourismusabgabe vor Gericht gezogen. Wie aus dem Urteil hervorgeht, argumentierte ihr Anwalt, dass die Frau als Privatperson die Wohnung vermiete. Sie sei keine Unternehmerin, daher könne sie auch zu keiner Tourismusabgabe verdonnert werden. Laut dem Gericht kommt es bei der Tourismusabgabe aber nicht darauf an, ob jemand tatsächlich unternehmerisch tätig ist. Gemäß dem Tiroler Tourismusgesetz gehe es nur darum, ob ein steuerbarer Umsatz im Sinne des Umsatzsteuergesetzes vorliegt. Egal ob als Privatperson oder als Unternehmen. Uni-Experte Beiser kritisiert die Tourismusabgabe. (mas)

Mehr auf Seite 15

TT, 24.7.27

# Tourismus-Geld: Land zapft auch Privatpersonen an

Nicht nur alle Firmen müssen einen Teil ihres Umsatzes an den Tourismus in Tirol abführen. Auch Privatpersonen kann es treffen, zeigt ein Urteil.

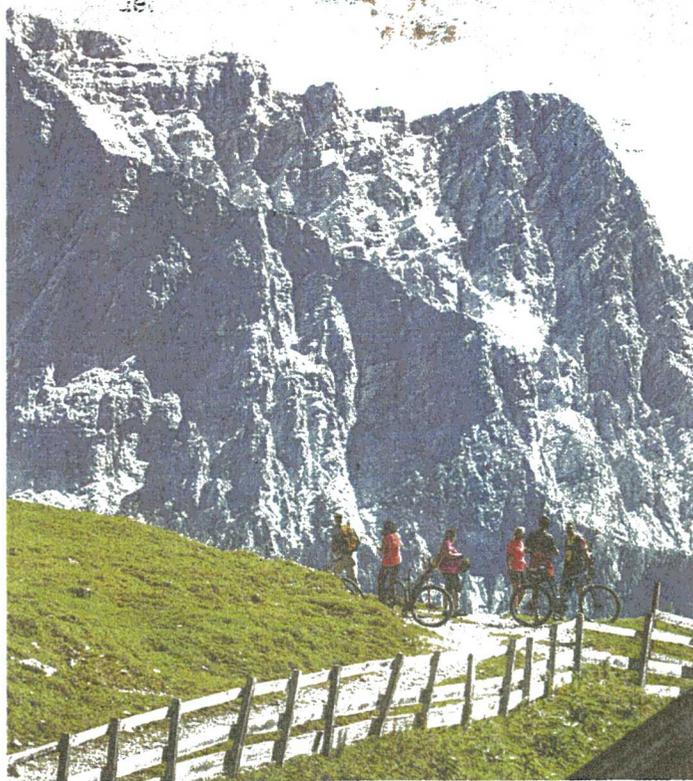
Von Max Strozzi

**Innsbruck** – Seit Monaten wird heftig um die Finanzierung der Tiroler Tourismusverbände debattiert, eine Gesetzesnovelle wird gerade ausgearbeitet. Im Zentrum der Kritik steht vor allem die Tourismusabgabe, die jeder Tiroler Unternehmer an den Tourismus abführen muss und die die TVB-Kassen mit jährlich 140 Mio. Euro füllt.

Die Kritik an dieser Zwangsabgabe dürfte nach einem Gerichtsurteil nicht verstummen. Denn darin bestätigt das Landesverwaltungsgericht Tirol die Ansicht der Landesregierung, dass nicht nur Unternehmer als Pflichtmitglieder einen bestimmten Betrag ihres Umsatzes an die Tourismusverbände abführen müssen, sondern auch Privatpersonen mit einem Tourismus-Pflichtbeitrag zur Kasse gebeten werden können.

## Gericht bestätigte Land

Bei dem Gerichtsurteil ging es konkret um den Fall einer Frau, die als Privatperson eine Wohnung als Büro an eine Rechtsanwaltskanzlei vermietet. Ihr flatterte von der Landesregierung ein Bescheid ins Haus, wonach sie für das Jahr 2024 einen Pflichtbeitrag an den TVB Innsbruck/Ferientdörfer und an den Tiroler Tourismusförderungsfonds zu zahlen habe. Vor Gericht argumentierte ihr Anwalt unter anderem, die Frau sei Privatperson und keine Unternehmerin, es bestehe keine unternehmerische Struktur und sie vermiete lediglich diese einzige Wohneinheit. Sie sei weder selbstständig noch irgendwie unternehmerisch tätig und sei daher



Mit 140 Mio. Euro an Pflichtbeitrag wird der Tourismus finanziert. Foto: Böhm

auch kein Pflichtmitglied beim TVB Innsbruck/Ferientdörfer. Deshalb könne sie auch nicht zu einem Pflichtbeitrag an den TVB verdonnert werden.

Das Gericht folgte dagegen der Ansicht der Landesregierung. Demnach können auch Privatpersonen mit dem Pflichtbeitrag zur Kasse gebeten werden, auch wenn sie keine Unternehmer sind. Denn für die Beurteilung der Abgabepflicht nach dem Tiroler Tourismusgesetz komme es nicht darauf an, ob jemand wirklich unternehmerisch tätig ist. Bei der Pflichtabgabe gehe es laut dem Tiroler Tourismusgesetz nur darum, ob ein steuerbarer

Umsatz im Sinne des Umsatzsteuergesetzes vorliegt. Und bei der Bürovermietung an eine Rechtsanwaltskanzlei handle es sich jedenfalls um solche steuerbaren Umsätze. Daher gebe es auch hier „eben grundsätzlich eine Beitragspflicht und eine Pflichtmitgliedschaft in einem Tourismusverband“, so das Gericht – egal ob Firma oder Privatperson.

## Experte kritisiert Abgabe

„Dieses Beispiel zeigt, dass die Tourismusabgabe den Kreis der Abgabepflichtigen viel zu weit zieht. Sobald man steuerbare Umsätze hat, ist man in der Abgabepflicht“, kritisiert

der Innsbrucker Uni-Professor Reinhold Beiser. Denn das Umsatzsteuergesetz, auf das sich der Tourismusbeitrag bezieht, unterscheide nicht, ob jemand Unternehmer ist oder Privatperson. „Es wäre an der Zeit, die Tourismusabgabepflicht auf jene tatsächlichen Unternehmer einzugrenzen, die unmittelbar und direkt einen Nutzen aus dem Tourismus ziehen: also Hotellerie, Seilbahnen, Skischulen etc.“

Die Landesregierung begründet die generelle Abgabepflicht bisher damit, dass jeder in Tirol mittelbar oder unmittelbar vom Tourismus profitieren würde. „Die Tourismusabgabe erfasst auch Unternehmer, die aus dem Tourismus in Tirol keinen messbaren Nutzen ziehen“, so Beiser. Wer keine Umsätze mit Touristen in Tirol erzielt, sollte aber nicht abgabepflichtig sein, fordert er. „Im Übrigen hat Wien keine Tourismusabgabe und der Tourismus floriert dennoch. Niederösterreich hat die Abgabe abgeschafft.“ Auch der Anwalt der Frau, die vor Gericht zog, meint, es sei „denkbar, flächendeckend ganz Tirol als Tourismusgebiet anzusehen“.

Die Tourismusabgabe wird gerade novelliert. An der Definition der Pflichtmitgliedschaft werde sich nichts ändern, erklärt die Landesregierung. „Eine ‚Privatperson‘ – diesen Terminus kennt das Tourismusgesetz nicht – ist dann Pflichtmitglied eines Tourismusverbandes, wenn diese steuerbare Umsätze im Sinne des Umsatzsteuergesetzes hat.“ Vermietungen zu Hauptwohnsitzzwecken seien nicht von der Abgabe umfasst.

# Tirol-Blick-Panorama KW 29

## TINETZ-Investitionen, Präsidentenkonferenz in Tirol und Tourismusabgabe

Rund drei Milliarden Euro werden in den Ausbau des Tiroler Stromnetzes investiert. Insbesondere der Photovoltaik-Boom in Verbindung mit dem Ausbau der E-Ladeinfrastruktur sowie der Umstieg auf Wärmepumpen stellen die Stromnetze im Land vor völlig neue Herausforderungen. Die TINETZ wird das elektrische Energieversorgungssystem daher in den nächsten Jahren und Jahrzehnten komplett umbauen. „Insgesamt planen wir dafür ein Rekordbudget von rund drei Milliarden Euro bis 2040 ein“, so der kaufmännische GF Thomas Trattler.

### Präsidentenkonferenz

Die Sommersitzung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs findet im Paznauntal statt. Die überbordende Auflagen- und Bürokratielawine vonseiten der EU und eine einhergehende Produktionsfeindlichkeit sowie die lau-



**Die TINETZ investiert rund drei Milliarden Euro in Tirol.**

Foto: Kainz

fund zunehmenden Forderungen vonseiten des Handels standen ebenfalls auf der Agenda wie die Problematik der großen Beutegreifer Wolf und Co. Tirols LK-Präsident Josef Hechenberger: „Das Paznaun ist eine Region, in der Tourismus und Landwirtschaft gut zusammenarbeiten. Gleichzeitig ist die bäuerliche Struktur im Paznauntal aufgrund der landschaftlichen Begebenheiten und der kleinen Betriebe ganz speziell. Deswegen findet die heurige Tagung hier statt.“



**Josef Moosbrugger und Josef Hechenberger**

Foto: Seelos

### Tourismusabgabe neu

„Trotz einiger positiver Ansätze geht die Reform an den tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei“, betont die WK Tirol. Die NEOS sehen die Reform als gescheitert. Die Grünen fordern Nachhaltigkeit bei der Tourismusabgabe. Die Liste Fritz spricht von einer Rosstäuscherei. Anton Larcher, Obmann der Tiroler Baumeistergenossenschaft, kritisiert die Neuaufstellung der Tourismusabgabe massiv und bezeichnet diese als „Mogelpackung“.

## 84 Millionen Euro für leistbares Wohnen in Tirol

Ein Plus von 530 leistbaren Wohnungen, die Aufwertung der Sanierungsinitiative um 15 Millionen Euro und die Zinsstützung um 1,5 Prozent bei Krediten. So setzt Tirol die vom Bund initiierte Offensive für bezahlbares Wohnen mit einem 84 Millionen Euro umfassenden Wohn- und Eigentumspaket um. „Das Wohn- und Eigentumspaket des Bundes bringt für Tirol insgesamt 84 Millionen Euro, die wir vor allem in leistbares Eigentum für die Fleißigen investieren wollen“, erklärt LH Anton Mattle. LHStv. Georg Dornauer: „Die Tiroler Wohnbauförderung ist ein Vorzeigemodell. Mit den neuen Adaptierungen ist es uns gelungen, dass künftig noch mehr Menschen von den Förderungen profitieren können.“ Dornauer informiert auch über aktuelle Zahlen rund um den geförderten Wohnbau. So wurden im Jahr 2024 bis jetzt 917 vom Land Tirol geförder-



**Das Tiroler Wohn- und Eigentumspaket wurde präsentiert.**

Foto: MeinBezirk

te Wohnungen errichtet. 9.600 Sanierungsansuchen mit einem Bauvolumen von 170 Millionen Euro wurden von der Verwaltung abgearbeitet. Im Rahmen der Photovoltaikförderung wurden 4.150 Ansuchen behandelt. Unterstützung für das Tiroler Paket kommt vom Sprecher der gemeinnützigen Wohnbauträger, Franz Mariacher: „Jeder zusätzliche Euro im Bereich des Neubaus sowie der Sanierung bringt ca. eine dreifache Wertschöpfung.“



**Markus Pollo (li.) und Johannes Tratter**

NHT/Forcher

### NHT zieht Bilanz und blickt in die Zukunft

Mit einer Bilanzsumme von 1,43 Milliarden Euro und einem Bilanzgewinn von 24,7 Millionen Euro kann die Neue Heimat Tirol (NHT) eine zufriedenstellende Bilanz für das Geschäftsjahr 2023 ziehen. Als große Herausforderung sieht die NHT künftig die Grundstücksakquisition. „Mit derzeit über 90.000 m<sup>2</sup> haben wir aktuell Reserven bis 2026“, erklärt Johannes Tratter (NHT-Geschäftsführer). Die NHT ist in 121 Tiroler Gemeinden tätig und hat über 20.000 Wohneinheiten in Verwaltung. Die Leerstandsquote liegt bei 0,3 Prozent, berichtet Markus Pollo (NHT-Geschäftsführer).

# Neuer Hauptmann für Kufstein

**Amtsübergabe und Abschied von Christoph Platzgummer am Dienstag: Kurt Berek ist neuer Bezirkshauptmann.**

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Seit dem 1. Juli 2024 leitet Kurt Berek die Bezirkshauptmannschaft Kufstein. Er übernimmt das Amt von Christoph Platzgummer, der nach neun Jahren in den Ruhestand tritt. Am Dienstag, den 9. Juli fand in Kufstein die offizielle Amtseinführung von Berek im Beisein von Personalreferent Landeshauptmann Anton Mattle statt, der gleichzeitig Platzgummer verabschiedete. Mattle hob die zentrale Rolle der Bezirkshauptmannschaften in Tirol hervor: Diese stellen meist die erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden sowie Verei-



**In Beisein von LH A. Mattle fand in Kufstein die Amtseinführung von Kurt Berek und die Verabschiedung von Christoph Platzgummer statt.** Foto: Land Tirol/Pötl

ne und Organisationen dar. „Hier kommt die Bevölkerung direkt mit der Verwaltung in Kontakt, sei es bei der Wohnbauförderung, der Beantragung von Reisepässen oder bei Verwaltungsverfahren. Unsere BHs setzen auf kompetente Führungskräfte, und ich freue mich sehr, dass mit Kurt Berek ein

erfahrener Jurist und Kufsteiner diese Position übernimmt. Er hat wichtige Erfahrungen im Landesdienst gesammelt und als stellvertretender Bezirkshauptmann von Innsbruck maßgeblich an der größten BH Österreichs mitgewirkt. Mit seinen frischen Ideen und Ansätzen bin ich überzeugt,

Sch

dv-  
b-  
g-  
t-

dass er die BH Kufstein professionell leiten und gut in die Zukunft führen wird.“

**Dank an Platzgummer**

Mattle dankte auch dem scheidenden Bezirkshauptmann: „Christoph Platzgummer hat die BH Kufstein seit 2015 vorbildlich geleitet. In seiner Amtszeit hat sich die BH vielseitig weiterentwickelt und den Servicegedanken ausgebaut. Auch in herausfordernden Zeiten – etwa während der Flüchtlingskrise 2015, bei Hochwasserereignissen oder in der Corona-Pandemie – hat er seine Führungsqualitäten bewiesen“, so Mattle, der Platzgummer für den wohlverdienten Ruhestand alles Gute wünschte.

Landesamtsdirektor Herbert Forster schloss sich den Glückwünschen an: „Kurt Berek hat seine fachliche Qualifikation vielfach unter Beweis gestellt. Seine Erfahrung als stellvertretender Be-

zirkshauptmann in Innsbruck ist die ideale Voraussetzung, um die BH Kufstein weiterzuentwickeln. Im Namen der Landesverwaltung danke ich auch Christoph Platzgummer für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.“

Der neue Bezirkshauptmann Berek legt besonderen Wert auf die Verbesserung des Servicecharakters: „Wir verstehen uns als bürgernaher Dienstleistungsbetrieb, der für die Menschen im Bezirk arbeitet. Es gilt, neue Technologien zu integrieren und das niederschwellige Angebot der BH Kufstein weiter auszubauen.“ Er betont auch die Bedeutung der Mitarbeiter. Die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien „der Kern“ der BH Kufstein. „Eine meiner zentralen Aufgaben wird es sein, die BH als attraktiven Arbeitgeber weiter auszubauen und neue Fachkräfte zu gewinnen“, so Berek.

x g t

g- t- g-

g  
t  
g  
b  
dv  
h

(\*) g x

= 5

## Neuer Bezirkshauptmann von Kufstein offiziell ins Amt eingeführt

**S**eit 1. Juli leitet Kurt Berek als neu bestellter Bezirkshauptmann die Geschichte der Bezirkshauptmannschaft Kufstein. Damit hat er das Amt von Christoph Platzgummer, der nach neun Jahren an der Spitze der BH in den Ruhestand getreten ist, übernommen.

und bedankt sich gleichzeitig bei seinem Vorgänger: „Christoph Platzgummer hat die BH Kufstein seit 2015 mit seiner besonnenen Art und seinem enormen Wissens- und Erfahrungsschatz vorbildlich geleitet. In seiner Amtszeit hat sich die BH Kufstein vielseitig weiterentwickelt und den Servicegedanken weiter ausgebaut.“

### Serviceorientierten Weg weitergehen

Kürzlich fand in Kufstein im Beisein von Personalreferent LH Anton Mattle die offizielle Amtseinführung statt. Gleichzeitig wurde der ehemalige Bezirkshauptmann verabschiedet. „Als Service-Einrichtungen bauen unsere BHs auf kompetente Führungskräfte. Es freut mich daher sehr, dass mit Kurt Berek ein Kufsteiner und versierter Jurist die Position des Bezirkshauptmannes von Kufstein übernommen hat. Er hat bereits wichtige Erfahrungen im Landesdienst sammeln können und in den vergangenen Jahren als stellvertretender Bezirkshauptmann von Innsbruck maßgeblich an der größten BH Österreichs mitgewirkt“, erklärt LH Mattle im Rahmen der Amtseinführung

Besonderes Augenmerk legt der nun amtierende Bezirkshauptmann in Zukunft auf die laufende Verbesserung des Servicecharakters: „Wir verstehen uns als einen bürger-nahen Dienstleistungsbetrieb, der für die Menschen im Bezirk arbeitet. Dementsprechend gilt es auch in die Zukunft zu gehen, neue Technologien mitaufzunehmen und das niederschwellige Angebot der BH Kufstein weiter auszubauen“, so BH Berek. Gleichzeitig möchte Berek den bisher gelebten engen Kontakt und das vertraute Verhältnis mit den rund 180 Mitarbeitern der BH Kufstein weiterführen.



V. l.: LH Anton Mattle und der neu bestellte Bezirkshauptmann Kurt Berek

Foto: Land Tirol/Pözl

**Chillige Grillabende mit Live-Musik**

Bis Ende August jeden Samstag ab 18.30 Uhr auf der Panorama-Terrasse

Reservieren Sie Ihren Tisch: [office@panorama-royal.at](mailto:office@panorama-royal.at)

**PANORAMA ROYAL**  
\*\*\*\*\*

Kufstein Blick  
24.7.2024

# Millionen wurden hin und her geschoben

Trotz Ausschüttungsverbots wurden 3 Mio. Euro der GemNova-Bildungspool für Liquidität verwendet.

TT, 22.07.2024 Innsbruck – Schritt für Schritt wird derzeit das Geflecht der im Vorjahr in Konkurs gegangenen GemNova-Gruppe des Tiroler Gemeindeverbands durchleuchtet. Mittlerweile lichten sich die Nebel. Zum einen mussten nämlich Bilanzen nachträglich um 3,6 Millionen Euro berichtigt werden, seit Ende 2019 dürften die sechs Gesellschaften rund um die GemNova Dienstleistungs GmbH bereits insolvent gewesen sein, vermutet Masseverwalter Stefan Geiler. Schlussendlich schlitterten sie mit 10 Millionen Euro Schulden in die Pleite.

Jedenfalls stellte sich im Sanierungsverfahren heraus, dass die Bilanzen für 2021 nicht gestimmt haben. Allein beim negativen Eigenkapital musste um 3,6 Millionen Euro nachgebessert werden, zugleich erhöhten sich beinahe im selben Ausmaß die Bilanzverluste.

Trotz der jahrelangen negativen Jahresabschlüsse erklärte die Geschäftsführung



Jahrelang schrieben die GemNova und ihre Tochterunternehmen Verluste, im Vorjahr schlitterte die Gruppe mit 10 Mio. Euro in die Pleite. Foto: Böhm

stets, dass keine Überschuldung vorliege. Obwohl das Eigenkapital fehlte, wurden ab 2016 Tochterfirmen wie die Bildungspool GmbH gegründet. Die Bildungspool hat die Gemeinden bei der Nachmittagsbetreuung unterstützt sowie die Organisation, Koordination und Durchführung der Freizeitbetreuung und Schulassis-

tenz übernommen. Die Bildungspool spielt gleichzeitig eine Schlüsselrolle im GemNova-Firmengeflecht: Sie war schließlich die Cash-Cow der Gruppe. Allerdings eine gemeinnützige Gesellschaft mit Ausschüttungsverbot.

Über die internen Verrechnungen hinaus wurden jedoch die Mittel der Bildungspool für den konzerninternen Liquiditätsausgleich verwendet. Am Ende beliefen sich die Forderungen der Bildungspool gegenüber den anderen GemNova-Firmen auf rund drei Millionen Euro, allein 2,8 Millionen gegenüber der Muttergesellschaft.

Und nicht nur das: Die GemNova-Dienstleistungsgesellschaft, die 2010 vom Gemeindeverband als erstes Unternehmen gegründet worden war, um die Kommunen bei den alltäglichen Dienstleistungen zu unterstützen, wies gegenüber ihren Töchtern finanzielle Verbindlichkeiten von 2,9 Millionen Euro auf. Wer wusste davon? Gesellschafterbeschlüsse über die Jahresbilanzen lagen nicht vor, auch keine formellen Entlastungen des Geschäftsführers. Alois Rathgeb war in allen sechs GemNova-Unternehmen Geschäftsführer. (pr)

## Bilanz-Berichtigungen

**Bilanzen wurden nachträglich berichtigt:** Bei vier von sechs Firmen der GemNova ergaben nachträgliche Bilanzberichtigungen eine enorme Steigerung des negativen Eigenkapitals und der Bilanzverluste für das Jahr 2021. Betroffen davon waren die Muttergesellschaft, die GemNova Dienstleistungs GmbH, die gemeinnützige Bildungspool-Gesellschaft, die Aus- und Weiterbildungs GmbH sowie die Fuhrparkmanagement GmbH.

**GemNova Dienstleistungs GmbH:** Im Jahr der Gründung 2010 betrug der Bilanzverlust 200.000 Euro. Er steigerte sich dann bis 2021 auf vermeintliche 1,8 Mio. Euro. Das wurde in der am 18. Dezember 2022 unterfertigten Bilanz des damaligen

Geschäftsführers Alois Rathgeb so ausgewiesen. Am 24. April 2023 musste die Bilanz im Rahmen des Sanierungsverfahrens korrigiert werden: auf einen Bilanzverlust von 4,1 Millionen Euro.

**Bildungspool, Fuhrpark sowie Aus- und Weiterbildungs GmbH:** Bei der Bildungspool musste der Bilanzverlust um 800.000 Euro, bei der Aus- und Weiterbildungsgesellschaft um 305.000 Euro und bei der Fuhrpark GmbH um 120.000 Euro nach oben korrigiert werden.

**Negatives Eigenkapital:** Das hat sich dadurch bei den Gesellschaften um 3,6 Mio. Euro erhöht. Bei der Bildungspool schienen ursprünglich sogar leicht positive Summen auf.

TT

# Vertrag mit Tiwag storniert, Gemeindeverband schreibt aus

Nach Kirchberger Stromurteil bereitet Gemeindeverband für 200 Gemeinden europarechtliche Ausschreibung für 100 Millionen Kilowattstunden vor.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die nach der Feststellungsklage vom Landesverwaltungsgericht gekippte Direktvergabe der Stromlieferung für die Unterländer Gemeinde Kirchberg hat Auswirkungen auf alle Tiroler Gemeinden. „Auch für jene, die von ihren eigenen kommunalen Stadtwerken Energie beziehen“, wie Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert betont. Die bisherige Praxis bei den Lieferverträgen könne nicht fortgesetzt werden, überwiegend seien sie direkt vergeben worden. Vor allem an den Tiroler Landesenergieversorger Tiwag.

Laut Schubert sei man immer von einer Anpassung der bestehenden Vereinbarungen ausgegangen, doch das Landesverwaltungsgericht beurteile die zuletzt abgeschlossenen Tarifpakete mit der Tiwag als neue Verträge. Am Donnerstag hat der Vorstand des Gemeindeverbands über die weitere Vorgangsweise beraten, am Ende stand ein eindeutiger Beschluss. Der im heurigen Frühjahr mit dem Landesenergieversorger erneut ausverhandelte Stromliefervertrag mit 9 Cent pro Kilowattstunde für rund 200 Gemeinden muss storniert werden, er hätte von 2025 bis 2028 gegolten.

## Rechtssicherheit notwendig

Für Schubert hat nämlich das Erkenntnis Folgen für alle jene Tiroler Gemein-



Der direkte Vertrag mit der Tiwag umfasste ein Volumen von rund neun Millionen Euro jährlich mit den Gemeinden, jetzt erfolgt jedoch eine europaweite Ausschreibung für die Energielieferung von 2025 bis 2028. Foto: imago/Wagner

den, die Energielieferverträge ohne Ausschreibung abgeschlossen haben. „Denn nach den gesetzlichen Vergabebestimmungen sind Auftragsvergaben über 100.000 Euro öffentlich auszuschreiben. Dabei müssen alle Verbraucher und Zählpunkte in einer Gemeinde auf die Vertragslaufzeit zusammengerechnet werden, um den Schwellenwert zu ermitteln.“ Das bedeute eine Ausschreibungspflicht für jene Kommunen, die sie bisher nicht erfüllt hätten.

Schubert verweist auf die notwendige Rechtssicherheit, „obwohl das Paket mit

„Um den Gemeinden Rechtssicherheit zu bieten, haben wir eine Neuausschreibung beschlossen.“

Karl-Josef Schubert  
(Gemeindeverbandspräsident)

der Tiwag gepasst hätte“. Es gehe allerdings darum, mögliche Schadenersatzforderungen und Strafen zu vermeiden. „Deshalb erfolgt eine europaweite Neuausschreibung für Strom- und Gaslieferungen.“ In Zusammenarbeit mit im Vergaberecht tätigen Rechtsanwälten

wird der Gemeindeverband die Ausschreibung nach dem „Bestbieterprinzip“ ausarbeiten und durchführen. „Um damit den gesetzlichen Vergabebestimmungen entsprechend Rechnung zu tragen und möglichst eine optimale regionale Lösung sicherzustellen“, wie Schubert ankündigt.

Das Volumen umfasst rund 100 Millionen Kilowattstunden. Ganz einfach werde es nicht werden, gibt Schubert offen zu. Angesichts steigender Energiepreise befürchtet er sogar schlechtere Konditionen gegenüber dem Tiwag-Vertrag.



Wunderbare Zirkuswelt  
Das Circus-Theater Roncalli  
wieder in den Kristallwelten.

Freitag, 19. Juli 2024 80. Jahrgang | Nummer 197

# GemNova: Gemeinden klagen Schöpf

Nach 10-Millionen-Euro-Pleite  
der GemNova bringt der Gemein-  
deverband jetzt Feststellungsklage  
auf Schadenersatz ein.

**Innsbruck** – Die Insolvenz der GemNova-Gruppe beschäftigt seit einem Jahr den Gemeindeverband. Schließlich mussten die verbandseigenen Dienstleistungsunternehmen im Vorjahr Konkurs anmelden. Die Schulden betragen rund zehn Millionen Euro. Wie konnte es so weit kommen, hat die Kontrolle versagt und seit wann war die finanzielle Schieflage der Gesellschaft bekannt? Diese Fragen stehen in Mittelpunkt der Aufarbeitung.

Seit dem Frühjahr ermittelt die Staatsanwaltschaft Innsbruck gegen den ehemaligen Gemeindeverbandspräsidenten Ernst Schöpf und Ex-GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb wegen des Verdachts der betrügerischen Krida und der grob fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen. Dem Gemeindeverband drohen von Masseverwalter Stefan Geiler Rückforderungen von meh-

ren Millionen Euro. Er sieht den Verband in der Haftung.

Der hat gestern einen weitreichenden Schritt gesetzt. Wie Präsident Karl-Josef Schubert gegenüber der *IT* bestätigt, wird gegenüber Schöpf, Rathgeb und dem seinerzeitigen Steuerberater der GemNova eine Feststellungsklage auf Schadenersatz eingebracht. „Denn wir wurden laufend falsch darüber informiert, wie es um die GemNova steht.“ Wie sich nämlich jetzt herausstellt, hat die Kerngesellschaft – die GemNova-Dienstleistungs GmbH – seit ihrer Gründung 2010 immer nur Bilanzverluste aufgewiesen. Vor dem Konkurs war dieser auf 5,2 Millionen Euro angewachsen.

Laut Schubert ist die Forderung auf Schadenersatz auch der breite Wille der Bürgermeister. (pn)

Mehr auf Seite 4

Bis

F

Lie  
se  
ler  
ge  
Li  
96  
M

# Verband fordert von Schöpf und Rathgeb Schadenersatz

Gemeindepräsident Schubert verweist darauf, „dass wir ständig falsch über die Lage der GemNova informiert wurden“. Feststellungsklage wird eingebracht.

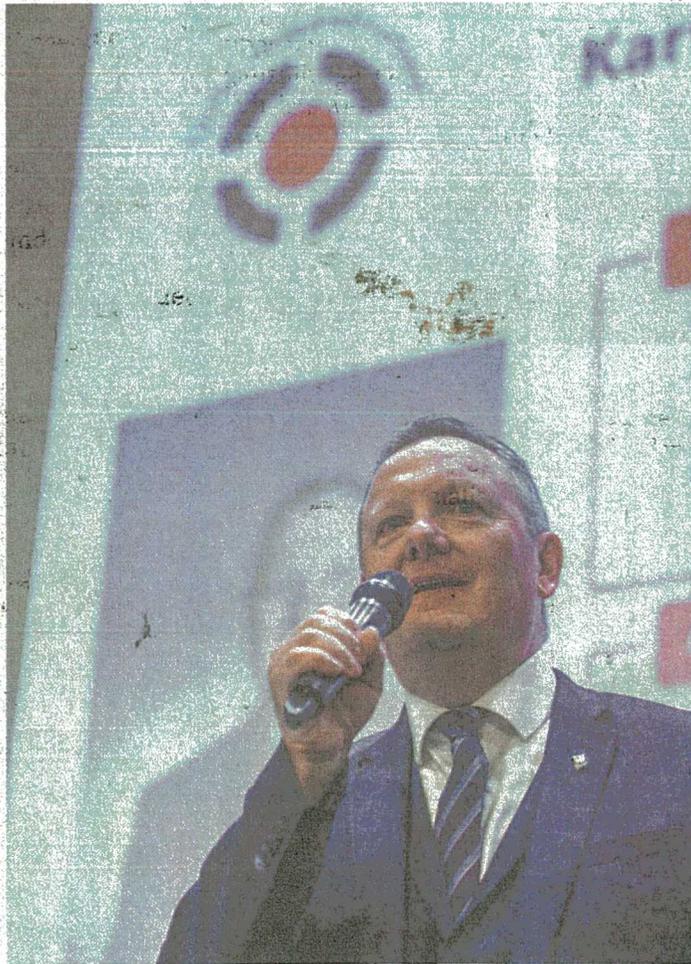
Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Ein Jahr nach der 10-Millionen-Euro-Pleite seiner Dienstleistungsgruppe GemNova fordert der Gemeindeverband jetzt Schadenersatz von Ex-Präsident Ernst Schöpf, dem ehemaligen GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb und dem Steuerberater des Unternehmens. Die Verbandsspitze war zum Handeln gezwungen, viele Bürgermeister drängten darauf. Schließlich drohen dem Gemeindeverband Rückforderungen von mehreren Millionen Euro, zum anderen geht es um die Verantwortung der seinerzeitigen Hauptakteure bei der GemNova. „Wir wurden ständig falsch darüber informiert, wie es um die GemNova-Gruppe tatsächlich wirtschaftlich steht“, sagt der seit September des Vorjahres amtierende Nachfolger von Ernst Schöpf, Karl-Josef Schubert, gegenüber der *TI-roler Tageszeitung*.

In einer Vorstandssitzung wurde deshalb am Donnerstag eine Feststellungsklage beschlossen. Das heißt, das Gericht soll feststellen, ob Schöpf, Rathgeb und der Steuerberater zur Schadenersatzhaftung verpflichtet werden können. „Dabei geht es auch um mögliche Verjährungsfristen“, erklärt Schubert.

## Stets negative Bilanzen

Für Schubert steht mittlerweile eines fest: Die 2010 vom Gemeindeverband gegründete GemNova, die die Gemeinden durch die Erbringung von Services und Dienstleistungen entlasten und bei den Herausforderungen unterstützen sollte, ist finanziell nie vom Fleck gekommen. Wie sich nämlich jetzt herausstellt, hat die ursprünglich gegründete GemNova



Für Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert ist die Feststellungsklage beim Landesgericht gegen Schöpf und Co. notwendig. Foto: Bohm

Dienstleistungsgesellschaft ausschließlich Bilanzverluste geschrieben.

Diese haben sich von 200.000 Euro auf zuletzt 5,2 Millionen Euro gesteigert.

Das gilt überwiegend auch für die später errichteten Tochter-Unternehmen wie die Bildungspool-Gesellschaft oder die Fuhrpark Management GmbH. „Uns hat man aller-

dings auf Nachfrage immer wieder versichert, dass die GemNova auf soliden Beinen stehe. Der Steuerberater sah ebenfalls keine Schiefelage“, kritisiert Schubert, der selbst dem Lenkungsausschuss der GemNova angehörte.

Schuberts Aussagen decken sich mit den Protokollen der Vorstandssitzungen im Gemeindeverband. Darin hat Geschäftsführer Alois Rathgeb die Lage der GemNova „immer grundsätzlich positiv dargestellt“, wie es heißt. 2018

„Selbst auf Nachfragen wurde uns versichert, dass die GemNova auf soliden Beinen stehe.“

Karl-Josef Schubert  
(Gemeindepräsident)

wurde sogar erklärt, dass man im kommenden Jahr schuldenfrei sein wolle. Fünf Jahre später folgte dann die Pleite.

Nicht nur die Bilanzen waren negativ, sondern auch das Eigenkapital. Dieses betrug bei der Muttergesellschaft, der GemNova Dienstleistungs GmbH Ende 2022 rund 5,2 Millionen Euro. Besonders fällt der Sprung von 400.000 Euro im Jahr 2020 auf mehr als fünf Millionen Euro zwei Jahre später auf. Zudem wurde die in der Bildungspool gebundene Liquidität über Jahre konzernweit für die Cash-Pool-Abwicklung genutzt. Schubert: „Das alles wirft natürlich viele Fragen auf.“

## Tschugg neuer Vizepräsident

Auf Vorschlag von Schubert wurde Donnerstag auch ein neuer Vizepräsident für den Gemeindetag im Herbst designiert. Der Scheffauer Bürgermeister Christian Tschugg wird Florian Klotz nachfolgen. Klotz wechselte als Geschäftsführer in die VP-Zentrale.

## GemNova-Pleite 2023

**GemNova-Gruppe:** 2010 wurde die GemNova Dienstleistungs GmbH gegründet, ab 2016 kamen weitere Unternehmen hinzu. Die Dienstleistungs GmbH hatte zuletzt 5,5 Mio. Euro Schulden.

**Bildungspool:** Die GmbH unterstützte die Gemeinden u. a. bei der Nachmittagsbetreuung und hatte rund 600 MitarbeiterInnen.

Mit 3,4 Mio. Euro Schulden schliterte sie in die Pleite.

**Vier weitere 100-Prozent-Töchter:** Die GemNova-Fuhrparkmanagement, die Pflege und Gesundheits bzw. Aus- und Weiterbildungs GmbH sowie die Personalmanagement GmbH wiesen 919.600 Euro an Verbindlichkeiten auf.

# In Zukunft mehr Nachhaltigkeit

LEADER-Verein KUUSK hat Projekte in fünf Aktionsfeldern in Umsetzung.

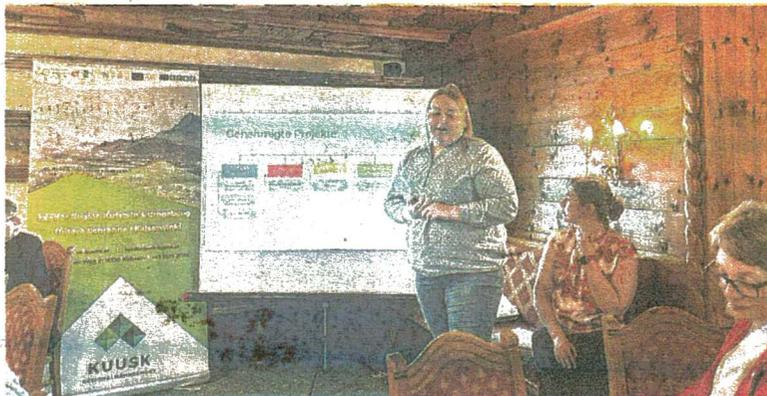
JOHANNA BAMBERGER

BEZIRK. Der LEADER-Verein KUUSK versammelte sich am 15. Mai zur 10. Generalversammlung in Kufstein.

## NACHHALTIGKEIT

meinbezirk.at/nachhaltigkeit

Obmann Josef Ritzer und Geschäftsführerin Melanie Steinbacher berichteten über die laufenden Tätigkeiten im Verein. „Mit der neuen Förderperiode beginnt auch eine Zeit voller Möglichkeiten, in der wir mit frischem Elan und innovativen Ideen die Region nachhaltig gestalten können“, so Steinbacher. Dass der LEADER-Verein aber nicht nur mit innovativen Ideen, sondern auch mit deren Umsetzung glänzt, zeigt der Tätigkeitsbericht. Bereits in allen fünf Ak-



Katharina Huber präsentierte die aktuellen Zahlen (Höhe des Förderbudgets bis 2027) und bereits genehmigte Projekte.

Foto: Regionalmanagement KUUSK

tionsfeldern der ländlichen Entwicklungsstrategie für die KUUSK-Region wurden Projekte ausgearbeitet, welche sich aktuell in der Umsetzung befinden. Beispiele dafür sind das Pflegeprojekt „Pulscare“ oder die Klima-Landwirtschaft-Modellregion. „Durch diese wichtige Thematik und das Einbinden von professio-

nellen Stakeholdern hat man den Nerv der Zeit getroffen“, meint dazu Martin Traxl vom Land Tirol. Als Gäste waren neben der Landesvertretung auch alle Vereinsmitglieder und befreundete Institutionen geladen. „Wir sind zufrieden und starten motiviert in die kommenden Jahre“, so Steinbacher.

## 22 LOKALES

### WAS IST LEADER?

LEADER ist ein Förderprogramm der Europäischen Union, das darauf abzielt, die Entwicklung ländlicher Gebiete zu unterstützen. LEADER fördert lokale Entwicklungsstrategien, die von den Menschen vor Ort entwickelt werden und auf die spezifischen Bedürfnisse und Potenziale der jeweiligen Region zugeschnitten sind.

# Top-Speaker beehrten Kufstein

Schon zum achten Mal gingen in Kufstein die „glück.tage“ über die Bühne.

CHRISTIANE NIMPF

KUFSTEIN. Gleich drei wortgewandte Redner waren bei der Veranstaltungsreihe „glück.tage“ in der Festungsstadt zu Gast: der luxemburgische Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar, der steirische Landwirt Christian Bachler sowie Falter-Chefredakteur Florian Klenk. Ranga Yogeshwar beleuchtete am Donnerstag die Chancen der Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz im Rahmen seines Vortrages „Nächste Ausfahrt Zukunft“. Er plädierte dafür, den Veränderungen mit Zuversicht zu begegnen und zeigte auf, warum es viele gute Argumente gibt, sich auf die Zukunft zu freuen. Einen Tag später, am Freitagabend, statteten „Bauer und Bobo“ (Christian Bachler und Florian Klenk) dem Stadtsaal einen Besuch ab. Die beiden hatten einige berührende Geschichten im Petto, etwa erzählte das unglei-



Die „glück.tage“-Kuratoren Brigit Enk und Hannes Treichl begrüßten zum Auftakt am Donnerstag Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar. Foto: Förcher

che Doppel, wie ihre Freundschaft entstand. Überdies diskutierten sie über Herausforderungen vieler österreichischer Landwirte sowie der regionalen Lebensmittelproduzenten. Obmann des TVB Kufsteinerland, Georg Hörhager, zeigte sich erfreut über die abermals erfolgreichen „glück.tage“. „Zwei sehr gelungene Abende liegen hinter uns – mit großartigen, inspirierenden und wortgewandten Gästen, die auch viel zu sagen haben. Schön, dass es gelungen

ist, diese Speaker ins Kufsteinerland zu bringen. Das war Infotainment auf höchstem Niveau“, so Hörhager.

„glück.tage“ im Herbst  
Im Herbst gehen die „glück.tage“ in die Verlängerung. Am 18. Oktober soll es einen weiteren Veranstaltungsabend geben, dieser wird dann aber im Festspielhaus Erl zu sehen sein. In den nächsten Wochen wird noch bekannt gegeben, wer der Stargast sein wird.

## EHRENGÄSTE

Unter die Besucherinnen und Besucher der „glück.tage“ mischten sich auch einige Ehrengäste. So ließen sich unter anderem Kufsteins Bürgermeister Martin Krumschnabel mit Gattin Andrea, TVB-Geschäftsführerin Sabine Mair, Landtagsabgeordnete Barbara Schwaighofer, die Geschäftsführerin der Tiroler Werbung Karin Seiler, Kufsteins Kulturreferent Gemeinderat Klaus Reitberger sowie Hotelier Thomas Sappl und Lebensgefährtin Sabine Gwirl (Hotel Andreas Hofer) die Veranstaltungsreihe nicht entgehen.



Bgm. Krumschnabel, Sabine Mair, G. Hörhager, Otto Dialer (v.l.). Foto: Förcher

Beiratsblätter

29. & 31. Mai 2024

# „Austausch war wichtig“

Nach fast zehn Jahren im Amt geht Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer im Juli 2024 in den Ruhestand.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer spricht im Interview mit den REGIONALMEDIEN KUFSTEIN über Herausforderungen in beinahe zehn Jahren als Bezirkshauptmann und erklärt, warum ihm ein guter Austausch besonders wichtig war.

## JUBILÄUMSAUSGABE

MeinBezirk.at/jubiläum

**REGIONALMEDIEN:** Herr Platzgummer, Sie sind seit 1. Februar 2015 als Bezirkshauptmann von Kufstein im Einsatz und gehen nun in den Ruhestand. Was waren dabei für Sie die größten Herausforderungen?

**Christoph Platzgummer:** Es waren inhaltliche Herausforderungen, zu Beginn schon die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und 2016, in der wir doch als Bezirkshauptmannschaft wichtiger Dreh- und Angelpunkt waren. Dann waren zum Teil die Schneelage und das Schneechaos eine Herausforderung, aber auch die Pandemie war für uns alle ein einschneidendes Ereignis. Das waren die wohl größten Herausforderungen. Hinzu kam noch das Alltagsgeschäft, das mir aber nie fremd war, da ich davor doch schon lange bei der Stadt Innsbruck, Magistratsdirektor und dann im Landhaus war.

Ich muss aber auch dazu sagen, dass ich Glück hatte und gut im Bezirk Kufstein aufgenommen wurde. Ich habe die Menschen im Bezirk als sehr offen und freundlich empfunden und hatte überall ein gutes Entree. Mit den Einsatzorganisationen des Bezirkes durfte ich auch ein ausgezeichnetes Verhältnis pflegen. Das lag vielfach an den handelnden Personen dort und dafür möchte ich mich auch ausdrücklich bedanken.

**Worauf sind Sie besonders stolz?**

Besonders stolz – aus dem Alter bin ich heraus, aber ich bin sehr dankbar und glücklich, dass die Amtszeit von mir, die ich erleben durfte, durchwegs als positiv beurteilt wird. Ich bin dafür dankbar, dass wir uns gegenseitig im Bezirk sehr wertgeschätzt haben. Das bedeutet mir viel.

**Was war Ihnen in Ihrer Arbeit besonders wichtig?**

Besonders wichtig war mir, dass ich sowohl mit der Mitarbeiterschaft als auch mit der Bevölkerung im Bezirk und den handelnden Personen – auch mit den Interessensvertretungen – einen offenen, möglichst unkomplizierten Austausch hatte. Für mich war wichtig, dass ich immer ein Ansprechpartner bin, immer Zeit habe und Dinge möglichst rasch behandle. Das ist auch sehr gut gelungen. Ich wusste nicht eine Organisation im Bezirk, zu der ich nicht ein ausgezeichnetes Verhältnis pflegen durfte.

**Gab es einen Moment, in dem Sie sich gedacht haben, dass Sie das Amt doch lieber wieder abgeben würden?**

Nein. Es hat Herausforderungen gegeben, aber es hat nie einen Moment gegeben, in dem ich mir gesagt hätte: „Was habe ich mir hier bloß angetan!“ Ich habe meine Aufgabe immer gerne wahrgenommen und das hat viel damit zu tun, dass wir ein gutes Miteinander gepflogen haben. Dort, wo ich an meine Grenzen gestoßen



Platzgummer sieht die weitere Technisierung als Herausforderung.



„Besonders wichtig war mir, dass ich (...) einen offenen, möglichst unkomplizierten Austausch hatte“, erklärt BH Christoph Platzgummer. Fotos (2): Fluckinger

bin, hat es immer Partner oder Mitarbeiter gegeben, die dann mit mir gemeinsam Lösungen gefunden haben – und zwar solche, die menschlich waren. Es war für mich immer das Wichtigste, jenen zu helfen, die Hilfe benötigen.

**Haben sich die Aufgaben und Anforderungen für einen Bezirkshauptmann in all diesen Jahren stark verändert?**

Natürlich hat sich auch in diesen zehn Jahren vieles verändert, so wie sich unser Leben auch insgesamt verändert – die technische Seite, die Art, Dinge abzuhandeln, aber auch die gesellschaftliche Entwicklung. Es war immer einer unserer Grundsätze, dass wir in dieser Entwicklung nicht stehen bleiben, sondern vorankommen und die Dinge weiterentwickeln. Abseits der technischen Seite hat aber auch die Pandemie in der Gesellschaft einiges verändert. Wir leben in Veränderungen und sind eigentlich gut beraten, wenn wir Veränderungen positiv gegenüberstehen und sie mit Mut und Selbstbewusstsein angehen.

**Wo sehen Sie für Ihren Nachfolger große Herausforderungen?**

Ich habe das Glück, dass ein Nachfolger rechtzeitig installiert wurde und ich mit ihm jetzt schon eine längere Zeit gemeinsam die Dinge übergeben konnte. Wir sind auf einem sehr harmonischen Weg, die Aufgaben zu übergeben. Ich glau-

be auch, dass er sehr gut vorbereitet in dieses Amt starten kann.

Eine der großen Herausforderungen wird sicher die weitere Technisierung sein, die auch in der öffentlichen Hand stattfinden muss. Es wird auch alles, was mit dem Klimawandel zusammenhängt, ein Thema sein. Katastrophen- und Krisenmanagement wird vielleicht noch mehr Aufmerksamkeit einfordern. Es gibt aber auch Bezirks-spezifische Dinge, wie verkehrliche Aufgaben, die anstehen, oder Situationen, die Lösungen brauchen. Ich glaube auch, dass sich in der nächsten Zeit generell sehr viel in der Arbeitswelt ändern wird, sowohl was die Arbeitsverhältnisse, als auch was das Arbeiten als solches betrifft. Und da ist es sicher gut, wenn ein junger Mensch sich damit auseinandersetzen kann.

**Worauf freuen Sie sich im Ruhestand am meisten?**

Auf die Zeit, die ich jetzt für meine Familie und die Familie meiner Kinder gewinne. Darauf freue ich mich wirklich. Ich habe doch mein Leben im Beruf sehr pflichtbewusst und intensiv gelebt – in verschiedensten Stationen. Da war immer 100 Prozent „Beruf“ angesagt und natürlich hat die Familie hier auch auf einiges verzichten müssen – es gab keine großen Urlaube oder Abwesenheiten. Jetzt kann ich mich der Familie widmen und das will ich auch tun.

# Land kürzt 2025 die Förderungen

Im Landesbudget werden Förderungen und Investitionen um 10% gekappt. Bis zu 50 Mio. an Einsparungen möglich.

**Innsbruck** – Der finanzielle Spielraum des Landes für das kommende Jahr ist ein geringerer. Zugleich will Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) den Grundstein für ein ausgeglichenes Budget im darauffolgenden Jahr 2026 legen. Ein Spagat, der nur durch Einsparungen und Budgetdisziplin gelingen kann. Eine entsprechende Anweisung ist jetzt an die Fach-Abteilungen im Land ergangen.

Zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung ist für Mattle eine angemessene Nivellierung der Förderungs- und Investitionsaufwendungen notwendig. Ohne dass es zu sozialen Beeinträchtigungen kommt. Das heißt jedoch, dass bei den freien Förderungen und Investitionen Einsparungen erfolgen müssen. Die geplante Kürzung um zehn Prozent könnte bis zu 50 Millionen Euro betragen, wahrscheinlich aber weniger. Die Pflichtausgaben (u. a. Personal) von mehr als drei Milliarden Euro sind davon nicht betroffen. Insgesamt soll ein Spielraum für die politischen Budgetverhandlungen der schwarz-roten Landesregierung im Herbst und für Schwerpunktsetzungen geschaffen werden.

Ein weiteres Ziel von Anton Mattle ist eine geringere Neuverschuldung als heuer. 2024 werden neue Schulden von 178 Millionen Euro im Landesbudget eingepreist, die Ausgaben betragen rund 5,6 Milliarden Euro. Das wird gleichzeitig die Vorgabe für 2025 sein, um 2026 wieder ausgeglichen bilanzieren zu können. Die Aufwendungen werden auf dem Niveau von heuer eingefroren. „Auch im kommenden Jahr sind meine Vorgaben klar: Die Schuldenobergrenze wird eingehalten und die Nettoneuverschuldung wird reduziert. Es wird aber Spielraum für die Schwerpunktsetzungen geben“, kündigt Mattle an.



„Wir werden alles daransetzen, um den nächsten Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen.“

LH Anton Mattle/ÖVP (Finanzreferent)

Der aktuelle Budgetvollzug für das heurige Jahr stimmt den Landeshauptmann jedenfalls zuversichtlich: „Er liegt im Plan und das Budgetcontrolling des Landes funktioniert. Die prognostizierten Abgabenertragsanteile, die Tirol als Anteil von den Steuereinnahmen vom Bund erhält, steigen aber in den nächsten Jahren nicht in jenem Ausmaß, wie dies unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex notwendig wäre.“

Umgelegt auf den Tiroler Anteil vom Steuerkuchen bedeutet dies, dass die Einnahmen von heuer 1,771 auf nur 1,973 Milliarden Euro im Jahr 2027 steigen. Der indirekte Verlust beträgt zwischen 2023 und 2027 nicht weniger als 904 Millionen Euro. Generell haben sich die Ausgaben des Landes prozentuell deutlich mehr erhöht als die Anteile an den Bundessteuern. Nämlich um exakt vier Prozent.

Der Schuldenstand des Landes darf übrigens maximal 25 Prozent der aktuellen Jahreseinnahmen ausmachen. Die Nachwirkungen der Pandemie und die Teuerung wirken sich weiter auf die Budgetsituation aus. Der Schuldenstand vergrößert sich von 997,8 Mio. auf 1,175 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Davon herunterzukommen wird noch ein steiniger und harter politischer Weg. Wie will es das Land dennoch schaffen? „Indem wir als Landesregierung den selbst auferlegten und strengen Budgetrahmen konsequent einhalten“, sagt LH Mattle. (pm)



Im kommenden Jahr wird das Land Tirol bei den Ausgaben jeden Euro vermessen. Am Budgetentwurf wird derzeit gefeilt. Foto: Inigo Weber

TT,  
15.7.2024

it  
r  
S-  
t.  
it  
ahl  
em  
von  
Ar-  
lin-  
auf  
ler-  
en,  
en,  
der  
bs-  
siv  
m-  
hl-  
für  
ich  
fte  
le-  
in-  
ste  
en  
ts-  
en  
fie  
er-  
ie



Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen sich jetzt mit den Strompreisen auseinandersetzen. Foto: Böhm

# Gemeindeverband unter Zugzwang

Debatte über Stromverträge mit Tiwag. Präsident Karl-Josef Schubert will jetzt Leitfaden ausarbeiten.

**Innsbruck** – Eigentlich müssten Stromlieferverträge über einer Auftragssumme von 100.000 Euro ausgeschrieben werden. Das hat das Landesverwaltungsgericht jetzt in einer Entscheidung klargestellt. Anlassfall ist Kirchberg, die Folgen sind noch unklar. Der Stromvertrag mit dem Landesenergieversorger Tiwag aus dem Jahr 2023 wurde gekippt, die Gemeinde Kirchberg muss 20.000 Euro Verwaltungsstrafe zahlen.

Der Gemeindeverband und zuvor das im Vorjahr in Konkurs gegangene Dienstleistungsunternehmen GemNova haben die Strompreispakte mit der Tiwag auserverhandelt. Im heurigen Frühjahr wurden wieder mit rund 200 Gemeinden Vereinbarungen abgeschlossen, sie verbrauchen jährlich rund 100 Millionen Kilowattstunden Tiwag-Strom. Ab 2025 beziehen sie ihn zum Arbeitspreis von knapp unter zehn Cent pro Kilowattstunde. Die Verträge laufen bis Ende



**Karl-Josef Schubert**  
(Gemeindepräsident)

**„Wenn Ausschreibungen notwendig sind, dann müssen sie selbstverständlich durchgeführt werden.“**

de 2028, es erfolgten neuerlich Direktvergaben. Jedenfalls besteht bei Gemeinden über dem Schwellenwert von 100.000 Euro die Gefahr einer möglichen Anfechtung der Verträge. Die Frist für nachträgliche Feststellungsverfahren beträgt sechs Monate. „Wir werden

uns nächste Woche mit diesem Thema auseinandersetzen“, kündigt Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert an. Augenblicklich werde die komplexe Rechtslage geprüft. „Klar ist jedoch, dass es Rechtssicherheit benötigt.“ Die vergangenen Jahre seien preistechnisch jedenfalls turbulent gewesen.

Der Gemeindeverband will allerdings einen Leitfaden ausarbeiten. „Wenn Ausschreibungen notwendig sind, dann müssen sie auch durchgeführt werden“, lässt Schubert keine Zweifel offen. Ob es aufgrund der Causa Kirchberg nun zu einer Flut an Feststellungsklagen kommen werde, wisse er nicht. „Der von der Tiwag angebotene Preis ist günstig, außerdem muss die Frage geklärt werden, ob es sich um neue Verträge oder Adaptierungen von bestehenden Vereinbarungen handelt.“

### Eklat in Kirchberg nach Urteil

Für einen Eklat sorgt zwischenzeitlich die von SPÖ-Bürgermeister Helmut Berger geführte Gemeinde Kirchberg. „Gemeinderatsmitglied verursacht mindestens 20.000 Euro Schaden für Steuerzahler“, wurde am Freitag auf der Gemeinde-Homepage den BürgerInnen mitgeteilt. Verantwortlich dafür wird NEOS-Mandatar Florian Huter gemacht, der die Direktvergaben kritisiert und den Fall aufgezeigt hat. Mit keinem Wort geht die SPÖ-Gemeindeführung auf den Inhalt des Gerichts-Erkenntnisses ein, sondern macht nur auf diese „rein auf parteipolitische Selbstdarstellung abzielende“ Aktion aufmerksam.

Detail am Rande: Die GemNova streifte für das seinerzeitige Tarifmodell mit der Tiwag eine Provision von 60.000 Euro ein. (pn)

## Politische Reaktionen

**Klubchef Gebi Mair (Grüne):** „Im Gemeindeverband muss es jetzt Konsequenzen geben“, ist für den Grünen-Klubobmann Gebi Mair der Ruf nach dem Strom-Debakel der Tiroler Gemeinden klar. Hunderte Stromlieferverträge seien ohne notwendige Ausschreibung an die Tiwag vermittelt worden. Den Gemeinden könne dadurch ein erheblicher finanzieller Schaden entstanden sein „und das Wettbewerbsrecht wurde eindeutig umgangen“. „Das ist nicht nur ein Problem der



**Klubchef Gebi Mair.** Foto: Liebl

GemNova gewesen. Der neue rot-schwarz besetzte Vorstand des Tiroler Gemeindeverbandes macht nahtlos dort weiter, wo der alte aufgehört hat“, wundert sich die Grünen.

**NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer:** „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Die GemNova hat das Monopol der Tiwag bei der Stromlieferung an Gemeinden gestützt und dabei gegen das Bundesvergabegesetz verstoßen“, erklärt Klubchef Dominik Oberhofer. Entsprechend dem Bundesvergabegesetz hätte ein Vergabeverfahren stattfinden müssen und der Auftrag nicht einfach an den Landesenergieversorger Tiwag vergeben werden dürfen.

In w d n r f i s l z d i n e k l a r i v l s

TT,  
13.07.2024

# Tirol

Thone,

13.7.24

## Politik am Sonntag



Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter holte bei einem Treffen mit seinem Südtiroler Amtskollegen Alfreider zur massiven Kritik an Tirols Verkehrspolitik aus. Foto: imago

## Bayern verknüpft Slot-System mit Aus für Nachtfahrverbot

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Nach einem Treffen mit dem Südtiroler Verkehrslandesrat Daniel Alfreider fordert der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) Verhandlungen über das Lkw-Nachtfahrverbot am Brenner. In den vergangenen Tagen haben dies bereits die Industrie-Verbände von Bayern, Südtirol und Tirol verlangt.

Bernreiter zeigt sich enttäuscht, dass bisherige Vereinbarungen nicht eingehalten wurden, und appelliert an Tirol: „Unsere gemein-

samen Pläne für das digitale Verkehrsmanagement in Form eines buchbaren Slot-Systems können nur gelingen, wenn sich Tirol endlich beim Nachtfahrverbot bewegt. Im Sinne einer weiteren guten Zusammenarbeit fordere ich Tirol auf, hier endlich an den Verhandlungstisch zurückzukehren.“

Kritik kommt auch wegen der Sanierung der Luegbrücke. „Solche langwierigen Projekte haben auch Auswirkungen auf uns als Nachbarregion. Leider erfahren wir immer nur aus der Zeitung und

über Dritte, was gerade geplant wird und welche Auswirkungen es haben wird. Ich erwarte mir hier eine bessere Informationspolitik von Seiten Tirols. Gemeinsame Lösungen kann es nur geben, wenn wir an einem Strang ziehen. Die Bereitschaft Tirols dazu vermisse ich leider aktuell.“

Unklar ist derzeit die Position Südtirols. Alfreider windet sich nämlich und meint: „Gerade wenn sich die Nationalstaaten kaum bewegen, ist der regionale Schulterschluss umso wichtiger.“ (pn)

## Zwei Leader-Regionen starten einzigartiges Projekt zur Orts-/Stadtkernstärkung: Erhebung des Konsumverhaltens – Attraktivierung von Leerständen



Im Sommer 2024 startete eine umfangreiche Untersuchung des Einkaufs- und Konsumverhaltens mittels Online-Umfragen sowie der Handels- und Nahversorgungsstrukturen in den Orts- und Stadtkernen der Leader-Regionen KUUSK (Kufstein/Umgebung, Untere Schranne-Kaiserwinkl) und Regio3 (PillerseeTal-LeukenTal-Leogang).

Für die Untersuchung wurde die Firma CIMA beauftragt. GF Roland Murauer sieht einen enormen Veränderungsprozess im lokalen Handel und einen großen Handlungsbedarf.

„Die Pandemie, der boomende Trend zum Online-Einkauf, Lieferengpässe, die hohe Inflation – die Rahmenbedingungen haben das Konsumverhalten der Bevölkerung deutlich geändert und ebenso einen enormen wirtschaftlichen Druck auf den stationären Handel aufgebaut.“ Der Erhalt der Einzelhandelsdichte und Nahversorgung in den Gemeinden der Region sichert Arbeitsplätze und ist für die touristische Attraktivität ebenso wichtig wie für ein soziales Lebensqualitätskriterium. Daher wollen die Leader-Regionen mit einem



Das gemeinsame Projekt wurde in St. Johann vorgestellt.

Foto: Wörgötter

Update der 2018er Werte, wertvolle Erkenntnisse für zukünftige Handlungsfelder in der Orts- und Regionalentwicklung gewinnen.

Zur Erfassung der Kaufkraftzuflüsse werden diese Erhebungen auch in den angrenzenden Räumen (Bayern, restl. Bezirk Kufstein, Bezirk Pinzgau) durchgeführt. Zudem werden die Handels- und konsumnahen Dienstleistungsbetriebe in den Gemeinden analysiert (Verkaufsflächen, Sortimente, Betriebstypen, etc.) und eine

fachliche Einschätzung der aktuellen Wettbewerbsfähigkeit dieser Firmen vorgenommen.

### Leerflächen im Fokus

Es werden die Leerflächen in den Ortszentren erfasst und erstmals startet in Tirol ein Dialog mit allen interessierten Hausbesitzern. Man will für möglichst viele Leerflächen realistische Neunutzungskonzepte in Abstimmung mit den Eigentümern ausarbeiten und Neu-/Revitalisierungsinvestitionen auslösen.

-rw/red-

TT, 12.2.24

Freitag, 12. Juli 2024 80. Jahrgang | Nummer 190

# Gericht kippt Stromvertrag mit Tiwag

Das könnte Folgen für Tirols Gemeinden haben: Über Gemeindeverband ausgehandelter Stromtarif wurde als unzulässige Direktvergabe eingestuft.

**Innsbruck** – Mit einem Jahresverbrauch von rund 100 Mio. Kilowattstunden ist der kommunale Bereich ein wichtiges Kundensegment des Landesenergieversorgers Tiwag. Im Frühjahr haben wieder rund 200 Tiroler Gemeinden einen Tarifvertrag mit der Tiwag ab 2025 abgeschlossen, der einen Netto-Strompreis von unter zehn Cent garantiert. Das erfolgte kollektiv unter der Ägide des Tiroler Gemeindeverbands bzw. vor ihrem Konkurs auf Vermittlung der gemeindeverbandseigenen GemNova. Auf Druck der Politik musste die Tiwag zuletzt immer wieder mit neuen Angeboten nachbessern.

Doch jetzt hat das Landesverwaltungsgericht eine dieser Strompreisvereinbarungen mit der Tiwag aus dem Gemeindepaket, jene von Kirchberg, als rechtswidrig eingestuft. Weil es eine Direkt-

vergabe von 1,4 Millionen Euro war, die über dem Schwellenwert von 100.000 Euro lag. Gegen diese Direktvergabe hat ein anderer Energieanbieter geklagt und jetzt Recht bekommen. Kirchberg muss 20.000 Euro Strafe zahlen.

Wie eingangs erwähnt, ist zwischenzeitlich wieder ein neues Tarifmodell in Kraft. Doch die Vereinbarung erfolgte nach dem gleichen Muster mit Direktvergaben über dem Schwellenwert von 100.000 Euro. Was heißt das nun? Der Imster Rechtsanwalt Markus Moser, der die Causa in Kirchberg rechtlich vertreten hat, schließt Folgen auf die heuer im Frühjahr abgeschlossenen Verträge der Gemeinden mit der Tiwag nicht aus, eben wegen Überschreitung der Grenze für die Direktvergaben. (pn, mas)

Mehr auf Seite 4

TT, 12.7.24

# Gemeinden stehen unter Strom

Das Strompaket von 200 Kommunen mit der Tiwag steht auf dem Prüfstand. Direktvergabe von Kirchberg war nämlich nicht zulässig, der Schwellenwert von 100.000 Euro wurde überschritten.

Von Peter Nindler und Max Strozi

**Innsbruck, Kirchberg** – Rund 200 der 277 Tiroler Gemeinden und ihre kommunalen Gesellschaften haben Verträge mit der Tiwag. Mit einem jährlichen Jahresverbrauch von 100 Millionen Kilowattstunden sind sie ein wichtiger Kunde des Tiroler Landesenergieversorgers. Ausverhandelt wurden die Tarifverträge über das im Vorjahr in Konkurs gegangene Dienstleistungsunternehmen GemNova und zuletzt vom Gemeindeverband selbst. Auf Druck der Politik hat die Tiwag das Strompaket für die Gemeinden in den vergangenen eineinhalb Jahren mehrmals nachgebessert. Doch die Pauschalangebote sind jetzt ins Visier des Landesverwaltungsgerichts geraten. Anlassfall ist die Gemeinde Kirchberg.

## 200 Gemeinden bei Tiwag

Obwohl das Bundesvergabegesetz vorsieht, dass Leistungen über 100.000 Euro nicht direkt vergeben werden dürfen, ist das vielfach erfolgt. Auch in Kirchberg. Denn das Auftragsvolumen für den ursprünglich mit der Tiwag auf drei Jahre abgeschlossenen Stromliefervertrag betrug bei einem Tarif von 19,1 Cent pro Kilowattstunde 1,4 Millionen Euro. Zwischenzeitlich gibt es bereits wieder einen neuen Vertrag, aber nach demselben Muster. Im heurigen Frühjahr haben zwei Drittel der Tiroler Gemeinden einen Vertrag mit der Tiwag über weniger als 10 Cent pro Kilowattstunde abgeschlossen.

Doch zurück zum 19-Cent-Tarif. Gegen die Direktvergabe hat ein Wiener Stromanbieter beim Landesverwaltungsgericht geklagt und ein Feststellungsverfahren beantragt. Zuvor hatte bereits der Kirchberger NEOS-Gemeinderat Florian Huter eine Beschwerde bei der Gemeindeaufsicht eingebracht, die jedoch zurückgewiesen wurde.



Bei den Stromlieferverträgen zieht das Landesverwaltungsgericht den Stecker.

Foto: KeyStone



„Die Tiwag war für die Gemeinden im Vorjahr bei Weitem nicht der günstigste Anbieter am Markt.“

Dominik Oberhofer/NEOS (Klubchef)



„Bei Lieferverträgen ab 100.000 Euro muss jede Gemeinde zwingend ein Vergabeverfahren einleiten.“

Markus Moser (Rechtsanwalt)

Beim Landesverwaltungsgericht war man hingegen erfolgreich. Die NEOS haben das Verfahren finanziert, im aktuell vorliegenden Er-

kennntnis heißt es, dass die Direktvergabe des Stromliefervertrags rechtswidrig gewesen sei. Die Gemeinde muss deshalb eine Geldstrafe

von 20.000 Euro zahlen. „Der Auftrag hätte nicht einfach an den Landesenergieversorger Tiwag vergeben werden dürfen. Den SteuerzahlerInnen ist dadurch ein enormer Schaden entstanden, denn die Tiwag ist für die Gemeinden bei Weitem nicht der günstigste Anbieter am Markt“, führt NEOS-Klubchef Dominik Oberhofer aus.

Der Wiener Energieanbieter argumentierte damit, wenn er von dem Auftrag gewusst hätte, wäre auch von ihm ein deutlich günstigeres Angebot abgegeben worden.

Der Imster Rechtsanwalt Markus Moser, der die „Spotty Smart Energy Partner“ als Antragsteller vor dem Landesverwaltungsgericht vertreten hat, erwirkte die Entscheidung. Das Erkenntnis sei „völlig logisch,

zumal jede einzelne Gemeinde dem Bundesvergabegesetz unterliegt“, betont er. Und das Bundesvergabegesetz regle ganz klar, dass eine Gemeinde bei Lieferverträgen ab einer Schwelle von 100.000 Euro zwingend ein Vergabeverfahren einleiten muss. „Es ist nicht möglich, ab dieser Schwelle ohne ein Verfahren einen Auftrag direkt zu vergeben, wie in diesem Fall an die Tiwag. Welches Vergabeverfahren zu wählen ist, hängt von der zu erwartenden Auftragssumme ab.“ Wie wirkt sich die (nicht rechtskräftige) Entscheidung auf die anderen Tiroler Gemeinden und deren Tiwag-Verträge aus? Für die Stromverträge aus der Vergangenheit wird es in der Praxis keine Auswirkungen haben, weil die Fristen, dagegen vorzugehen, wohl verstrichen sind, so Moser.

## Folgt jetzt Dominoeffekt?

Möglich sei aber, dass sich das Erkenntnis auf die heuer im Frühjahr abgeschlossenen Verträge der Gemeinden mit der Tiwag auswirkt, so der Rechtsanwalt. „Das ist denkbar, wobei ich diese neuen Verträge nicht kenne“, äußert sich Moser dazu vorsichtig: „Wenn eine Gemeinde mit ihrem Jahresverbrauch über der Vergabeschwelle liegt und kein Vergabeverfahren durchgeführt hat, kann man aber davon ausgehen, dass der eine oder andere Vertrag nichtig ist.“

In den nächsten Tagen dürfte es in den Gemeindestuben wohl viele Diskussionen geben. Denn bei Direktvergaben besteht die Gefahr einer Anfechtung. Möglicherweise müssen viele Stromlieferverträge neu ausgeschrieben werden. Die im Frühjahr mit der Tiwag vereinbarten Tarife mit weniger als zehn Cent/Kilowattstunde dürften allerdings wohl zu den günstigen zählen. Nur die Direktvergaben der Gemeinden sind nicht zulässig.

## Bauern schütteln den Kopf

**Innsbruck** – Dass der Europäische Gerichtshof weiter an nationalstaatlichen Populationsdefinitionen festhalte, zeuge von einer weltfremden Betrachtungsweise der für die Landwirtschaft sehr konkreten Problematik, kritisiert Landwirtschaftskammerpräsident und ÖVP-Nationalrat Josef Hechenberger (VP). „Großraubtiere halten sich nicht an Ländergrenzen, dementsprechend werden wir weiterarbeiten, um eine Definition auf überregionaler Ebene zu erreichen. Es steht für Tirol viel auf dem Spiel, daher ist es gut, dass der Verordnungsweg weiter beschritten wird.“

## Schützen statt schießen

**Innsbruck** – Die Umweltschutzorganisation WWF Österreich hat das Rechtsverfahren mit dem Einspruch gegen einen Abschussbescheid in Tirol ins Rollen gebracht. Dementsprechend fällt die Reaktion auf das „wegweisende Urteil“ aus: „Das ist eine wichtige Klarstellung: Bei streng geschützten Arten wie dem Wolf gehen mildere Mittel wie der Herdenschutz vor. Der Abschuss darf nur das letzte Mittel sein“, erklärt WWF-Artenschutzexperte Christian Pichler.

Nun müsse die Politik von „ihren populistischen Scheinlösungen abrücken und heimische Landwirte umfassend beim Herdenschutz unterstützen“.

# Der Wolf bleibt streng geschützt – auch in Tirol

Europäischer Gerichtshof verschärft Schutz des großen Beutegreifers. Abschüsse dürften rechtlich kaum mehr möglich sein, dennoch beharrt das Land auf den Abschussverordnungen.



Foto: Ritz

## Kein Ende der Abschüsse

**Innsbruck** – Die Entscheidung, die vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg getroffen wurde, ist gestern nicht gut in Tirol angekommen. „Aber damit haben wir rechnen können“, sagt Thomas Griesser, der Obmann der Tiroler Schaf- und Ziegenzüchter ist. Al Schafbauer, der 202 mehrere Risse zu beklagen hatte und diesen Sommer mehr als 400 Schafe bei Ven aufgetrieben hat, sagt er: „Wir gehen trotz der Entscheidung unsere Weg weiter. Die Wölfe werden gemeldet und entnommen.“

Elmar Monz, Obmann des Tiroler Almwirtschaftsvereins, ist der gleichen Meinung. „Die Abschussverordnungen werden weiter durchgezogen.“ Da sei aus seiner Sicht auch rechtlich abg gesichert. Man müsse den Wolf zurückdrängen, „sonst hat unsere Almwirtschaft auf dem beengten Raum keine Chance“.

Für Griesser steht fest: „Hier geht es um unsere Gründe, unsere Almen. Also sollte man auch uns überlassen, wie man sie schützt.“



Bauern sorgen sich um ihre Schafe am Berg. Foto: Ritz

**Luxemburg, Innsbruck** – So hat sich das Land Tirol die Klarstellungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg nicht erwartet. Alle Argumente für leichtere Entnahmen von Problemwölfen wurden verworfen, die Beschwerden von Tierschutzorganisationen gegen einen Bescheid aus dem Jahr 2002 waren nicht nur erfolgreich. Vielmehr hat der EuGH den Schutzstatus für den großen Beutegreifer ausgedehnt.

„Wir fordern die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, den Schutzstatus zu senken.“

LHSiv. Josef Geisler/VP (Agrarreferent)

Seit dem Vorjahr gibt es bekanntlich keine Bescheide mehr, das Land erlässt Abschussverordnungen. Dagegen kann nicht mehr berufen werden. Bisher wurden fünf Wölfe in Tirol nach Verord-

Entscheidend ist für den EuGH der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation. Erst wenn dieser gegeben ist, können Problemwölfe entnommen werden. Dabei weitet der EuGH nicht – wie erhofft – das Gebiet aus, sondern die Wolfspopulation müsse sich in einem günstigen Erhaltungszustand sowohl auf lokaler Ebene (im Land Tirol) als auch auf nationaler Ebene (Österreich) befinden. Das sei nicht der Fall, argumentiert das EU-Gericht.

Für den Europarechtsexperten Walter Obwexer dürften nach strenger Auslegung damit keine Abschussverordnungen mehr erlassen werden. Aber: „In seinem Urteil ist der Gerichtshof jedoch mit keinem Wort auf die augenblickliche Praxis in Tirol eingegangen, dass auch

tungszustand Problemwölfe geschossen werden dürfen.“ Das sei ein Schlupfloch, die EU könnte aber ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Jedenfalls wird für Ob-



wexer die Entnahme deutlich erschwert. „Tirol muss jetzt mit aller Vehemenz auf die Senkung des Schutzstatus in der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH) drängen.“

Die EU-Kommission tendiert bekanntlich in diese Richtung.

Statt Entnahmen pocht der Europäische Gerichtshof auf Herdenschutz. Dass dieser in den Alpenregionen in keinem Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit steht, lässt der EuGH nicht gelten.

Wie geht es in Tirol weiter? Das Land beharrt auf der seit dem Vorjahr praktizierten Regelung mit den Abschussverordnungen. „Die Entscheidung des EuGH hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf Tirol, bringt aber leider auch keine Erleichterungen. Die Abschussverordnungen haben sich bewährt, und diesen Weg werden wir konsequent weitergehen“,

Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) an. Auf Basis eines strengen Prüfmaßstabs könne man weiterhin Schad- und Risikowölfe entnehmen, fügt Geisler



Foto: Babini

„Nach strenger Auslegung dürften keine Abschussverordnungen mehr erlassen werden.“

Walter Obwexer (Europarechtsexperte)

hinzu: „Unsere Verordnungen sind Einzelfallentscheidungen, die auf sauberen Rechtsgrundlagen und Fachgutachten basieren und die Besonderheiten unserer Almwirtschaft berücksichtigen.“

Trotzdem: Geisler muss wohl mit der Frage beschäftigt, ob er sich durch diese Abschussverordnungen angreifbar (Amtsbrauch?) macht.

Wie Experte Obwexer der Agrarreferent aber Norbert Totschnig schlägt in dieselbe Karte, die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, den Schutz zu senken, und erwartet hier mehr Tempo.

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig schlägt in dieselbe Karte, die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, den Schutz zu senken, und erwartet hier mehr Tempo. „Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig schlägt in dieselbe Karte, die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, den Schutz zu senken, und erwartet hier mehr Tempo.“

TT, 11.07.2024

# 80.000 Euro sollen künftig abschrecken

Das Land soll die Strafen für illegale Freizeitwohnsitze (derzeit 40.000 €) verdoppeln. Nein zu Mindeststrafen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Wie sollen illegale Freizeitwohnsitze künftig geahndet werden? Derzeit ist eine Höchststrafe von 40.000 Euro vorgesehen, im schlimmsten Fall könnte ein Anwesen, das nicht widmungskonform genutzt wird, auch versteigert werden. Das war in Tirol allerdings noch nie der Fall und gilt nahezu als ausgeschlossen. Doch die vorgesehenen 40.000 Euro wurden bisher ebenfalls noch nie ausgeschöpft. Bei Weitem nicht.

Waren es 2021 noch 36 Verfahren wegen illegaler Freizeitwohnsitznutzung, die beim Landesverwaltungsgericht gelandet sind, so hat sich diese Zahl im Jahr 2023 auf 70 erhöht und somit fast verdoppelt. Die überwiegende Mehrheit der Benützungsunter-sagungen und Strafen wurde gerichtlich bestätigt. Die durchschnittlichen Strafen sind jedoch gering. Rund 2500 Euro betragen sie.

Die Liste Fritz drängt deshalb schon seit Jahren auf Mindeststrafen. Vorgeschlagen werden zehn Prozent des Immobilienwerts. Das wären bei zwei Millionen Euro also 200.000 Euro. Zuletzt mündete ein Antrag in eine Entscheidung des Landtags. Der Verfassungsdienst des Landes wurde mit einer Prüfung beauftragt. Das Ergebnis liegt jetzt vor, gegen Mindeststrafen gibt es grundsätzliche Bedenken. Eine Erhöhung der Höchstsätze wird jedoch vorgeschlagen, die letzte Anpassung – auf 40.000 Euro – gab es nämlich vor knapp 20 Jahren.

Der Verfassungsdienst hält fest, dass das Land dem Gebot unterliegt, für Übertretungen landesgesetzlicher Verwaltungsnormen verhältnismäßige Strafen festzulegen. „Starre und pauschalisierte Strafregelungen, bei denen eine Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist – wie etwa Mindeststrafen –, können

leicht in den Verdacht der Verfassungswidrigkeit geraten“, heißt es weiters.



Foto: Leibi

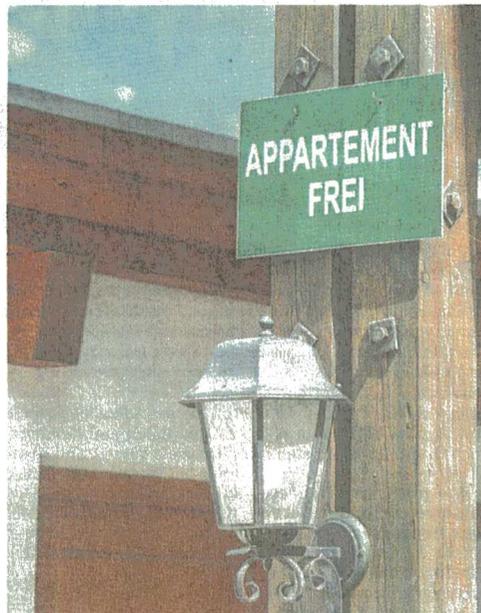
**„Illegale Freizeitwohnsitze sind Gesetzesbruch und kein Kavaliersdelikt. Es benötigt abschreckende Strafen.“**

Markus Sint/Liste Fritz (Klubchef)

Trotzdem: Der Strafrahmen könne bei bloßer Inflationsanpassung schon auf rund 66.000 Euro erhöht werden. Nicht nur das: Jedenfalls verfassungsrecht-

lich unbedenklich wäre nach Auffassung des Verfassungsdiensts eine Verdoppelung auf 80.000 Euro.

Für Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint müssen Strafen für illegale Freizeitwohnsitze eine abschreckende Wirkung haben und Wiederholungstäter verhindern. „Ein paar tausend Euro bei einer Immobilie von ein paar Millionen Euro bewirken beides nicht, sondern werden von den illegalen Freizeitwohnsitzlern eingepreist.“ Andererseits sieht Sint Bewegung in die Sache kommen. „Eine Verdoppelung der Höchststrafe von 40.000 auf 80.000 Euro geht nicht so weit, wie wir es uns wünschen würden. Aber unser Antrag ist ein notwendiger Anstoß für die Regierungsparteien, endlich in die Gänge zu kommen und einen höheren Strafrahmen umzusetzen.“ Schlussendlich wirft der Fritz-Klubchef der ÖVP vor, dass sie fast 20 Jahre Zeit gehabt hätte, den Strafrahmen zu erhöhen.



Rund 10.000 Immobilien werden in Tirol illegal zu Freizeit-zwecken genutzt. Die Strafen betragen derzeit aber nur durchschnittlich 2500 Euro. Foto: Böhm

Beurteilung 10.7.24

# Tirol-Blick-Panorama KW 28

## Brenner-Slot-System, Geldmittel für die Bezirke, Bonitätsranking 2024

Nach seinem Besuch in Hamburg hat LH Anton Mattle mit LR René Zumtobel und Experten über das Slot-System im Hafen gesprochen. „Hamburg und andere funktionierende Slot-Systeme dienen als Vorbild für ein intelligentes Verkehrsmanagement am Brennerkorridor“, betont LH Mattle. Der Tiroler Landtag hat sich mit dem Brenner-Slot-System beschäftigt.



LR René Zumtobel und LH Mattle

Foto: Land Tirol



Niederndorf ist die Mustergemeinde Tirols.

Foto: Thraier

### GAF-Mittel

Die Tiroler Landesregierung hat die zweite Ausschüttung des Gemeindeausgleichsfonds (GAF) für das Jahr 2024 beschlossen, die insgesamt 31,65 Millionen Euro beträgt. Von der Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeugs in Schattwald über den Neubau des Kindergartens in Ried im Zillertal bis hin zur Sanierung der Gemeindestraßen in Ainet – die geförderten Projekte sind in ganz Tirol verteilt.

### Bonitätsranking

Die Gemeinden stehen vor einer Vielzahl an Herausforderungen und Aufgaben, die finanziellen Belastungen sind dementsprechend. Beim Bonitätsranking wird ein Blick auf die Entwicklung des Bonitätswertes der 2.093 österreichischen Gemeinden geworfen. Die besten 250 Gemeinden werden im Ranking präsentiert, mit dabei 40 Tiroler Gemeinden: Niederndorf,

Ebbs, Langkampfen, Alpbach (unter den Top-Ten), Fügen, Going, Schwoich, Gschnitz, Navis, Kirchbichl, Bruck am Ziller, Uderns, Pians, Waidring, Breitenwang, Münster, Aurach, Gries a. Br., Scheffau, Schattwald, Jochberg, Zöblen, Hart, Gallzein, Radfeld, Kals, Schwendt, Haiming, Eben, Hochfilzen, Schmirn, Itter, Thiersee, Rum, Wildermieming, Stumm, Zell am Ziller, Grins, Aldrans und Söll.

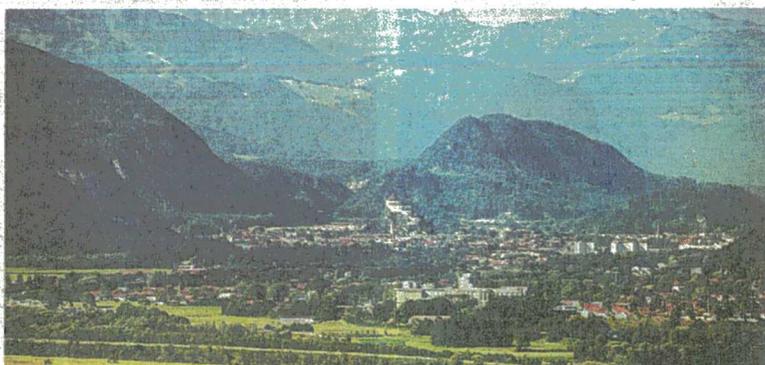
Berichtsblatt 10.7.29

# Fördergelder für unsere Region

Das Land Tirol fördert drei regionale Projekte im Bezirk mit 120.000 Euro.

CHRISTIANE NIMPF

BEZIRK. Von der Erhaltung des Brauchtums bis hin zur Entwicklung von umweltfreundlichen Mobilitätslösungen – dem Bezirk Kufstein werden rund 120.000 Euro für regionale und nachhaltige Projekte zur Verfügung gestellt. Ein Großteil der Investitionen wird mittels EU-Regionalförderungen finanziert, die durch Landes- und Bundesmittel ergänzt werden.



Projekte zu den Themen Brauchtum, Mobilität und Besuchsdienst im Bezirk werden unterstützt, tirolweit erhalten 25 Projekte eine Förderung.

Foto: Archiv

## Die geförderten Projekte

„Handgefertigt mit Herz – Trachten für die jungen ‚Hoachtöia‘“: Ziel des Projektes ist die Erhaltung des Brauchtums der Wildschönauer Tracht und das Weitergeben des Wissens um die Herstellung der Tracht an die Kinder und Jugendlichen.

„Mobilitätskoordination Wilder Kaiser und Umgebung“: Mit dem Projekt werden durch

die Anstellung eines Mobilitätskoordinators moderne und umweltfreundliche Mobilitätslösungen entwickelt. Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem Team von Kufstein mobil umgesetzt, das hier bereits auf wertvolle Erfahrungen und Wissen zurückgreifen kann. Die Aufgaben reichen vom Weitergeben von Informationen über Planungen für Fuß- oder Fahr-

radprojekte rund um den öffentlichen Verkehr bis hin zur Interessenvertretung in der Region.

„zu Bsuaach geh' – Besuchsdienst in den Regionen KUUSK/Kitzbüheler Alpen“: Das Projekt organisiert Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Freiwillige, die professionelle Einrichtungen bei Besuchsdiensten in Privathaushalten unterstützen.

Beurteilung 10.7.24

# Gemeindeausgleich bringt 3,43 Millionen

**GAF-Mittel als Investitionsschub: Der Bezirk erhält 3.427.000 Euro – das Geld fließt auch in die Straßensanierung.**

**BARBARA FLUCKINGER**

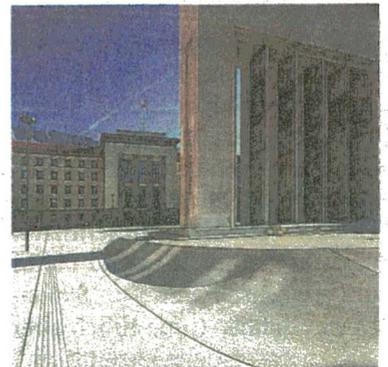
**BEZIRK, TIROL.** Das Bundesland Tirol hat 277 Gemeinden, dreißig davon befinden sich im Bezirk Kufstein. Sie alle haben eine Vielzahl an Aufgaben zu erfüllen. Die Erhaltung der Infrastruktur – seien dies Straßen, Kanäle oder der Bau von Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen – stellt eine große finanzielle Herausforderung für Kommunen dar.

Um diese bewältigen zu können, erhalten die Gemeinden auch Unterstützung durch das Land. So hat die Tiroler Landesregierung

nun die zweite Ausschüttung des GAF für das Jahr 2024 in der Höhe von insgesamt 31,65 Millionen Euro beschlossen. Die Ausschüttung verteilt sich in ganz Tirol wie folgt: 26,02 Millionen Euro für allgemeine Bedarfszuweisungen, 1,85 Millionen Euro für die Feuerwehren und 3,78 Millionen Euro für Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen.

## **Was der Bezirk bekommt**

Für den Bezirk Kufstein sind insgesamt 3.427.000 Euro vorgesehen, die sich in drei Bereiche aufteilen. So werden 1,91 Millionen Euro für „Allgemeine Bedarfszuweisungen“ durch den Gemeindeausgleichsfonds bereitgestellt. Damit können Projekte wie die Straßensanierung in Rattenberg, die Errichtung des Bauhofs in Walchsee, der Steinschlagschutz



**Die zweite GAF-Ausschüttung bringt 3,43 Millionen Euro.** Foto: Land Tirol/Wett

Klausegg in Reith i. A. oder der Neubau des Kindergartens Ellmau umgesetzt werden. Ferner sind 1,07 Millionen Euro für Feuerwehr-Bedarfszuweisungen reserviert, während 447.000 Euro in den Bau von öffentlichen Schulen sowie die Kinderbildung und Kinderbetreuung gehen.

Sch

**KURT BEREK**

## **Kufstein hat neuen Bezirkshauptmann**

Nachdem Christoph Platzgummer nach neun Jahren in den Ruhestand ging, übernahm Kurt Berek mit 1. Juli die Leitung der BH Kufstein und ihrer 180 Mitarbeiter. Gestern fand im Beisein von LH Anton Mattle die offizielle Amtseinführung des neuen Bezirkshauptmannes statt. Der Kufsteiner studierte Rechtswissenschaften in Innsbruck und trat 2018 in den Landesdienst ein. Nach vier Jahren im Büro des damaligen LH Günther Platter wechselte Berek 2022 als Vize-Bezirkshauptmann an die BH Innsbruck.

KRONE 10.7.2024

Krone 10.7.24  
Sch

HOHE SCHULKOSTEN

**LR Mair verteidigt Landes-Förderung**

Nach dem „Krone“-Bericht, wonach viele Eltern besonders zu Beginn des neuen Schuljahres finanziell ins Straucheln kommen, meldete sich nun die zuständige Landesrätin Astrid Mair zu Wort. Sie betont, dass die Förderungen des Landes treffsicher und 2022 erst evaluiert worden seien. „Darauf aufbauend wurde unter anderem auch die Schulkostenbeihilfe zugunsten unserer Familien angepasst und deutlich erweitert“, erklärt die Familienlandesrätin. Mit 10.541 Förderzusagen im Jahr 2023 seien insgesamt 3,18 Millionen Euro ausbezahlt worden. Das zeige, dass die Förderung funktioniere und ankomme, so die Landesrätin. Unter anderem wurde 2022 neben der bestehenden Einkommensgrenze für die Schulkostenbeihilfe eine höhere, zweite Einkommensgrenze eingeführt, und für Haushalte unter der ersten Einkommensgrenze wurde die Förderung von 150 auf 200 Euro angehoben. Auch für weitere Förderungen wurden die Einkommensgrenzen erhöht. Eine Änderung der Richtlinien, wie sie die Grünen gegenüber der „Krone“ gefordert hatten, bezeichnete LR Astrid Mair als „nicht zielführend“.



*Die Treffsicherheit unserer Förderungen ist mir ein großes Anliegen. Die Tiroler Familienförderungen wurden zuletzt im Jahr 2022 umfassend und extern evaluiert.*



Familienlandesrätin Astrid Mair (ÖVP)

Foto: Christof Birbaumer

# Strafe für Kufstein: Zu viel Wild in der Eigenjagd

Die Abschusszahlen für die Kufsteiner Eigenjagd Stadtberg wurden nicht erreicht. Die Stadt Kufstein muss daher Strafe zahlen.



Ein Berufsjäger soll künftig in den Kufsteiner Revieren die Abschusszahlen erfüllen.

Foto: APA

**Kufstein** – Das Thema Jagd beschäftigt weiter die Kufsteiner Kommunalpolitik. Gerade ist es um die Kaisertaljagd etwas ruhiger geworden – die Stadt lässt dort bekanntlich die Pacht für die Industriellenfamilie Henkel auslaufen –, da muss sich der Stadtrat schon wieder mit einem Jagdrevier beschäftigen. Diesmal geht es um die städtische Eigenjagd am Stadtberg, wo die vorgeschriebenen Wild-Abschüsse nicht erreicht wurden. Die Folge ist eine Verwaltungsstrafe. Angeblich nicht das erste Mal.

## Zweifel am Kartensystem

Laut Bürgermeister Martin Krumschnabel (Parteilose) ist die Situation darauf zurückzuführen, dass die Kartenbesitzer die Abschüsse nicht eingelöst haben. Dadurch sehen Kritiker ihre Zweifel an diesem System bestätigt, das es künftig auch im Kaisertal geben soll. Allerdings wird dann dort zugleich ein städtischer Berufs-

TT 25.7.2024

jäger angestellt. Der kann dann in beiden Revieren eingreifen und die vorgeschriebenen Abschusszahlen erfüllen. Wobei man „vordringlich für das Kaisertal

te Verjüngungsdynamik des Waldes durch Wildverbiss könnte nämlich zu Beeinträchtigungen des Wassers führen. Wie sich die Situation im Naturschutzgebiet Kai-

Der Bericht hat Auswirkungen auf den Antrag von Gemeinderätin Birgit Obermüller (NEOS) und Stadtrat Richard Salzburger (VP). Sie wollen wieder eine Ausschreibung der Jagd. Man könnte allfällige Probleme mit Verjüngungsdynamik und Wildverbiss auch mittels Vertrag mit einem Pächter lösen, ist Salzburger überzeugt. Forstreferent Fiesel sieht da Probleme. Es dauere zu lange, bis die Stadt ihr Recht durchsetzen könne, ein Berufsjäger könnte da wesentlich rascher eingreifen. Der Antrag wurde in der jüngsten Stadtratssitzung zurückgestellt, bis die Expertise vorliegt.

Obermüller erinnert auch an die finanzielle Seite: „Der Stadt entgehen jährlich 80.000 Euro Pacht, sie muss ein bis zwei Berufsjäger anstellen, einen Geländewagen finanzieren, Futter kaufen und Hütten laufend instandhalten.“ Die Jagdkarten würden lediglich 50.000 Euro jährlich einbringen, meint Obermüller. (wo)



Foto: Otter

**„ Wir würden den Berufsjäger für das Kaisertal anstellen. Da sind wir in einem sensiblen Bereich.“**

Thimo Fiesel  
(Gemeinderat)

einen Jäger anstellen will. Da sind wir in einem viel sensibleren Bereich“, sagt Forstreferent Thimo Fiesel (Grüne) mit Verweis auf das Wasser-



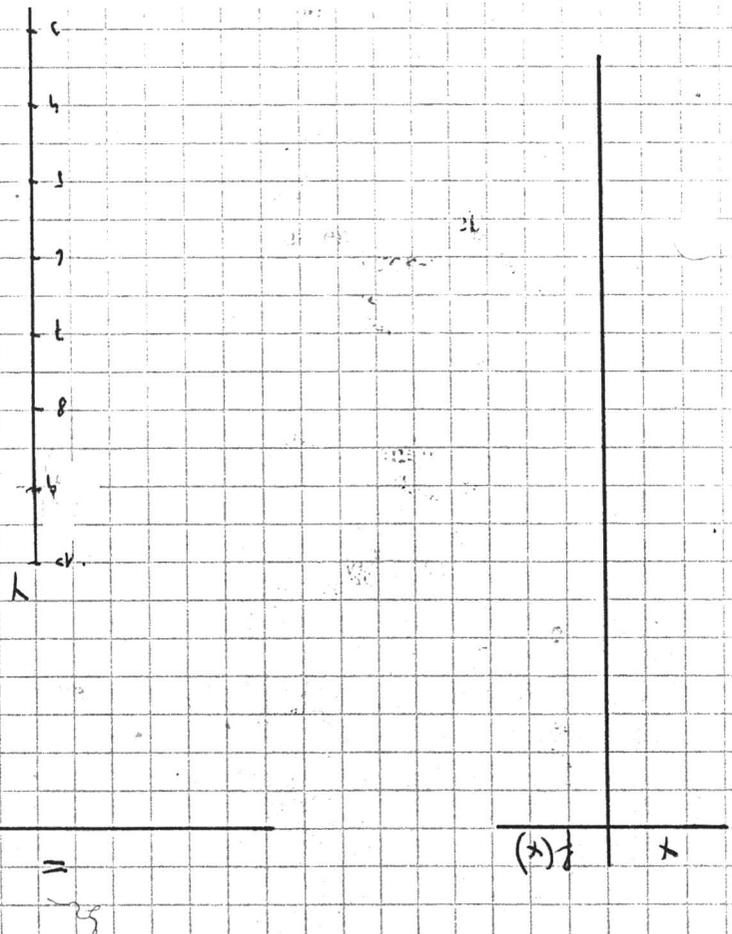
Foto: NEOS/Robin Eberberger

**„ Der Stadt entgehen jährlich an die 80.000 Euro Pacht und sie muss ein bis zwei Berufsjäger anstellen.“**

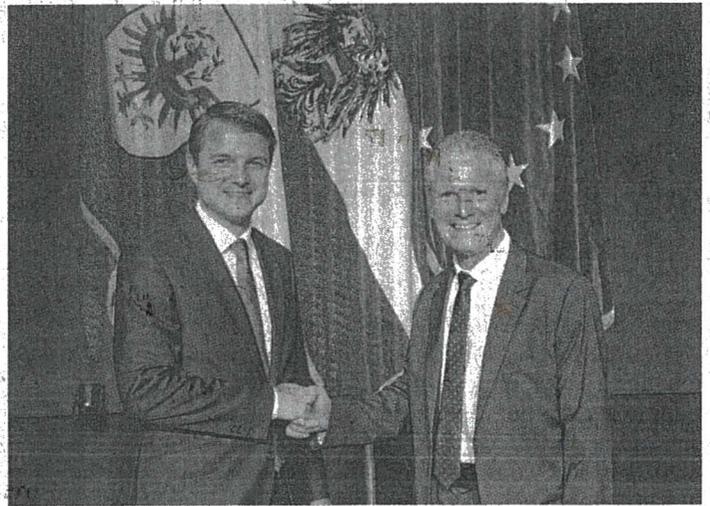
Birgit Obermüller  
(Gemeinderätin)

sertal aktuell darstellt, werde der neue Verjüngungsbericht zeigen, auf den Fiesel wartet. Zuletzt sprach man in einigen Bereichen von einem „desaströsen Wildverbiss“.

s - g - t - s -



TT, 10.7.24 Sch



Nach neun Jahren übergibt Christoph Platzgummer (r.) das Amt des Bezirkshauptmannes von Kufstein an Kurt Berek.

Foto: Hrdina

## Geschicke der BH liegen in neuen Händen

**Kufstein** – In den Abteilungen ist sein Gesicht längst bekannt, arbeitet sich Kurt Berek doch schon seit Wochen in seine neue Aufgabe ein. Seit 1. Juli ist der Jurist Bezirkshauptmann von Kufstein. Am Dienstag fand nun die feierliche Amtseinführung statt – und zugleich die Verabschiedung von Vorgänger Christoph Platzgummer. Neun Jahre lang hatte er die Geschicke der Behörde geleitet, in mitunter turbulenten Zeiten mit der Flüchtlingswelle 2015, Hochwasserereignissen und der Covid-19-Pandemie. Nun begibt er sich in den Ruhestand.

Mit Berek steht an der Spitze des Bezirks nun ein echter Festungsstädter. Der heute 35-Jährige wurde zwar in Rum geboren, wuchs aber in Kufstein auf. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck und trat 2018 in den Landesdienst ein. Nach vier Jahren im Büro des damaligen Landeshauptmanns Günther Platter (VP) wechselte er 2022 an die Bezirkshauptmannschaft (BH) Innsbruck. Dort leitete er das

Referat für Sicherheit und Aufenthalt und wurde stellvertretender Bezirkshauptmann.

Für die BH Kufstein hat er sich bereits Ziele gesteckt: den Servicecharakter stärken und neue MitarbeiterInnen gewinnen. „Wir verstehen uns als einen bürgernahen Dienstleistungsbetrieb, der für die Menschen im Bezirk arbeitet. Dementsprechend gilt es auch in die Zukunft zu gehen, neue Technologien mitaufzunehmen und das niederschwellige Angebot der BH Kufstein weiter auszubauen“, sagt Berek.

Berek wird Chef von rund 180 MitarbeiterInnen, die er als „Kern der BH Kufstein“ sieht. „Wir müssen uns auch für die Zukunft rüsten: Eine meiner zentralen Aufgaben ist es, die BH als attraktiven Arbeitgeber weiter auszubauen.“

Landeshauptmann Anton Mattle (VP) lobte neben Berek's fachlicher Kompetenz und Erfahrung „vor allem seine frischen Ideen und Ansätze, die mich davon überzeugen, dass er die BH Kufstein professionell leiten und gut in die Zukunft führen wird“. (jazz)

TT, 10.7. 24

# 66 Mio. Euro für 534 neue Wohnungen

Mit Zinszuschüssen will das Land auch die Finanzierung von Eigentum erleichtern. Vom Bund gibt es insgesamt 84 Mio. Euro fürs Wohnen.

**Innsbruck** – Fürs leistbare Wohnen ist jeder Euro wichtig. Darin sind sich Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) und Wohnbaureferent LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) einig. Das von Mattle in Wahlkampfzeiten ausgerufenen „Leistungsprinzip“ soll aber auch im Wohnbau gelten. Und so werden mindestens drei Millionen Euro von den



Foto: BNN

„Uns ist es gelungen, dass noch mehr Menschen von den Förderungen profitieren können.“

LHStv. Georg Dornauer/SPÖ (Wohnbaureferent)

Tirol zustehenden 84 Millionen Euro aus der Wohn- und Eigentumsinitiative des Bundes für Zinsstützungen beim Erwerb von Eigentumswohnungen verwendet.

„Jeder junge Mensch muss die Perspektive haben, sich Eigentum zu schaffen. Nur so werden wir die Leistungsbereitschaft in unserem Land aufrechterhalten können“, betont Mattle. Zur Schaffung von Wohnungseigentum soll es deshalb bis 2028 eine ergänzende Zinsstützung von 1,5 Prozent bei einer Kreditaufnahme von mindestens 50.000 Euro geben.

Mit 66 Millionen Euro sollen bis 2026 rund 534 zusätzlich geförderte Wohnungen errichtet werden, wobei 50 Prozent davon Eigentums- und Mietkaufwohnungen sind. Die andere Hälfte entfällt auf Mietwohnungen. 15 Millionen Euro fließen in die Wohnhaussanierung.

Wohnbaureferent und Landeshauptmannstellver-

treter Georg Dornauer (SPÖ) sieht Tirol jedenfalls auf einem guten Weg. 2000 geförderte Wohnungen stelle man jährlich fertig, heuer seien es bereits 917. „Und mit Quadratmeterpreisen von 10 bis 12 Euro bei Mietwohnungen sehen wir, dass in Tirol die Wohnbauförderung und der gemeinnützige Wohnbau beim leistbaren Wohnen funktionieren.“ Rund 2000 geförderte Wohnungen werden jährlich errichtet, 1200 davon von den gemeinnützigen Bauträgern. „Ich bin zuversichtlich, dass wir heuer wieder die Fertigstellung von 2000 Wohnungen mit Unterstützung der Wohnbauförderung schaffen“, freut sich Dornauer. Außerdem boome die Sanierungsoffensive, allein im heurigen Jahr gebe es bereits 9600 Ansuchen. Gesamtvolumen: 170 Millionen Euro.

## Lob von den Gemeinnützigen

Unterstützung kommt vom Sprecher der gemeinnützigen Wohnbauträger in Tirol, Franz Mariacher. „Mit Anreizen für neue geförderte Wohnungen und dem Festhalten an den attraktiven Sanie-



Foto: Land Tirol

„Jeder junge Mensch muss die Perspektive haben, sich (Wohnungs-)Eigentum zu schaffen.“

Anton Mattle/ÖVP (Landeshauptmann)

rungsförderungen setzt das Land wichtige Impulse für die Bauwirtschaft und die Wohnbauträger.“ Jeder zusätzliche Euro in Neubau und Sanierung bringe eine dreifache Wertschöpfung. (pn)

## Wohnbauförderung und Zinsstützung

**Geförderte Eigentumswohnung um 396.000 Euro:** Eine Familie, die die Wohnbauförderungskriterien erfüllt, erhält einen Wohnbauförderungskredit des Landes in Höhe von 146.250 Euro mit einem Anfangszinssatz von 0,2 % pro Jahr und einer Effektivverzinsung von 0,8 % auf 37,5 Jahre Laufzeit. Zusätzlich bekommt die Familie einen Zuschuss für energiesparende Maßnahmen

den 60.000 Euro Eigenmittel eingebracht, ist ein Bankkredit von 180.000 Euro notwendig. Als Startvorteil für Eigentum unterstützt das Land zusätzlich mittels Zinszuschuss ab Rückzahlungsbeginn bis 2028 mit insgesamt 10.800 Euro.

**Geförderte Eigentumswohnung um 326.000 Euro:** Hier wäre ein Bankkredit von 110.000 Euro notwendig, die neue Zins-

# Firmen zahlen weniger in Tourismus-Topf, Gäste mehr

TT,  
9.7.24

Die kritisierte Tourismusabgabe soll um 10 Mio. Euro gekürzt werden, zahlen sollen weiter fast alle Firmen. Mindest-Ortstaxe steigt auf 2,60 Euro.

Von Max Strozzl

**Innsbruck** – Nach monatelangem Warten hat die Landesregierung gestern ihre Pläne für eine Änderung der Tourismusfinanzierung auf den Tisch gelegt. Am Grundprinzip der 1927 eingeführten und viel kritisierten Pflichtabgabe, die alle Betriebe in Tirol bezahlen müssen, wird allerdings nicht gerüttelt. Unternehmen, die weniger vom Tourismus profitieren, sollen aber insgesamt rund 10 Mio. Euro im Jahr weniger zahlen. Zuletzt zahlten Tirols Unternehmen zusammen 140 Mio. Euro im Jahr an Pflichtbeiträgen in den Tourismus-Topf. Im Gegenzug steigt die Mindest-Ortstaxe. Unterm Strich zahlen Firmen weniger ein, Urlauber mehr – die Gesamtsumme dürfte damit gleich bleiben.

► **Abgabe sinkt um 10 bis 50 Prozent.** Von den rund 78.000 Betrieben betrifft die Entlastung etwa 40.000 Unternehmen in den Beitragsgruppen 3 bis 7. Für sie soll ab dem kommenden Jahr in Abstufungen zwischen 10 Prozent (Beitragsgruppe 3) und 50 Prozent (Beitragsgruppe 7) weniger Pflichtbeitrag fällig werden, kündigten LH Anton Mattle und Landesrat Mario Gerber (beide ÖVP) an. Ein Holzunternehmen in der Beitragsgruppe 4 mit einer Mio. Euro Umsatz zahle somit künftig statt 1320 Euro nur 990 Euro an Tourismusabgabe. Für die ersten beiden Beitragsgruppen, also z. B. Hoteliers, bleibt die Tourismusabgabe unverändert.

► **2500 Euro Freibetrag.** Wer weniger als 2500 Euro im Jahr umsetzt, soll von der Tourismusabgabe befreit werden. Dies solle laut der Regierung vor allem Vereine, aber auch die Verwaltung entlasten, weil der Aufwand für solche Kleinabgaben oft höher ist als der Pflichtbeitrag selbst.



Die geplante Reform der Tiroler Tourismusfinanzierung geht unter anderem der Wirtschaft nicht weit genug. Foto: TT/Bild Post

► **Berufs-Rochade.** Bestimmte Berufe, die es zum Teil auch gar nicht mehr gibt, werden von der Liste der Abgabenzahler gestrichen, dafür kommen andere Berufe dazu. Ausgedient habe etwa Dentalwarenhändler, Darmbinder und Sensenzerzeuger, so die Regierung. Neu aufgenommen würden dagegen beispielsweise DJs, Flugdienstberater, Onlinehändler oder Fahrlehrer. In Summe ändert sich unterm Strich wenig: Derzeit gibt es 616 Berufsgruppen, künftig

werden es immer noch etwas mehr als 600 sein.

► **2,60 Euro Mindest-Ortstaxe.** Angepasst wird weiters die Ortstaxe, die Urlauber pro Nacht zahlen: Mit kommenden 1. Dezember wird die Mindest-Aufenthaltsabgabe von einem Euro auf 2,60 Euro erhöht. Rund die Hälfte der Tiroler Tourismusregionen liegt derzeit darunter.

► **Wohin fließt das Geld?** Laut Huber Siller, Leiter des MCI Tourismus, dessen Studie zur Tourismusfinanzierung im

Auftrag des Landes als Basis für die Novelle diene, fließen rund 40 Prozent der Tourismusabgaben ins Marketing, ein Drittel in die Infrastruktur, die restlichen rund 25 Prozent in Personal und Verwaltung.

► **Alle müssen zahlen.** Die entsprechenden Gesetzesnovellen gehen nun in Begutachtung. „Niemand zahlt gerne Abgaben. Wir wollen aber jene Betriebe entlasten, deren Nutzen aus dem Tourismus geringer erscheint“, sagt Gerber. Vom Grundgedanken, dass praktisch alle Firmen in Tirol zahlen müssen, weil aus Sicht des Landes jedes Unternehmen direkt oder indirekt vom Tourismus profitiere, rückt die Regierung nicht ab. „Mit der Tourismusabgabe ermöglichen die Unternehmen den Fortbestand des Tourismus“, so Mattle.

► **Kritik.** In der Tiroler Wirtschaft stelle „niemand die Tourismusabgabe in Frage“, meint Gerber. „Ganz so ist es nicht. Jedes Jahr bekämpfen viele Tiroler Betriebe die Tourismusabgabe vor Gericht. Anhängig ist beim Höchstgericht der Fall einer Brennerbasistunnel-Gesellschaft, die sich gegen die Tourismusabgabe wehrt und deren Fall die jetzige Novellierung mit angestoßen hat.“

Unzufrieden ist auch Tirols Wirtschaftskammer-Chefin Barbara Thaler. „Viele Branchen seien „nicht mehr bereit, 120 Millionen Euro pro Jahr zu stemmen“. Thaler fordert eine Reduktion des Pflichtbeitrags um bis zu 50 % der Gesamtsumme – also um 60 bis 70 Mio. Dies gestaffelt über die nächsten fünf Jahre. Die Einhebung der Tourismusabgabe müsse zudem den Finanzämtern übertragen werden. Aus Sicht der NEOS müsse die Abgabe komplett gestrichen werden. Die Erhöhung der Ortstaxe sei zudem „eine Mehrbelastung für die Vermieter:innen“.

## AK fordert besseren Hitze-Schutz

**Wien** – Angesichts der immer heißeren Temperaturen bekräftigt die Arbeiterkammer (AK) ihre Forderung nach besseren Hitzeschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz. Vor allem Arbeiten im Freien stellten bei Hitze ein erhöhtes Gesundheitsrisiko dar. Auf Dächern oder in Baugruben würden immer wieder Temperaturen um die 50 Grad erreicht. Im Gegensatz zu Arbeitsräumen gebe es für den Außenbereich aber keine gesetzlichen Temperaturgrenzwerte, kritisierte die AK Oberösterreich.

Eine Sonderregelung gebe es derzeit nur am Bau, wo bei Temperaturen über 32,5 Grad die Arbeit eingestellt werden



Sengende Hitze belastet Arbeiterinnen und Arbeiter massiv. Foto: APA/Gerber

könne – bei eingeschränkten Bezügen. Die Entscheidung darüber liege allerdings beim Arbeitgeber. Die Arbeitnehmervertreter fordern eine

Anpassung des Arbeitsrechts, sodass es die Folgen des menschengemachten Klimawandels abbildet und Rechtssicherheit gibt.

Von den Arbeitgebern fordert die AK, dass Beschattung, UV-Schutz und Schutzkleidung zur Verfügung gestellt werden. Überstunden sollten so weit wie möglich reduziert werden. Besonders anstrengende Tätigkeiten sollten in die Tagesrandzeiten verlegt werden, leichtere Tätigkeiten, die im Schatten verrichtet werden können, möglichst in die Tageszeiten, in denen die Temperaturen am höchsten sind. Zusätzliche Pausen und regelmäßiges Trinken sollten eingeplant werden. Getränke sollten vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden.

Der ÖGB hat kürzlich auch besseren Arbeitnehmerschutz gefordert. (APA, TT)



# Tourismus: Weniger Geld von Firmen

Ab 2025 sollen Firmen 10 Mio. Euro weniger Tourismusabgabe zahlen, dafür steigt die Mindest-Ortstaxe.

Kritik von Opposition und Wirtschaft.

**Innsbruck** – Die Landesregierung will kommendes Jahr an einigen Rädchen der Tourismusfinanzierung drehen. Gestern haben LH Anton Mattle und LR Mario Gerber (beide ÖVP) ihre Pläne präsentiert. Am Grundprinzip, dass so gut wie alle Firmen in Tirol einen Tourismusbeitrag zahlen müssen, wird nicht gerüttelt. Der viel kritisierte Tourismusbeitrag soll ab 2025 aber für rund 40.000 der 78.000 Betriebe um 10 bis 50 Prozent sinken. Wer weniger als 2500 Euro im Jahr umsetzt, soll keine Abgabe zahlen. Insgesamt sollen die Unternehmen um 10 Mio. Euro entlastet werden, erklärte Gerber. Einige neue Berufsgruppen – etwa DJs – kommen hinzu, andere – etwa Sensen-erzeuger – werden aussortiert. Der Pflichtbeitrag wird sich weiterhin unter anderem am Umsatz der Unternehmen orientieren und nicht, wie von Teilen der Opposition gefordert, am Gewinn.

Gleichzeitig soll ab kommendem Dezember die Mindest-Aufenthaltsabgabe, die jeder Urlauber pro Nacht zahlt, von einem auf 2,60 Euro erhöht werden. Derzeit liegt rund die Hälfte der Tiroler Tourismusregionen unter dieser Schwelle. Insgesamt sollen die Tourismusverbände damit etwas weniger durch die Firmen, dafür etwas mehr durch Urlauber finanziert werden. Die Gesamtsumme dürfte unter dem Strich gleich bleiben.

Die Novelle geht nun in Begutachtung. Die NEOS kritisieren die „groß angekündigte Reform der Tourismusabgabe“ als „Augenauswischerei“. Die Abgabe müsse „komplett gestrichen werden“. Auch Tirols Wirtschaftskammer-Chefin Barbara Thaler sind die Änderungen zu wenig. Sie fordert eine Reduktion der Beitragssumme um die Hälfte – also um 60 bis 70 Mio. Euro. (mas)

Mehr auf den Seiten 2, 18

Frankreich vor



TT, 9-7

Kommentar

# Umschichten statt reformieren

Von Max Strozzi

Viele Tiroler Firmen sollen künftig weniger Tourismusabgabe zahlen, dafür sollen Urlauber bei der Nächtigungs-Taxe in einigen Regionen etwas mehr zur Kasse gebeten werden als bisher. So sehen im Kern die Pläne der Landesregierung aus, die LH Anton Mattle und Wirtschafts-LR Mario Gerber gestern präsentiert haben. Dazu soll die Abrechnung der Pflichtabgabe vereinfacht, der Einsatz der Gelder transparenter dargelegt werden. Einige Berufe, die es ohnehin nicht mehr gibt, werden von der Liste der Zahlenden gestrichen, dafür kommen gleich viele neue Berufe hinzu.

Weniger Geld von Firmen, mehr vom Gast. Unterm Strich dürfte der gesamte Geldtopf, aus dem die Tiroler Tourismusverbände schöpfen, somit in etwa gleich groß bleiben. Dass ein Tourismuslandesrat den Tourismusverbänden den Geldhahn spürbar zudrehen



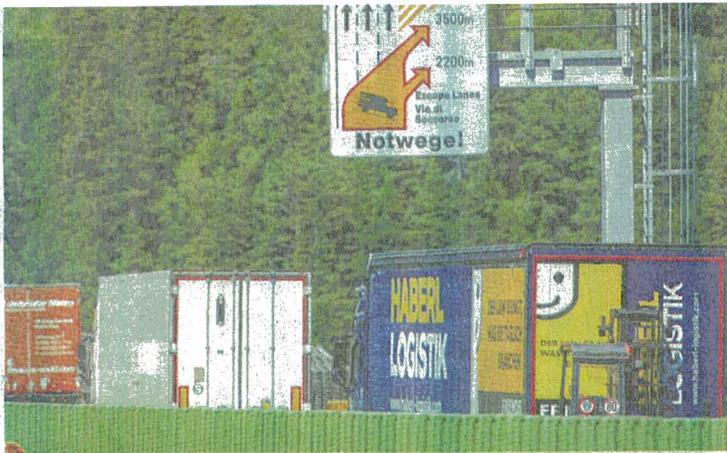
Lesen Sie dazu mehr  
auf Seite 18

strozzi@tt.com

würde, war ohnehin nicht zu erwarten. Aus der angekündigten Reform der Tourismusfinanzierung wird somit eine Umschichtung, die Wirtschaftskammer schreit schon auf.

Das Grundprinzip bleibt dagegen weiterhin unangetastet. Vor fast 100 Jahren wurde die verpflichtende Tourismusabgabe für eine Handvoll Berufe eingeführt, um dem Fremdenverkehr auf die Beine zu helfen. Mittlerweile zahlen mehr als 600 Berufsgruppen in die Kassa ein, obwohl Tirols Tourismus als eine Stütze der Tiroler Wirtschaft längst auf eigenen Beinen steht. Trotzdem soll auch künftig praktisch jeder Unternehmer einen Obolus an den Tourismus leisten, weil die Landesregierung nach wie vor pauschal davon ausgeht, dass jeder Tiroler Betrieb direkt oder indirekt vom Tourismus profitiert. Egal ob dies in der Realität wirklich zutrifft oder nicht.

Hier könnte das letzte Wort aber noch nicht gesprochen sein. Der Fall einer Brennerbasistunnel-Firma, die sich gegen den Pflichtbeitrag wehrt und damit vor mehr als einem Jahr die ganze Debatte erst angestoßen hat, liegt noch beim Verwaltungsgerichtshof. Nicht ausgeschlossen, dass die Reform der Tourismusfinanzierung noch einmal reformiert werden muss.



TT, 9.7.2024

Notweg wohin? 2,4 Mio. Lkw fahren über den Brenner, die Wirtschaft fordert trotzdem Erleichterung im Transit. Foto: FA

# „Es benötigt rasch eine Entzerrung“

Industriepräsident Kloger fordert im Verbund mit Südtirol und Bayern Aufweichung des Lkw-Nachtfahrverbots.

Von Peter Nindler

**Innsbruck, München** – Der Druck auf die Tiroler Landespolitik wächst. Auch im eigenen Land. Denn offensiv drängt die Industriellenvereinigung auf ein Abgehen von den Lkw-Fahrverboten auf der Inntal- und Brennerautobahn, die Wirtschaftskammer unterstützt dies – allerdings mit noch angezogener Handbremse. Anlass ist die bevorstehende Sanierung der Luegbrücke und die Einspurigkeit. „Da kommt ohnehin die Kraft des Faktischen auf uns zu“, betont der Präsident der Industriellenvereinigung Max Kloger gegenüber der TT. Darüber hinaus bezweifelt er generell die Sinnhaftigkeit der Transitbeschränkungen. Wobei Kloger hier nicht so weit vorprescht wie der Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft Bertram Brossardt.

Für Brossardt müssen nämlich die europarechtswidrigen Eingriffe in den freien Warenverkehr beendet werden. Mauterhöhung – sogar die von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder unterstützte höhere Korridormaut am Brenner – lehnt er ab. Und buchbare Fahrten auf der Brennerachse („Slot-System“) bezeichnet er nicht als Lösung. Trotzdem: Die gemeinsame Erklärung von Kloger, Brossardt

und dem Präsidenten des Südtiroler Unternehmerverbands Heiner Oberrauch für einen „freien klimarechten Warenverkehr über den Brenner“ lässt keine Zweifel offen. Tirol soll die Transitbeschränkungen zurücknehmen, die bisherigen Maßnahmen – Dosierung der



**„Tirol befindet sich in der Verkehrspolitik in einer gewissen Systemblockade, aus der man nicht mehr so recht rauskommt.“**

Max Kloger (Präsident der Industriellenvereinigung)

Durchfahrten für Lkw, Ausweitung des sektoralen Fahrverbotes, Verschärfung des Nachtfahrverbotes auch für Lkw mit der besten Schadstoffklasse – würden eine große Belastung für die Wirtschaft in Südtirol und Bayern darstellen.

Kloger sieht jedenfalls Handlungsbedarf, er spricht von einer Systemblockade („Deadlock“), „aus der man nicht mehr so recht rauskommt“. Um den Transit zu entzerren und die massiven Staus in Bayern wegen der Lkw-Dosierungen abzuschwächen, fordert er ein Ende des Lkw-Nachtfahrverbots für schadstoffarme Lkw. „Diese Entzerrung wäre unbedingt notwendig, nicht nur während der Sanierung der Luegbrücke.“ Lkw der Euroklasse 6 sollten bis drei Uhr in der Früh über den Brenner rollen dürfen. „Mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 70 Stundenkilometern.“

Die Blockabfertigungen und andere Verkehrsbeschränkungen erschweren für Kloger den Gütertransport erheblich und würden zu zusätzlichen Kosten sowie Verzögerungen führen. Den aktuellen Lkw-Fahrverboten steht er generell skeptisch gegenüber, er setzt vielmehr auf die Schiene – die Fertigstellung des Brennerbasistunnels und der Zulaufstrecke. „Lenkungsmaßnahmen zur Verlagerung auf die Schiene muss es europaweit geben. Ich bin überzeugt, dass die EU das dann angehen wird.“

## Mattie erteilt klare Absage

Im Land nimmt man die Forderungen zur Kenntnis. Mehr nicht. Schließlich würden Wirtschaft und Industrie stets Erleichterungen für den Straßengütertransport fordern, aber selbst kaum Initiativen für die Verlagerung des Schwerkverkehrs setzen, heißt es. Obwohl es genügend Angebote gebe. „Tirol kann und will nicht mehr Lkw aufnehmen. Ein Aufweichen oder eine Abschaffung der Tiroler Anti-Transitmaßnahmen kommt für mich nicht in Frage. Das Nachtfahrverbot bleibt in der jetzigen Form bestehen“, erteilt Landeshauptmann Anton Mattie (VP) deshalb eine klare Absage.

„Wir brauchen mehr Ruhe in der Nacht und nicht noch mehr Verkehr“, reagiert der grüne Klubchef Gebi Mair empört.

## Forderungspapier der Industrie

**Europaweite Maßnahmen:** Eine erfolgreiche Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik muss im Verbund mit allen europäischen Partnern realisiert werden. Dies muss konstruktiv, im Sinne der Menschen, der wirtschaftlichen Zukunft, der Umwelt, des einheitlichen Wirtschaftsraums Europas und der guten Nachbarschaft in der Region erfolgen.

**Tiroler Anti-Transitmaßnahmen:** Sie verlagern den Verkehr auf die Nachbarländer und schaden neben der regionalen Wirtschaft auch dem kontinentalen Warentransport. Staus und stockender Verkehr produzieren

zusätzliche Umweltbelastungen. Vor dem Hintergrund anstehender Sanierungsmaßnahmen in Österreich werden sogar weitere Beschränkungen diskutiert. Dies gilt es zu vermeiden.

**Zulaufstrecken für Brennerbasistunnel:** Deutschland und Italien müssen eine schnellere Realisierung der jeweiligen Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel anstreben. Deutschland und Bayern, Österreich und Tirol müssen gemeinsam den 10-Punkte-Plan vom 25. Juli 2019 deutlich schneller umsetzen. Detail am Rande: Der sieht auch höhere Mauten vor (Wegekostenrichtlinie).

# TIROL

THEMA  
DES TAGES

uroler@kronenzeitung.at

## DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Die Tourismusabgabe sorgte immer wieder für Kritik von den Betrieben, wie die „Krone“ berichtete. Zwar wird sie nicht gestrichen, jedoch überarbeitet. Gestern wurden die wichtigsten Eckpunkte im Landhaus vorgestellt.



## Neue Tourismusfinanzierung

Novelle soll mit 1. Jänner 2025 in Kraft treten. Abgabe für Betriebe sinkt im Schnitt um 24 Prozent. Dafür müssen die Touristen bei der Aufenthaltsabgabe tiefer in die Tasche greifen.

**Z**ehn Millionen € Entlastung für die Tiroler Wirtschaft. Dieses Versprechen gaben gestern Landeshauptmann Anton Mattle sowie Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Mario Gerber (beide ÖVP). Wie das gelingen soll? Mit einer Novelle der Tourismusfinanzierung. Diese wurde noch gestern in Begutachtung geschickt und soll ab 1. Jänner 2025 in Kraft treten. Und so sieht sie aus:

• **Tourismusabgabe:** An dieser wird – trotz mehrfacher Kritik von Betrieben in der Vergangenheit – weiterhin festgehalten. Jedoch sollen Unternehmen, deren direkter Nutzen aus dem Tourismus geringer ist, im Schnitt 24 Prozent weniger entrich-

**Tirol ist eine führende Tourismusregion. Einheimische wie Gäste profitieren von der hochwertigen Infrastruktur und Anbindung an die Öffis.**

Anton Mattle, Tiroler Landeshauptmann von der ÖVP



Foto: Christof Birbaumer

**Wir haben das System evaluiert und starten eine Modernisierung. Die Finanzierung ist ein Garant dafür, dass sich Tirol im harten Wettbewerb behauptet.**

Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Mario Gerber (ÖVP)



Foto: Christof Birbaumer

**Die Abgaben bilden das Fundament zur Finanzierung des Tiroler Tourismus. Sie fließen in weiterer Folge auch in andere wichtige Bereiche.**

Hubert Siller, Studienautor vom Management Center Innsbruck



ten müssen. Zudem wird ein Freibetrag von 2500 Euro eingeführt. Umsätze unterhalb dieser Summe sind abgabenbefreit.

• **Beitragsgruppen:** Die Be-

rufungsgruppen, von denen es derzeit 616 gibt, werden überarbeitet. Rund 60 veraltete dürften gestrichen werden, 50 neue definiert werden. Unterm Strich soll

es dann rund 600 Berufsgruppen geben.

• **Aufenthaltsabgabe:** Tiefer in die Tasche greifen müssen die Touristen. Die Mindestortstaxe pro Tag erhöht sich

Krone  
2,6

## EURO

wird der Mindestbetrag bei der Aufenthaltsabgabe künftig sein. Maximal können die Verbände bis zu fünf Euro pro Gast verlangen.



Foto: Christof Birbaumer

Tirol bleibt bei Gästen als Urlaubsland sehr beliebt. Im Zuge der Novellierung der Tourismusfinanzierung müssen sie ab Jänner 2025 jedoch tiefer in die Tasche greifen. Bis zu maximal fünf Euro pro Gast und Nacht sind möglich.

von einem auf 2,60 Euro. Der Maximalbetrag liegt bei fünf Euro. Die Tourismusverbände legen die Höhe weiterhin selbst fest.

• **Beitragsservice:** Die Abteilung Tourismus- und Beitragsservice wird zu einer Servicestelle ausgebaut. Inklusiv zwei Service-Hotlines für Steuerberater, Bilanzbuchhalter und Stakeholder sowie die beitragspflichtigen Unternehmen. Die Vorschreibung soll transparenter gestaltet und das Mahnwesen optimiert werden.

„Um erfolgreich zu sein, Weiterentwicklung nötig“

„Der Tourismus bringt Wohlstand, Arbeit und Entwicklungsmöglichkei-

ten. Wenn wir weiterhin erfolgreich sein wollen, braucht es eine Weiterentwicklung der finanziellen Basis“, sagt Mattle.

Laut Gerber ist die zweistufige Tourismusfinanzierung „ein Garant dafür, dass Tirol sich im harten Wettbewerb um Gäste behaupten kann. Mit der Tourismusabgabe ermöglichen die Unternehmen den Fortbestand des Tourismus, die Gäste leisten mit ihrer Abgabe einen Beitrag für das Angebot“.

Studienautor Hubert Siller vom MCI ergänzte, dass „die Abgaben auch in die Infrastruktur, in Veranstaltungen oder die öffentliche Mobilität fließen“.

Manuel Schwaiger

## Hing'schaut und g'sund g'lebt



KRÄUTERPFARRER BENEDIKT  
facebook.com/kraeuterpfarrer kraeuterpfarrer.at

### Das Zahnfleisch festigen Spülungen mit Wundklee

**U**nter den Kräutern finden sich viele Prominente. Jede und jeder kann zumindest ein paar Pflanzen zählen, denen eine gesundheitsfördernde Komponente zu entnehmen ist oder die zumindest im Hinblick auf die Gesundheit einen guten Ruf besitzen. Manche Gewächse sind aber nur wenigen bekannt. Dies trifft sicher auch auf den Echten Wundklee (Anthyllis vulneraria) zu. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, ihn ein wenig bekannter zu machen.

Er zählt mit seinen anmutigen goldgelben Blütenköpfen ohnehin zu den einheimischen Pflanzen. Gerbstoffe, Saponine und Flavonoide sind übrigens in den Blüten des Wundklee enthalten. Damit steht wiederum ein zusammenziehender Effekt in Verbindung, der vor allem äußerlich zur Anwendung schon unsere Vorfahren, aus

deren reichen Erfahrungsschatz wir uns auch heute das eine oder andere herausnehmen dürfen. So haben nicht wenige unserer Zeitgenossen dann und wann Probleme mit dem Zahnfleisch. Die Diagnose dafür ergibt sich ohnehin beim täglichen Zähneputzen. Um diesem lästigen Umstand zu begegnen und die Kieferpartien wieder fitter zu machen, ist es klug, den Wundklee auf den Plan zu rufen. Mit ein bisschen Aufwand und zusätzlicher Zeit macht sich eine bewusste Pflege der Mundhöhle sicher bezahlt.



#### AUFGUSS

2 Esslöffel voll getrockneter Blüten des Wundklee mit ½ Liter kochendem Wasser übergießen. Nun 15 Minuten zugedeckt ziehen lassen. Dann den Aufguss einfach abseihen und temperieren lassen. Mit dem warmen Tee werden Mundspü-

lungen durchgeführt. Anlass dafür können Zahnfleischentzündungen oder Zahnfleischbluten sein. An mehreren Tagen hintereinander je ein- oder zweimal durchführen, um so auch einen spürbaren Erfolg entgegennehmen zu können.

Alle hier beschriebenen Anwendungen sollen und können in keinem Fall eine medizinische oder ärztliche Behandlung ersetzen.

# Es geht um 2600 Unterschriften

Wer nicht im Nationalrat sitzt, muss Unterstützungserklärungen bringen, um bei der Wahl antreten zu können. Mehr als ein halbes Dutzend Gruppen wollen es probieren. Am 2. August steht fest, wer es schafft.

**Innsbruck** – Für Dienstag ist Dominik Wlazny alias Pogo zu einem Presse-Treffen. Der Gründer und Vorsitzende der Bierpartei hat sich zuletzt rar gemacht. „Menü“, wie er das Wahlprogramm nennt, hat er bisher in Überschriften vorgestellt. Ab Dienstag geht es für ihn aber um viel: Die Bierpartei muss bis 2. August 2600 Unterschriften sammeln, um am 9. September bei der Nationalratswahl in allen Bundesländern antreten zu können. Neben Wlazny und der Bierpartei probieren es mittlerweile weitere Listen.

## Unterschriften für Tirol

Die Wahlordnung regelt außerdem genau, wie viele Unterschriften pro Bundesland nötig sind. Die Spanne reicht von 500 (Wien, Niederösterreich) bis 100 (Vorarlberg, Salzburg). In Tirol sind es 2600. In jedem Bundesland müssen sich außerdem Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste finden. Parteien, die bereits im Nationalrat sind, ersparen sich die Mühe. Für ihre neugewählte Kandidatur reicht die



Bevor sich eine Partei am 29. September den Wählerinnen und Wählern stellen kann, muss sie Unterstützungserklärungen sammeln. Foto: APA/Schneitz

Unterstützung von drei Abgeordneten.

Welche Parteien Unterstützung sammeln, wird auch nirgends zentral erfasst. Die Parteien müssen selbst versuchen, auf sich aufmerksam zu machen.

Immer wieder gibt es Gruppen, die nur in einzelnen Bundesländern genügend Unterstützung bekommen.

Sie stehen nur in diesen Ländern am Stimmzettel. Die Chancen auf den Einzug in den Nationalrat werden damit noch einmal geringer.

## Wer will in den Nationalrat?

► Dominik Wlazny und die Bierpartei haben schon viel Aufmerksamkeit bekommen. Sein selbst gesetztes Finanzierungsziel von

1,2 Millionen Euro hat der Mediziner und Musiker offenbar noch nicht erreicht. Die Bierpartei versucht, bei Stammtischen in allen Bundesländern ihre Bekanntheit zu steigern.

► Die KPÖ hofft, nach den Erfolgen in der Steiermark und Salzburg erstmals seit 1959 auch wieder im Nationalrat vertreten zu

sein. Die Spitzenkandidaten heißen Bettina Prochaska und Tobias Schweiger. Bei der letzten Nationalratswahl 2019 kam die KPÖ lediglich auf 0,7 Prozent.

► Gegen ihre frühere Partei tritt Madeleine Petrovic an. Sie war Bundessprecherin der Grünen, dann baute sie die niederösterreichische Landespartei auf.

Die Corona-Pandemie führte aber zur Entfremdung. Petrovic wirft der Regierung und den Grünen einen Abbau der Grundrechte vor.

► Protest gegen die Corona-Maßnahmen führte zur Gründung der Partei MFG – Menschen, Freiheit, Grundrechte. In Oberösterreich schaffte es MFG im Sommer der Pandemie in den Landtag. Spitzenkandidat ist der Oberösterreicher Joachim Aigner. Er wollte Petrovic für eine gemeinsame Kandidatur gewinnen. Diese lehnte ab.

► Die Linkspartei „Wandel“ will als „KEINE von denen“ am Stimmzettel stehen. Die Idee für den Namen hat laut Spitzenkandidat Fayad Mulla der Politologe Peter Filzmaier geliefert. Er behauptete, eine Liste mit Namen „Keine“ würde den Sprung in den Nationalrat schaffen. 2019 erreichte der „Wandel“ 0,5 Prozent der Stimmen.

► Die „Gelben“ sind nach eigener Darstellung ein „Bündnis aus Bürgerlisten, Demo-Veranstaltern und enttäuschten Wählern anderer Parteien, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen“.

► Die „Servus Partei“ will nicht links oder rechts stehen. „Es ist höchste Zeit für eine neue Partei“, meint Peter Sobotka, Obmann der „Unabhängigen Österreichs (DUO)“. Sammeln will auch die „Demokratische Alternative“. (sabl)



Die Eltern des verunglückten André Drege in Igls mit den Teamkollegen (l.) und Jaka Primožic, der mit dem Norweger die verhängnisvolle Abfahrt (o.) bestritt. Unten: das Peloton bei der Kondolenzfahrt in Tulfes. Fotos: AP/REXPA/Gruber



# Dreges Eltern nahmen in Igls Abschied

Große Trauer als Schlusspunkt der Tour of Austria: Mit emotionaler Ansprache nahmen die Eltern des tödlich verunglückten André Drege in Igls Abschied von ihrem Sohn. Der Schock sitzt bei allen tief.

Von Roman Stelzl

**Igls** – Es sind Momente, die ganz tief ins Mark gehen: Keine 24 Stunden nach dem Tod ihres Sohnes André stehen Vater und Mutter Drege am verregneten Sonntag Arm in Arm bei der Talstation der Patscherkofelbahn vor dem Mikrofon. Die Stimme des Vaters zittert ein ums andere Mal vor Trauer, als er die Rede vom Smartphone abliest – und dennoch: Größer könnte die Stärke gar nicht sein, die die Familie des 25-jährigen norwegischen Rad-Profis

hier und jetzt in Igls mit dieser Rede so kurz nach dem Schickalsschlag ausstrahlt. „Die Familie ist dankbar, dass das alles möglich gemacht wurde. André wollte das so. Radfahren war alles für ihn. Seine große Leidenschaft. In all der Tragödie ist es schön zu sehen, dass die Rad-Familie zusammensteht. Im Namen der Familie danken wir der Organisation. Bleibt stark“, spricht Papa Drege vor dem versammelten Feld der Tour of Austria. Dann folgt Stille. Es wird der Schlusspunkt der 73. Ös-

„André wollte das so. Radfahren war alles für ihn. Seine große Leidenschaft. Im Namen der Familie danken wir.“

Familie von André Drege (bei der Ansprache in Igls)

„Dazu kam der starke Wind. André ist ohne ersichtlichen Grund gestürzt. Es war ein schrecklicher Sturz.“

Jaka Primožic (Stowenischer Rad-Profi)

„Ich hoffe, wir konnten ihm unid der Tour of Austria einen würdigen Abschluss bieten.“

Thomas Pupp (Direktor Tour of Austria)

terreich-Radrundfahrt sein, die als großes Fest begann und als ebenso große Tragödie endete. Nach dem tödlichen Unfall bei der Abfahrt vom Großglockner am Samstag hatten sich die Organisatoren gestern dazu entschieden, eine Kondolenzfahrt von

Tulfes nach Igls abzuhalten. Viele Tränen verschwanden dabei im Regenfall, dabei war schon der Auftakt in Kufstein, von wo aus es ins Kühtai gehen hätte sollen, von großen Emotionen geprägt. „Ich stehe hier als Vater dreier Söhne. Ich kann verste-

hen, was das heißt. Es ist so unfair“, sagte ein sehr gerührter Tour-Direktor Thomas Pupp. Und der Slowene Jaka Primožic, der neben Drege die verhängnisvolle Abfahrt bestritten hatte, brachte Licht ins Dunkel, als er den Unfallhergang schilderte.

„Ich und André sind die Abfahrt gefahren, wir waren mit hoher Geschwindigkeit am Weg. Dazu kam der starke Wind. André ist ohne ersichtlichen Grund gestürzt“, erklärte der 25-Jährige. „Es war ein schrecklicher Sturz. Ich habe schnell Hilfe gesucht, weil wir ganz alleine auf der Straße waren. Ich bin in der nächsten Ecke zur Polizei und habe erklärt, was passiert ist.“ Der Schock sitzt tief. Bei allen. Und den gilt es nun zu verarbeiten. Detail am Rande: Gesamtsieger der Tour of Austria ist Diego Iltis (ITA).

## „Es gibt kein Rezept dagegen“

Der Tod von André Drege wirft viele Fragen nach der Sicherheit im Radsport auf.

Von Roman Stelzl

**Igls** – Wie konnte das passieren? Wer trug Schuld? Und wie kann das verhindert werden? Der tragische Tod des Norwegers André Drege bei der Tour of Austria wirft zahlreiche Fragen auf. Die TT gibt Antworten. **Wie ist der tödliche Sturz passiert?** Noch sind die Details Teil der Polizei-Ermittlungen. Doch der Norweger dürfte rund um die Kehren bei Zlanitzen auf ca. 2000 Metern in der Abfahrt vom Großglockner nach Heiligenblut vor dem Kreisverkehr Guttal zu Sturz gekommen sein. Die Stelle gilt mit als die schwierigste Passage einer Gesamt-Strecke, auf der bis zu 100 km/h erreicht werden. Der 25-Jährige dürfte die Kontrolle über sein Rad verloren haben. Reanimations-



Der Norweger André Drege (l.) wenige Minuten vor dem Unglück am Anstieg mit dem Österreicher Sebastian Schönberger. Foto: gppa/Golem/ggr

versuche blieben erfolglos, Drege starb noch am Unfallort. Fremdverschulden wurde vorerst ausgeschlossen. **Sind Rad-Rennen gefährlicher geworden?** Schon nach den tödlichen Unfällen im Vorjahr von Gino Mäder (Tour de Suisse) und Jacopo Venzo (Oberösterreich-Rundfahrt) tauch-

te diese Frage auf. Die Antwort darauf ist schwierig bis unmöglich. „Bei 99 Prozent der Stürze passiert nichts. Es gibt kein Rezept dagegen“, sagt Ex-Ö-Tour-Sieger und Ex-UCI-Mitarbeiter Thomas Rohregger. Das Material ist mit Aero-Ausrüstung (unter anderem breitere Felgen) und dem geringen Gewicht anfäll-

iger für starken Wind so wie am Glockner geworden, doch ausgezeit wurde schon früher alles. Auch der Druck auf die Fahrer sei der gleiche, so Rohregger, der 2011 ebenfalls einen Teamkollegen verloren hat: „Erst isst du gemeinsam und wenige Stunden später ist der Kollege tot. Es ist brutal. Aber meist ist es eine Verkettung vieler unglücklicher Faktoren. Das kannst du nicht beeinflussen.“ **Wie lässt sich so etwas in Zukunft verhindern?** Keine Zeitnehmung bei der Abfahrt, Geschwindigkeitsbegrenzung, Essensverbot bergab. Die Wurzeln für mehr Sicherheit bei den Rennen wachsen in alle Richtungen. Schlussendlich bleiben Restrisiko und Selbstverantwortung. Rohregger: „Jeder weiß, worauf er sich da einlässt.“

### Radsport – 73. Tour of Austria

**Endstand Gesamtwertung:** 1. Diego Ulissi (ITA/UAE) 15:43,13 Std., 2. Brandon Smith Rivera (COL/Ineos) +0:06 Min., 3. Magnus Sheffield (USA/Ineos) 0:09, 4. Felix Großschartner (UAE) 0:11, 10. Riccardo Zoidl (Felt Felbermayr) 0:31; 14. Pernsteiner (Felt Felbermayr) 0:34; 21. Martin Messner (WSA Graz) 2:04; 38. Paul Buschek (Tiro Cycling Team) 13:41; 54. Mario Gampfer (alle AUT/Santica) 28:45. Anmerkung: Mit der Kondolenzfahrt wurde das Ergebnis offiziell.

#### Kommentar

## Die harte Realität

Von Alex Gruber

Der Tod, so hart dies nach dem tragischen Unfall des Norwegers André Drege klingen mag, fährt im Sport immer mit. Insbesondere auf zwei Rädern, wenn man mit an die 100 km/h einen Berg hinunterrast und ein technischer Defekt, ein Windstoß, ein Gegenstand auf der Straße oder eine kleine Unkonzentriertheit einen so folgenschweren Sturz auslösen können. Das muss auch den unzähligen Hobbyathleten, die durch das Radland Tirol brausen, mit dieser Tragödie bei der Ö-Tour wieder bewusst werden. Denn im Gegensatz zu den Profis können sie langsamer fahren und das Risiko im Kampf gegen die Uhr ohne Ertragsverlust minimieren. Das (geforderte) Spektakel unter den Topathleten wird auf den steilen Abfahrten immer lebensgefährlich bleiben.



# TIROL

THEMA  
DES TAGES

## DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Nach dem Schuljahr ist meistens vor dem Schuljahr: Bald schon müssen Eltern wieder tief in die Geldtasche greifen, um ihre Kinder „schulfit“ zu machen. Wir fragen: Ist die Schulkostenbeihilfe des Landes treffsicher?

tiroler@kronenzeitung.at

# „Eigentlich kann man sich bei

Kinder gehören für viele zu einem erfüllten Leben dazu, doch sie gehen ins Geld. Mütter, die keine Schulkostenbeihilfe bekommen, geben Einblicke.

**D**ie Sommerferien erscheinen den Kindern schier endlos und doch muss man nur dreimal blinzeln – und neue Schulhefte werden gebraucht. Dann heißt es für die Eltern wieder tief in die Geldtasche greifen. Denn irgendwo zwischen Schwimmbad und Großeltern-Besuch ist das Kind schon wieder aus seiner Kleidung und seinen Schuhen herausgewachsen, braucht neben Stiften und Hefen dieses Jahr auch eine Platte für Geometrisches Zeichnen, der Werkkoffer muss auch wieder aufmagaziniert werden.

Laut Schulkostenstudie (2020/21) der Arbeiterkammer kostet der Schulbesuch eines Kindes pro Schuljahr durchschnittlich 1468 Euro. Mit der hier noch nicht eingerechneten Teuerung dürfte dieser Betrag massiv steigen sein. Drei Mütter

(die lieber anonym bleiben möchten, daher wurden die Namen geändert) aus Innsbruck, Rum und Absam erzählen aus ihren Leben.

### Alleinerziehend mit zwei Kindern und zwei Jobs

Klara ist alleinerziehende Mutter, sie hat zwei Kinder und zwei Jobs. Sie schwimmt nicht im Geld: Im Sozialbereich ist noch keiner reich geworden, eine Vollzeitstelle ist kaum zu bekommen, die steuerliche Last durch die zwei Jobs umso höher. 46 Stunden und mehr arbeitet sie pro Woche, um ihren Schützlingen ein gutes Leben zu ermöglichen. „Weil ich den Kindern etwas bieten möchte, muss ich so viel arbeiten“, erklärt sie. Sie legt unterm Jahr etwas zurück, denn im September, wenn das neue Schuljahr beginnt, sind die finanziellen Belas-



Foto: Christof Birbaumer

tungen „enorm hoch“. 400 bis 500 Euro fallen im ersten Schwung an. Hefte, Stifte, Mal- und Werkmaterialien, Hausschuhe, Kleidung – was eben so gebraucht wird, wenn man ein Kind in der Schule hat. Auch unterm Jahr schlägt der Schulbesuch zu Buche: „Damit ich überhaupt arbeiten gehen kann, muss der Mittagstisch

und die Nachmittagsbetreuung bezahlt werden.“ Ob sie vom Land unterstützt wird? „Ich falle leider durch alle Roste. Und obwohl ich zwei Jobs habe, bleibt am Ende wegen der Steuern nicht so viel übrig.“ Sie wünscht sich eine individuelle Beurteilung und eine steuerliche Entlastung. „Wenn die Einkommensgrenzen erweitert



Foto: contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Vom Pennal bis zum Turnbeutel brauchen Kinder einiges

**F**ür einkommensschwache Familien gibt es die Möglichkeit, beim Land Tirol um Schulkostenbeihilfe anzusuchen. Die Grünen sehen die Formalitäten anpassungswürdig und stellten im Land einen Antrag darauf, dass die Einkommensgrenzen um 30 Prozent erhöht werden. Der Sozialverein DOWAS rechnet vor: „Bei einem alleinerziehenden 2-Personen-Haushalt sind Einkommensgrenzen in Hö-

he von 1900 bzw. 2200 Euro festgelegt. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2022 bei 1810 Euro. In Anbetracht dessen, dass die Einkommen und somit die Armutsgefährdungsschwellen steigen, ist eine entsprechende Anpassung der Einkommensgrenze geboten.“

Zu Wort meldete sich auch die Schuldnerberatung: „Aus zahlreichen Beratungsgesprächen wissen wir, dass die Schulkosten gerade

10.541

Mal wurde die Schulkostenbeihilfe des Landes Tirol im Jahr 2023 ausbezahlt. Für die Regierung ausreichend, für die Grünen nicht.

**DIE KRITERIEN DER SCHULKOSTENBEIHLIFE**

Pro Jahr werden an Berechtigte 150 (unterhalb der Einkommensgrenze I, bei drei Personen 2400 Euro/Monat) oder 200 Euro (unterhalb der Grenze II, bei drei Personen 2700 Euro/Monat) ausbezahlt. Anträge können ganzjährig gestellt werden.

# „uns keine mehr Kinder leisten“

Foto: Christof Birbaumer



Angefangen von Heften und Stiften bis hin zur Wienwoche: Der Schulbesuch der Kinder kann ins Geld gehen.



Foto: Daniel Schäringer

werden würden, würde mir das natürlich sehr nützen.“

**Alles wiederverwenden, was irgendwie noch geht**

Sylvia ist ebenfalls alleinerziehende Mutter, sie ist selbstständig. Sie ist wie alle Interviewpartnerinnen bemüht, alles wiederzuverwenden, was geht: „Es geht aber nicht immer, wenn die Leh-

rer bei den Umschlägen etwa eine andere Farbe wollen.“ Jamnern will sie nicht: „Ich will meiner Tochter nie das Gefühl geben, sie wäre eine Last für mich, aber man muss schon auf das Geld schauen. Sie ist ein dankbares Kind und passt gut auf ihre Sachen auf, doch am Anfang des Jahres komme ich schon ins Straucheln.“

Hinzu kommen noch unter dem Jahr ein Skikurs (180 Euro) oder die Wienwoche nächstes Jahr (400 Euro).

**„Musikalische Kinder: Ein wunderschöner Nachteil“**

Maria ist ebenfalls selbstständig und verheiratet mit vier Kindern. Überschlüssig hat sie die Kosten für das vergangene Jahr zusam-

mengerechnet: Das älteste Kind brauchte 691,18 Euro (inklusive Musikreise), das jüngste 333,63 (inklusive Schwimmwoche), die beiden mittleren Kinder 424,18 und 563,38 Euro. „Und das ist jetzt alles eher auf der niedrigen Seite gerechnet, viel haben wir wiederverwendet. Alle meine Kinder spielen ein Instrument – das ist ein Nachteil, wenn auch ein wunderschöner. Mein Mann verdient so gut, dass wir durchkommen und keine Schulkostenbeihilfe bekommen. Aber reich sind wir nicht, ein großer Urlaub ist nicht drin. Also dass wir alle sechs irgendwohin fliegen – vergiss es, das ist nicht machbar“, erzählt sie. Sie ist dankbar, dass sich alles ausgeht, aber „Kino oder Eisessen – das machen wir nur zu Geburtstagen. Wenn man es realistisch aufrechnet, geht man nur arbeiten, dass man den Kindern die Ausbildung ermöglichen kann. Ich bin der Meinung, dass sich heutzutage eigentlich kein Mensch mehr Kinder leisten kann.“

Nadine Isser

## Land Tirol dagegen, Sozialvereine dafür

Beihilfe für mehr Menschen? Die Landesregierung sieht keinen Bedarf!

für einkommensschwache Familien in Tirol schwer zu stemmen sind. Die aktuelle Lebensrealität vieler Menschen ist geprägt von hoher

Inflation und schlechten wirtschaftlichen Perspektiven.“ Die Erhöhung der Einkommensgrenze wird daher befürwortet. Anders sieht

das die Landesregierung, die den Antrag abänderte. Statt einer Erhöhung der Grenzen werden diese nun „laufend evaluiert und gegebenenfalls angepasst“. In einem Bericht heißt es: „Aus fachlicher Sicht wird eine weitere Anhebung der Einkommensgrenzen bei der Schulkostenbeihilfe um 30% wie im gegenständlichen Antrag des Grünen Landtagsklubs vorgeschlagen, als nicht erforderlich angesehen.“

**Wir fordern, die Einkommensgrenzen für die Schulkostenhilfe – aber auch die Schulkostenhilfe selbst – zu erhöhen und an die Lebensrealitäten der Familien anzupassen.**

LR Zeliha Arslan (Grüne)



Foto: Christof Birbaumer

# Der Radsport trägt Trauer



Foto: www.picturedesk.com/EXPA / APA / picturedesk.com

**GROSSE BETROFFENHEIT!** Am Samstag war André Drege auf der Abfahrt vom Großglockner tödlich verunglückt, gestern endete die Österreich Rad-Rundfahrt mit einer Kondolenzfahrt für den Norweger. Die neutralisierte Kurzetappe fand auf Wunsch der Familie statt. **SPORT**

# „Rennen wäre für uns unmöglich gewesen“



Die Teamkollegen kämpften mit den Tränen.

**T**raurige Stille vor dem symbolischen Start in Kufstein. Einen Tag nach dem tragischen Unfall des Norwegers André Drege war Fahrern, Betreuern, Funktionären und Zuschauern die Betroffenheit ins Gesicht geschrieben.

Auf Wunsch der angereisten Eltern, der Teamkollegen und der Mannschaft trat das Peloton für eine Gedenkfahrt an. Nach der Trauerminute am Start ging es mit den Fahrzeugen nach Tulfes, von wo aus die neutralisierte Etappe über zehn Kilometer zur Talstation der Patscherkofel-Bahn führte.

„Wir sind dem Wunsch natürlich nachgekommen.

- Die Österreich-Rundfahrt ging gestern auf Wunsch der Familie mit einer Gedenkfahrt für den tödlich verunglückten Norweger André Drege zu Ende
- Am Tag nach dem Drama herrschte in der Radwelt tiefe Betroffenheit

Die Kondolenzfahrt gibt der gesamten Radfamilie die Möglichkeit, das Geschehene gemeinsam zu verarbeiten und André zu gedenken“, hatte Tour-Direktor Thomas Pupp bei der emotionalen Rede nasse Augen.

An diesem Tag schämte sich aber kein Radprofi seiner Tränen. „Ich denke, dass die Gedenkfahrt eine schöne Idee ist. So kann man das vielleicht gemeinsam verarbeiten. Das Rennen weiterzufahren, wäre für uns al-

le unmöglich gewesen“, stellte der Gesamtvierte Felix Großschartner klar.

Die Trauer erreichte sogar die Tour de France. Die Fahrer der norwegischen Mannschaft Uno X erschienen gestern geschlossen in erster Reihe mit einer schwarzen Armbinde für ihren verstorbenen Landsmann. „Wir haben einen coolen Job, aber in den meisten Fällen ist er sehr gefährlich. Wir müssen wirklich aufeinander achten und

aufeinander aufpassen“, erklärte Tour-Spitzenreiter Tadej Pogacar.

Im Hintergrund liefen die routinemäßigen Ermittlungen der Polizei zur Klärung der Unglücksursache weiter. Der Slowene Jaka Primož wurde als Unfallzeuge befragt, der 25-Jährige auf dem oberösterreichischen Hrinkow-Team fuhr zum Zeitpunkt des Sturzes hinter André Drege: „Wir sind mit wirklich hoher Geschwindigkeit gefahren. Er ist ohne e



André Drege verunglückte auf der Glockner-Abfahrt tödlich.

Foto: EXPA/Johnam Groder



Tour-Direktor Pupp hielt eine emotionale Rede.



Foto: APP/MARCO BERTORELLO

sichtlichen Grund gestürzt. Ich habe es nicht genau gesehen, es ist alles so schnell gegangen.“

Nach dem Todessturz auf der rasenden Abfahrt vom Großglockner geht die Sicherheitsdiskussion im Radsport wieder los. „Man muss schauen, wie man schlimme Unfälle verhindern kann. Ich habe aber keine Antwort. Es machen sich viele Leute darüber Gedanken“, erklärte Ex-Ö-Tour-Sieger Thomas Rohregger.

Das jetzige Unglück erinnerte den Tiroler an den Tod seines Teamkollegen Wouter Weylandt beim Giro 2011: „Alles ist wieder hochgekommen.“ N. Niederacher

**Es zeigt uns, dass das Sportliche in Wirklichkeit im Hintergrund steht. Das Wichtigste ist, dass man gesund ins Ziel kommt und froh sein kann, dass man nach dem Rennen mit der Familie aufwacht.**

Gesamt-Vierter Felix Großschartner

**Das Unglück mit Wouter Weylandt ist wieder hochgekommen. Es ist einfach brutal und macht schon was mit einem. Man muss das psychologisch aufarbeiten, du musst professionelle Hilfe in Anspruch nehmen.**

Der frühere Ö-Tour-Sieger Thomas Rohregger



Foto: CEP/ pictures/Walter Luger



Foto: CEP/ pictures/Michael Krüger

## TOUR DE FRANCE

## Gall verlor im Schotter-Chaos keine Sekunde

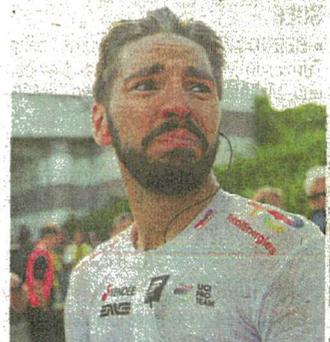
„Ich bin unheimlich froh, dass ich den Tag dank meiner Teamkollegen gut überstanden habe“, wischte sich Felix Gall gestern nach der gefürchteten Schotter-Etappe bei der Tour de France erleichtert den Staub aus dem Gesicht.

Österreichs Radstar hatte vor diesem Abschnitt der Frankreich-Rundfahrt den größten Respekt, am Ende rollte der Osttiroler neben Spitzenreiter Tadej Pogacar in einer 52-köpfigen Gruppe mit allen wichtigen Klassement-Fahrern ins Ziel: „Ich hätte es ohne meine Teamkollegen nicht geschafft. Ich hoffe, ich kann das mit einem Erfolg zurückzahlen.“

Der Decathlon-Kapitän profitierte dabei auch von der Uneinigkeit der Top-Stars. Pogacar versuchte immer wieder auf den weißen Schotterpisten eine Entscheidung zu erzwingen, das Spektakel auf den steinigten Feldwegen ging mit einem Patt aus.

Und so durfte der Franzose Anthony Turgis als Ausreißer über den größten Erfolg jubeln. N.N.

Tour de France: 9. Etappe: Troyes – Troyes, 199 km: 1. Turgis (Fr) 4:19:43, 2. Pidcock (Gb), 3. Gee (Kan), 4. Aranburu (Sp), 5. Healy (Irl) alle gleiche Zeit, ... 56. Gall (Ö) +1:46, 121. Haller (Ö) +11:42, 145. Mühlberger (Ö) gl. Zeit. – Gesamt: 1. Pogacar (Slo) 35:42:42, 2. Evenepoel (Bel) +0:33, 3. Vingegaard (Dän) +1:15, 4. Roglic (Slo) +1:36, 5. Ayuso (Sp) +2:16 ... 17. Gall +6:06, 97. Mühlberger +1:18:35, 118. Haller +1:22:14. – Heute: 1. Ruhetag.



Turgis gewann die Etappe

Foto: REUTERS/Molly Darrington



Für MindestsicherungsbezieherInnen soll sich bis zur Gesetzesreparatur in der Praxis nichts ändern. Foto: imago/Schuth

# Mindestsicherung: Gesetz ist zu reparieren

Der Verfassungsgerichtshof hebt Passagen des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes auf, nicht jedoch das Gesetz zur Gänze. LR Pawlata sieht Weg bestätigt.

**Wien, Innsbruck** – Letztlich ging es schneller, als von den Rechtsexperten im Landhaus in Innsbruck erwartet worden war. Bereits gestern trudelte das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zum Tiroler Mindestsicherungsgesetz ein. Die schlechte Nachricht: In einigen Punkten werden die Bestimmungen der diesbezüglichen Gesetzeslage in Tirol als verfassungswidrig aufgehoben. Die gute: Das Mindestsicherungsgesetz als Gesamtes kann allerdings weiterhin Bestand haben.

Wie Mitte Juni berichtet, lag das Tiroler Mindestsicherungsgesetz auf Antrag des Landesverwaltungsgerichts (LVwG) dem Höchstgericht vor. Der Anlass: Eine Beschwerdeführerin hatte 2023 die Fortsetzung ihrer Mindestsicherungszahlung beantragt. Dies wurde ihr jedoch in der Landeshauptstadt Innsbruck verweigert. Das LVwG wurde eingeschaltet – selbiges kam im Zuge der Ermittlungen aber zu dem Schluss, dass die Frau auch Bundeszuschüsse wie etwa

den Klimabonus und den Wohnkostenzuschuss erhalten hat. Jedoch wurden diese im Rahmen des Mindestsicherungs-Verfahrens von der zuständigen Behörde nicht als „Einkommen“ berücksichtigt. Zu Unrecht, wie das LVwG meinte. Weil eben diese Bundeszuschüsse im Tiroler Mindestsicherungsgesetz

**„Das Tiroler Mindestsicherungsgesetz bleibt eine zentrale Stütze der Sozialpolitik in unserem Land.“**

Eva Pawlata  
(Soziallandesrätin; SPÖ)

nicht unter den dort aufgezählten Ausnahme-Transferleistungen gelistet sind. Das LVwG stellte daher den Antrag, die genannten Passagen, aber auch das gesamte Gesetz für verfassungswidrig zu erklären.

Das Land war anderer Auffassung. Denn auch laut Sozialhilfe-Grundsatzgesetz des Bundes wären Klimabonus und Co. eben nicht auf das

Einkommen von Mindestsicherungs-Antragsteller anzurechnen. Und müssten folglich auch nicht im Landesgesetz aufgezählt werden.

Der Verfassungsgerichtshof in Wien folgte nun dem LVwG in dem Punkt, dass der Ausnahmekatalog in Tirol die Nicht-Einrechnung der Bundeshilfen derzeit nicht hergebe. Tirol muss diese Gesetzespassagen adaptieren. Allerdings widerspricht das Höchstgericht dem LVwG in dem Punkt, dass die anrechenbaren Leistungen einzeln zu bezeichnen seien. Und auch der Antrag auf Aufhebung des gesamten Gesetzes wird zurückgewiesen.

Soziallandesrätin Eva Pawlata (SP) zeigt sich in einer ersten Reaktion erleichtert: „Der Tiroler Weg der Mindestsicherung wird beibehalten.“ Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes nehme man zur Kenntnis – mit der Arbeit an einer Reparatur werde „in den nächsten Wochen begonnen“. Zeit wird Tirol hierfür bis 31. März 2025 gegeben. (mami)



PflegerInnen in der Psychiatrie im Krankenhaus teilten über WhatsApp verstörende Nachrichten über Patienten.

Symbolfoto: iStock/shapecharge

# „Das ist kein Humor, das ist menschenverachtend“

WhatsApp-Nachrichten des Personals an der Psychiatrie Kufstein lösen Entsetzen aus. Tirol-Klinik-Chef Haring: „Wir müssen daraus lernen.“

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – In einer psychiatrischen Abteilung zu arbeiten ist eine herausfordernde und extrem belastende Aufgabe. Daran gibt es keine Zweifel. „Man ist mit vielen schrecklichen Schicksalen konfrontiert. Zudem steigt die Aggression der Patienten gegen das Personal“, weiß auch Univ.-Prof. Christian Haring, langjähriger ärztlicher Direktor des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Hall und nun Chef der Tirol Kliniken.

In der Psychiatrie in Kufstein dürfte diese Belastung zur Überforderung von Teilen des Pflegepersonals geführt haben. Daraus entwickelte sich vor zwei Jahren ein handfester Skandal, der jetzt das Haus wieder einholt. Nachdem einem der involvierten Pfleger die Be-



Foto: Springer

**„Wichtig ist ein gutes Team, das auf Augenhöhe zusammenarbeitet. Das kann viel abfangen.“**

Christian Haring  
(GF Tirol Kliniken)

rufserlaubnis durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein entzogen wurde, hätte das Landesverwaltungsgericht (LVWG) über einen Einspruch dazu zu entscheiden. Das LVWG bestätigte die Behörde

und legte bei der Begründung unfassbare Vorgänge offen. Darunter verstörende zynische WhatsApp-Nachrichten samt Aufforderung zum Sex mit dementen Personen, aber auch Aussagen über eine schlechte Behandlung einer Patientin während eines Nachtdienstes.

„Das macht mich sprachlos“, sagt dazu Christine Müllner-Lacher vom Vertretungsnetz-Patienten-anwaltschaft. Der Erwachsenenschutzverein unterstützt Personen, die sich nach dem Unterbringungsgesetz in der Psychiatrie befinden. „Das ist kein Humor, das ist keine Satire, das ist menschenverachtend“, zeigt sie sich über den Ton entsetzt und fügt an: „Ich hoffe, dass das ein Einzelfall bleibt.“

„Zynismus ist ein Anzeichen der Überforderung und

des beginnenden Burnouts“, merkte Haring an. Wichtig sei es als Team, solche Anzeichen zu erkennen. „Ein gutes Team kann da viel abfangen. Wichtig ist, dass man auf Augenhöhe miteinander umgeht“, betont Haring.

In der Abteilung Psychiatrie im Krankenhaus hatten sich die Wogen bereits geglättet, wie Krankenhausverbands-Obmann Rudi Puecher erzählt. Gleich nach Bekanntwerden der Vorwürfe gab es eine externe Untersuchung der Vorfälle. Fazit: „Es besteht eine effiziente und adäquate Versorgung.“ Puecher registriert nun eine gestiegene Sensibilität, „und die Erkenntnis, dass so etwas kein Spaß ist und Urheber nicht aus falscher Kollegialität gedeckt werden dürfen.“ Auch Christian Haring betont: „Wir müssen daraus lernen.“

TT 29.05.2024

# Mehr Kräfte für die Kindergärten

In Innsbruck startet im Herbst eine berufsbegleitende Ausbildung für Elementarpädagogik. Unterrichtet wird auch online.

**Innsbruck, Wien** – Mehr als 1900 Elementarpädagoginnen und Pädagogen gibt es aktuell in Tirol. Mit dem von der Landesregierung versprochenen Ausbau der Kindergärten, Krippen und Horten könnte das Personal aber knapp werden. Ein zusätzliches Kolleg an der Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAFEP) soll daher helfen, genügend Fachkräfte auszubilden, kündigen Landesrätin Cornelia Hagele und Bildungsminister Martin Polaschek (beide ÖVP) an.

Die neue Ausbildungsschiene ist berufsbegleitend geplant. Und weil die Wege nach Innsbruck oft weit sind, soll die BAFEP einen Teil des Unterrichts auch online sowie in den Bezirksstädten

kostenlos. Am Ende der zwei Jahre steht ein Diplom für Elementarpädagogik.

Landesrätin Hagele hofft, mit diesem Angebot den Bedürfnissen berufstätiger Studierender entgegenzukommen. Sie spricht von „innovativen Bildungsformaten“ und „flexiblem Lernen“.

Die BAFEP des Bundes in Innsbruck bietet derzeit 283 Ausbildungsplätze in der fünfjährigen Variante (Abschluss mit Matura) und 83 Plätze am zweijährigen Kolleg. Der überwiegende Teil der Studierenden ist weiblich. Der Anteil der Männer beträgt weniger als zehn Prozent. Zu den 366 Plätzen kommen nun die 30 neuen Stellen im berufsbegleitenden Kolleg. In Tirol gibt es außerdem in Innsbruck und Zams zwei private BAFEPs. Träger dieser Ausbildungsstätten sind Einrichtungen der katholischen Kirche.

Diese Schulen bilden das Personal für aktuell 484 Kindergärten, 310 Krippen und 114 Horten aus. Deren Zahl wird aber wachsen – und mit ihr die Zahl der benötigten Pädagoginnen und Pädagogen. Ab 2026 sollen Eltern einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes haben. Gestartet wird bereits im Herbst, in vier Pilotregionen mit insgesamt 62 Gemeinden.

Hagele und Polaschek setzen darauf, mit dem neuen Angebot mit Online-Lehrveranstaltungen und Auslagerung von Teilen des Unterrichts in die Bezirksstädte vor allem Menschen in den peripheren Regionen Tirols ansprechen zu können. Das Interesse sei vorhanden, ist die Landesrätin überzeugt. (sabl)



Foto: Mithras

„Wir schaffen eine zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung, die den Bedürfnissen berufstätiger Studierender entgegenkommt.“

Cornelia Hagele  
(Bildungslandesrätin, ÖVP)

Reutte, Lienz und Wörgl anbieten.

Anmeldungen für das berufsbegleitende Kolleg sind an der BAFEP Innsbruck ([www.bafep-ibk.at](http://www.bafep-ibk.at)) bis Mitte Juni möglich. Die Ausbildung dauert vier Semester und ist

# Kinderkrippen in Kufstein passen Tarife an

Private Einrichtungen halbieren teilweise ihre Tarife. Im Vergleich waren diese aber enorm hoch. Der Bürgermeister steht zum Kufsteiner Weg.

Von Jasmine Hrdina

**Kufstein** – Weniger tief, aber immer noch tief genug in die Tasche greifen müssen Eltern für die Betreuung ihrer Kleinkinder in Kufstein. Ab 1. Juni senken die privaten Kinderkrippen ihre Tarife, drei der neun sogar um die Hälfte. Dabei geht es für Familien oft um mehrere hundert Euro, denn die Preise purzeln von weit oben. Die Ganztages-Betreuung eines eineinhalb bis dreijährigen Kindes schlägt bei einer Fünftageswoche mit Mittagessen nun je nach Haus mit monatlich 225 bis 538 Euro – und damit immer noch ordentlich – zu Buche. Die Stadtführung sieht darin aber einen wichtigen Schritt zum Ziel, die Tarife privater Einrichtungen an jene öffentlicher Kindergärten anzugleichen. Aktuell zahlt man dort für Dreijährige monatlich 208,80 Euro.

„Es ist essenziell, dass die Kinderbetreuung für Familien so günstig wie möglich ist.“

Martin Krumschnabel  
(Bürgermeister)

Es sei das Ergebnis mehrerer Faktoren, berichten Bürgermeister Martin Krumschnabel (Parteifreie) und Bildungsreferentin Bürgermeisterstellvertreterin Brigitta Klein (Parteifreie) von ihren Überzeugungsgesprächen mit den Einrichtungen. Zum einen habe die Stadtgemeinde die Förderungen für die neun privaten, auf Vereinsbasis strukturierten Einrichtungen sukzessive erhöht. Seit zwei Jahren übernimmt man auch die Mietkosten. Zudem habe das Land Tirol seine Unter-



Die Kosten für die Kleinkinderbetreuung variieren stark.

Foto: iStock

Entlastung der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl der Pädagoginnen. Auch dies wirkt sich letztlich auf die Tarife aus.

Dennoch sei ein kurzer Blick nach außen gewagt. Denn Kufstein scheint erst jetzt mit Tarifen anderer Städte mithalten zu können. In Wörgl kostet die Ganztagesbetreuung von sieben bis 17 Uhr, fünf Tage pro Woche, mit Mittagessen in städtischen Kinderkrippen monatlich 288 Euro. Eine private Einrichtung preist am Tarifblatt ein ähnliches Angebot für rund 313 Euro an.

Krumschnabel ist um die Vielzahl an privaten Kinderkrippen in seiner Stadt froh. Diese selbst zu betreiben wäre für die Stadtgemeinde „sicherlich die teuerste Option“. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung inklusive Kindergärten beziffert er mit mehr als 600.000 Euro pro Jahr. Einrichtungen werden zusätzlich von

„Ziel ist, dass die private Kinderbetreuung nicht mehr kostet als ein öffentlicher Kindergartenplatz.“

Brigitta Klein  
(Bildungsreferentin)

stützungen für Private derart angepasst, dass sich die Vereine die günstigeren Konditionen nun leisten können.

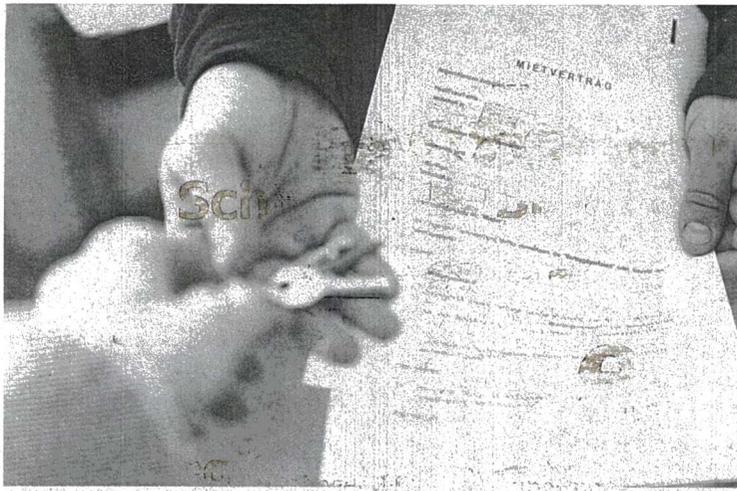
Dass die Preise nicht schon früher gesenkt wurden, begründet Krumschnabel damit, dass viele Einrichtungen mit Zahlungs- oder Investitionsrückständen zu kämpfen hatten. „Jetzt stehen sie wirtschaftlich gut da und können die Betreuung auf Dauer billiger anbieten.“ Wobei man die Lage in allen Betrieben nach einem Jahr eruieren und neu bewerten will. Dabei wird eine

weitere Erhöhung der Förderungen in den Raum gestellt.

Ein Vergleich der Tarife gestaltet sich aufgrund der unterschiedlichen Angebote schwierig. Öffnungszeiten variieren, Ferien sind nicht überall abgedeckt, in einigen Häusern gibt es zwischendurch Jausen, andernorts nur Mittagessen. Gruppenanzahl, Ausstattung und pädagogische Konzepte sind ohnehin individuell. Zudem leisten sich manche Häuser mehr Personal, etwa eigene KöchInnen oder Büroangestellte – zur

Land und Bund finanziert.

Mit den Preissenkungen bietet man Eltern eine wesentliche Hilfestellung. Das Angebot der Kinderkrippen sei unverzichtbar. Sie diene der Entwicklung der Kinder und entlaste die Eltern für ihr Berufsleben, sagt Krumschnabel. „Es ist aber essenziell, dass die Kosten der Kinderbetreuung für die Familien so günstig wie möglich sind, sodass die Berufstätigkeit eines Partners bei der Familie landet und nicht von vornherein für die Betreuungskosten aufgewendet werden muss.“



Innsbruck am freien Wohnmarkt sind für viele die Mieten ohne Förderung längst nicht mehr leistbar. Foto: APA/Manhart

# Mietzinsbeihilfe: VP bremst roten Vorstoß

Das von der SP geforderte Ende der zweijährigen Beihilfen-Anwartschaft trifft nicht den Gusto von Koalitionspartner VP. Auch Opposition meldet Kritik an.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Noch heuer will LHStv. Georg Dornauer (SP) ein Ergebnis auf den Tisch legen. Der für die Wohnbauagenden im Land Zuständige meint damit die laufenden Verhandlungen mit dem Gemeindeverband über eine Reform des Mietzinsbeihilfen-Systems im Land. Dornauer hat sich bereits festgelegt. Er will die aktuell geltende Anwartschaft für die Mietzinsbeihilfe in allen 277 Tiroler Gemeinden von zwei Jahren Hauptwohnsitz abschaffen. Österreicher und EU-Bürger sollen künftig ab dem ersten Hauptwohnsitz-Tag in der jeweiligen Kommune antragsberechtigt sein. So, wie es bis 2016 über Jahre in der Landeshauptstadt Innsbruck der Fall war, die *TT* berichtete.

## „Mitnahme-Effekt“ befürchtet

Dornauer scheint mit dieser Absicht im Landtag bis auf Weiteres allein auf weiter Flur zu bleiben. Allen voran koalitionsintern. So gar nichts mit einer De-facto-auf-null-Stellung der Mietzinsbeihilfen-Anwartschaft anfangen kann nämlich die ÖVP. „Ich halte das nicht für sinnvoll“, erteilt VP-Wohnbausprecher Dominik Mainusch Dornauer volley eine Absage. Nicht aber, weil er den Betroffenen die Beihilfe nicht zugestehen würde. Als langjähriger Bürgermeister von Fügen verweist er aber auf den realpolitischen Effekt, den der SP-Vorschlag nach sich ziehen würde: „Tatsächlich würden die MieterInnen nicht entlastet werden, weil die Vermieter einfach die Miete um den Betrag der Mietzinsbeihilfe erhöhen würden.“ Das habe der Fall Innsbruck lange vorgezeigt. Und aus diesem Grund habe das Land eben die Zwei-Jahres-Anwartschaft eingeführt: „Weil es sonst nämlich den Falschen zugutekommt.“

„In der Realität hat das den gegenteiligen Effekt: Es kommt den Falschen zugute, weil die Mieten steigen.“

Dominik Mainusch  
(Wohnbausprecher, VP)

Doch nicht nur die VP, auch die Opposition kann sich für Dornauers Vorschlag nicht erwärmen. Liste-Fritz-Parteichefin und Neo-Innsbruck-Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider verweist auf die Zeit vor 2016 in der Landeshauptstadt: „Keine Mietwohnung ist billiger geworden, nur weil es damals Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag gegeben hat.“ Dornauer wirft sie deshalb „Schlagzeilen-Politik“ vor: „Wohnen muss generell billiger werden.“ Ein Mittel dazu wäre eine effekti-

„Die Gemeinden haben bereits genug finanzielle Probleme. Mietzinsbeihilfe ab dem 1. Tag sehen wir kritisch.“

Markus Abwerzger  
(FP-Landesparteichef)

„Die Lösung liegt nicht in Schlagzeilen- und Almosenpolitik. Kosmetische Schritte genügen nicht.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Liste-Fritz-Parteiobfrau)

ve Leerstandserhebung und -bekämpfung oder eine exakte Wohnbedarfsplanung samt mehr leistbarem Sozialwohnungsbau. Die von Dornauer vor Monaten angekündigte Wohnbau-Bedarfstudie lasse auf sich warten, so die Kritik. Der SP-LHStv. hat diese Kooperationsarbeit mit der Uni für Juni angekündigt.

Wie berichtet, hat Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert angekündigt, in Sachen Mietzinsbeihilfe bis September Klarheit zu haben. Zumindest, was eine Evaluierung des Status quo betrifft. Die Kosten der Beihilfe tragen zu 80 Prozent das Land, den Rest müssen aber die jeweiligen Hauptwohnsitzgemeinden stemmen.

Auf die angespannte Finanzsituation der Gemeinden verweist nämlich auch FP-Landeschef Markus Abwerzger, wenn es um Erleichterung bei der Mietzinsbeihilfe geht: „Die Gemeinden haben bereits genug finanzielle Probleme.“ Auch stellt Abwerzger die soziale Treffsicherheit in Frage und – wenig überraschend – die Gefahr, dass damit „der Zuzug nach Tirol angefacht werden würde“. NEOS-Abgeordnete Birgit Obermüller bleibt ebenso ablehnend: „Wir fordern eine generelle Steuerentlastung. Niemand will von Förderungen abhängig sein.“

## Beihilfen in Tirol

**Allgemein:** Generell kann in Tirol um eine Wohnbeihilfe und eine Mietzins- und Annuitätenbeihilfe angesucht werden: Erstere im Falle von geförderten Wohnungen, Letztere für Mieten am freien Wohnungsmarkt.

**Anträge:** 2023 wurden laut Auskunft des Landes insgesamt rund 12.089 Anträge auf Mietzinsbeihilfe und 8315 Anträge auf Wohnbeihilfe gestellt. Hiervon wurden 10.227 bzw. 6822 letztlich auch genehmigt. Allein auf die Landeshauptstadt Innsbruck entfielen 5919 eingereichte Mietzinsbeihilfe-Anträge, 5200 davon genehmigt (rund 1,3 Mio. Euro).

**Auszahlungen:** In Summe wurden 2023 rund 2,2 Millionen Euro an Mietzins- und Annuitätenbeihilfe sowie rund 1,9 Mio. Euro an Wohnbeihilfe ausbezahlt.

# GemNova bleibt Aufreger

Beim Autobahnbetreiber Asfinag hofft man derzeit im Streit um die „Generalerneuerung“ der Luegbrücke auf eine späte Einsicht des Grieser Bürgermeisters **Karl Mühlsteiger**. Wie exklusiv berichtet, war Mühlsteiger mit seiner im Namen der Gemeinde verfassten Beschwerde gegen den positiven Trassenbescheid des Verkehrsministeriums vor dem Landesverwaltungsgericht baden gegangen. Wie erwartet, kündigt Mühlsteiger nun eine außerordentliche Revision beim Verwaltungsgerichtshof an. **Günter Fritz**, Projektleiter der Asfinag, meint, Mühlsteigers Vor-



Die Luegbrücke ist schon jetzt eine Dauerbaustelle. Foto: Falk

gehen sei zwar zu akzeptieren, appelliert aber dennoch an dessen Vernunft. Die Asfinag sei weiterhin zu Gesprächen bereit: „Wir haben den Verhandlungstisch nie verlassen.“

Die Grünen wundern sich über immer neue Vorgänge bei der GemNova.

„Sowohl der ehemalige Gemeindeverbandspräsident **Ernst Schöpf** wie auch der aktuelle Präsident sowie die ehemaligen Vorstandsmitglieder **Karl-Heinz Schubert** und **Anton Mattle** werden sich noch für die Finanzmissere verantworten müssen“, betont Klubchef **Gebi Mair**. Offensichtlich sei die in Konkurs gegangene Gemeindeverbandsfirma jahrelang von der Gesundheitskasse und dem Finanzamt bessergestellt worden, während einfache Unternehmer schon längst mit einem Insolvenzantrag rechnen hätten müssen, kritisiert auch NEOS-Landessprecher **Dominik Oberhofer**. (mami, pn)

TT 8.5.2024

# Leerstand-Bilanz erntet Kritik

Liste Fritz ortet „Rohrkrepierer“, FP „falsches Instrument“. ÖVP verteidigt „Pionierarbeit“.

**Innsbruck** – 900 gemeldete leere Wohnungen, davon aber rund 700 Fälle mit Verweis auf einen Ausnahmetatbestand. In 120 Gemeinden ging überhaupt keine Meldung ein: Das ist die vorläufige Tirol-Bilanz des Leerstandsabgabegesetzes. Wie berichtet, lief die Meldepflicht mit 30. April aus. Bisherigen Schätzungen zufolge könnten aber tirolweit bis

zu 68.000 Wohnungen leer stehen. Zumindest wiesen so viele im Jahr 2021 laut Statistik Austria keine Wohnsitzmeldung aus.

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint bezeichnete in Folge dieser Bilanz die Leerstandsabgabe in ihrer bisherigen rechtlichen Form als „Rohrkrepierer“: „Sie zeigt null Wirkung.“ Und das liege an einem „schwerwiegenden

Geburtsfehler“. Nämlich das Fehlen einer effektiven Erhebung des Leerstandes im Vorfeld. Das System der „Selbstanzeige“ sei falsch, so Sint.

FP-Landeschef Markus Abwerzger ist indes vielmehr der Meinung, dass auch eine Abgabe nicht helfe, Wohnungsleerstand zu beseitigen. Vielmehr sei es an der Zeit, den Gründen für Leerstand den Kampf anzusagen. Und diese

verortet die FP maßgeblich in einem Mietrecht, das nicht föderalisiert sei.

Indes rückte VP-Wohnbausprecher Dominik Mainusch aus, das Leerstandsabgabegesetz der schwarz-roten Landesregierung zu verteidigen: „Tirol leistet hier Pionierarbeit.“ Man sei sich aber durchaus bewusst, dass „wir hier weiterhin Handlungsbedarf haben“. (mami)

TIROLER TAGESZEITUNG  
3.5.2024

# Kufstein: 89 Prozent beim Maschinenring

Der Maschinenring Kufstein wagte bei seiner Generalversammlung einen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr.

BARBARA FLUCKINGER

KIRCHBICHL. Kürzlich lud der Maschinenring Kufstein zur Generalversammlung in den Kirchbichler Wirtschaftspark E3. Zahlreiche Mitglieder verfolgten den Rückblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr und einen Vortrag rund um das Thema Investitionen in Landtechnik. Dass der Maschinenring einer der wichtigsten Partner der Bauern im Bezirk ist, stellte er auch 2023 eindrucksvoll unter Beweis: 1.315 Kufsteiner Landwirte – das sind stolze 89 Prozent der Mehrfach-



Josef Hechenberger, Georg Horngacher, Josef Unterweger, Stefanie Schwarzenauer, Andreas Kronbichler, Hannes Degg und Michael Jäger (v.l.). Foto: MR

antragsteller – sind Mitglieder des Maschinenrings. „Damit liegen wir österreichweit an der Spitze. Noch mehr freut es mich aber, dass unsere Mitglieder wirklich aktiv sind – über 900 waren als Dienstleister oder Auftraggeber tätig“, so Geschäftsführer Josef Unterweger. Auch die Un-

terstützung in Notfällen wird immer wichtiger: 2023 wurden beispielsweise 3.676 Stunden soziale Betriebshilfe im Bezirk geleistet, sechs landwirtschaftliche Zivildienstler waren auf neun Betrieben im Einsatz, zwölf Kufsteiner Höfe sind freiwillig Einsatzbetriebe am Bauernhof.

# Leerstandsabgabe: Keine Meldung in 120 Gemeinden

Mit 30. April endete die Frist für Wohnungseigentümer, Leerstand zu melden. Tirolweit gingen lediglich 900 Erklärungen in den Gemeinden ein.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Es hat sich in den vergangenen Monaten abgezeichnet. Das Tiroler Leerstandsabgabengesetz floppt. Allen voran in der Landeshauptstadt. Dort hatte die Leerstandserhebung noch Anfang März gut die Hälfte der über 79.000 Wohnungen erfasst und an die 3500 Wohnungen als leer stehend identifiziert. Hochgerechnet geht man in Innsbruck von gut 7000 ungenutzten Wohnungen aus. Doch bis kurz vor Ende der gesetzlichen Frist hatten lediglich 50 Eigentümer im Magistrat einen Leerstand gemeldet.

Seit 1. Jänner 2023 in Kraft, endete nun mit 30. April die im Leerstandsabgabengesetz der Zeitraum, bis wann Eigentümer den jeweiligen Gemeinden nicht nur einen Leerstand (Definition siehe Faktbox) melden, sondern auch die – abhängig von der Größe der Wohnung – definierte Abgabe für das Jahr 2023 erstmals zu entrichten haben. Die Abgabe fällt pro Monat an, den Gemeinden hat das Land jeweils einen Abgabenrahmen vorgegeben. Der Gemeinderat hat folglich die tatsächliche Abgabenhöhe zu definieren. Sind Gemeinden als „Vorbehaltsgemeinden“ laut Grundverkehrsgesetz klassifiziert – in ihnen ist der Wohndruck besonders hoch –, muss die doppelte Abgabenhöhe zur Anwendung kommen. In Innsbruck gelten jeweils die Höchstsätze: Für eine leere 90-m<sup>2</sup>-Wohnung sind somit 200 Euro pro Monat fällig.

## 700 Mal Ausnahme geltend

Wie nun aus einer der TT vorliegenden Bilanz für alle Tiroler Gemeinden hervorgeht, sind nach Ablauf der Frist in etwa 900 Abgabenerklärungen in den kommunalen Amtsstuben abgegeben worden. Zur Einordnung: Die Statistik Austria verkündete im Herbst 2023 auf Basis von

jüngsten Daten aus der Gebäude- und Wohnungszählung 2021, dass in Tirol gut 16 Prozent aller Wohnungen ohne Wohnsitzmeldungen seien. Letzteres muss nicht zwangsläufig einen Leerstand bedeuten, gilt aber als mögliches Indiz dafür. Das hieß wiederum, dass von 424.000 Wohnungen in Tirol über 68.000 potenziell leer stehen könnten, die TT berichtete.

Von den 900 nunmehr tatsächlich behördlich gemeldeten Wohnungsleerständen wurden in über 700 Fällen die im Gesetz verankerten Ausnahmetatbestände hinsichtlich der Abgabepflicht geltend gemacht. Das Land kommt daher nach dem ersten Jahr der Leerstandsabgabe zu dem Schluss, dass in Summe rund 70.000 Euro an die jeweiligen Eigentümer vorgeschrieben wurden.

Interessant ist weiters, dass von den 277 Tiroler Gemeinden doch in rund 120 Kommunen überhaupt kein Wohnungsleerstand angemeldet wurde.

Im Landhaus dürfte man ein derart „mageres“ Ergebnis durchaus erwartet haben. Nicht umsonst wurde von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) zuletzt im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern eine Kompetenzerweiterung vom Bund eingefordert.

## Gesetz wird 2024 verschärft

Mit der so genannten „Verlängerung“ des Volkswohnungswesens wurde vor wenigen Wochen den Ländern dies auch gesetzlich ermöglicht. Mattle hat in Folge bereits angekündigt, das Leerstandsabgabengesetz noch heuer adaptieren zu wollen. Und folglich die Abgabenhöhe nach oben zu schrauben. Ein externes Gutachten ist in Arbeit. Ob es auch zu Änderungen bei den Ausnahmetatbeständen kommt, ist fraglich. An der vielfach kritisierten Selbstbemessungspflicht dürfte hingegen – mit Verweis auf andere ähnlich gelagerte Abgaben-Regeln – wohl nicht gerüttelt werden.

## Leerstand-Gesetz

### Was ist Leerstand?

Gemäß dem mit 1. Jänner 2023 in Kraft getretenen „Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabengesetz“ (TFLAG) liegt Leerstand für Gebäude und Wohnungen dann vor, wenn diese über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten nicht als Wohnsitz verwendet werden.

**Ausnahmen:** Nicht betroffen von der dann fälligen Abgabe sind u. a.: Wohnungen, die nicht nutzbar sind; Gebäude mit bis zu zwei Wohnungen, wovon eine der Eigentümer als Hauptwohnsitz nutzt; Wohnungen, die der Eigentümer aus gesundheitlichen Gründen nicht nutzen kann; Wohnungen, die über sechs Monate nicht zum ortsüblichen Mietzins vermietet werden können; Wohnungen, für die ein „zeitnaher“ Eigenbedarf besteht.



In erster Linie hat das Land den „spekulativen Wohnungsleerstand“ im Auge. Diesen gelte es mit einer höheren Abgabe zu mobilisieren, heißt es. Die Ausnahmeregelungen für Eigenbedarf dürften Bestand haben. Symbolefoto: Fotik

Prof. Steinböck,  
24.04.2024

## Was uns bewegt



**Sebastian Kolland**  
Landtagsabgeordneter, Ebbs

### **Ja zu Europa. Gerade jetzt.**

Die europäische Union steht von innen und außen unter Druck. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist klar geworden, dass eine aktive Sicherheitspolitik, die viel zu lange vernachlässigt wurde, wieder zu einem europäischen Kernthema werden muss. Ökonomisch muss sich Europa nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen die aufstrebenden asiatischen Mächte China und Indien behaupten. Angesichts von Kriegen und Krisen mag für manche die Vorstellung, einfach das Rad der Zeit zurückzudrehen, verlockend sein. Damals, als Österreich noch nicht Teil des gemeinsamen Europas war und alles ruhiger und übersichtlicher erschien. Dass ein Austritt aus der Union in vielerlei Hinsicht aber eine schlechte Entscheidung wäre, zeigt sich in Großbritannien, wo der Arbeitskräftemangel ganze Branchen lahmlegt und unterbrochene Lieferketten die Wirtschaft schädigen. Mittlerweile möchte die Mehrheit der Briten wieder zurück in die Union. Deshalb bin ich überzeugt, dass es trotz aller Herausforderungen besser ist drin zu sein, als draußen. Wir brauchen das gemeinsame Europa. Europa braucht aber auch uns. Deswegen ist es mehr denn je wichtig, an der Europawahl am 9. Juni teilzunehmen. Für ein starkes und sicheres Österreich.

Ich freue mich über Meinungen, Anregungen und auch Kritik an [sebastian.kolland@tirol.gv.at](mailto:sebastian.kolland@tirol.gv.at)

# Erfolg für Direktvermarkter Tirol

Nach einem Jahr bereits 361 Mitglieder im neu gegründeten Verband

TIROL. Vor einem Jahr wurde der „Landesverband Tiroler-Direktvermarkter“ gegründet und hat sich seither sowohl für Neueinsteiger als auch Profis geöffnet. „Bereits 361 Betriebe sind dem Landesverband beigetreten und nutzen dessen Angebote“, freut sich Obmann Michael Jäger über die positive Resonanz.

Die erste Generalversammlung fand kürzlich im Rahmen der Tiroler Direktvermarktungsmesse statt. Ein vorrangiges Ziel des Verbandes ist es, ein breites Sortiment an Lebensmitteln von erstklassiger Qualität anzubieten. „Dank unserer engen Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer und unserer starken Verankerung in den Bezirken erhalten die Direktvermarkter wertvolle Unterstützung und Beratung“, betont Jäger.

Die Tiroler Direktvermarktungsbetriebe generieren jährlich über 120 Millionen Euro Umsatz, vor



**GF Wendelin Juen, Obmann Michael Jäger und Obmann-Stv. Hannes Danzl vom Tiroler Direktvermarktungsverband**

Foto: Krabichler

allem mit Produkten wie Milch und Milchprodukten, Fleisch und Fleischprodukten, Gemüse, Kartoffeln, Obst, Apfelsaft, Wein, Schnaps, Eiern und Honig. „Trotzdem bleibt zu betonen, dass Umsatz nicht gleich Einkommen ist, da die Produktion,

Veredelung und Vermarktung einen hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand erfordern“, weiß LK-Fachbereichsleiter Wendelin Juen. (sik)

**Alle weiteren Infos finden Sie auf [meinbezirk.at/tirol](http://meinbezirk.at/tirol)**

Bezirksblatt  
Kufstein, 24./25.04.2024

## Niederndorf eröffnet neuen Waldspielplatz

NIEDERNDORF. Schon vor einem Jahr hat die Gemeinde Niederndorf begonnen, an einem neuen Waldspielplatz zu arbeiten. Am Freitag, den 19. April, konnte die Kommune nun die offizielle Eröffnung des neuen Spielplatzes am Hechenberg feiern. Pfarrer Thomas Schwarzenberger nahm im Beisein von Gemeindevertretern die Segnung vor.

### Für „Groß“ und „Klein“

Dabei band die Gemeinde in der Planung auch den Kindergarten sowie die Schulen ein und nahm Vorschläge auf, um das Projekt abzuändern. Letztendlich können mit dem Spielgeräte-Angebot sowohl kleine als auch größere Kinder begeistert werden. Nach einer Ausschreibung entschied sich die Gemeinde dafür, die Firma Oبرا-Design zu beauftragen. Dank der Mitarbeit des Bauhofes konnten die Montagearbeiten gemeinsam mit der Firma sogar schneller umgesetzt werden. Die Gemeinde investierte in das Projekt rund 110.000 Euro. Dabei ist das Feedback zum Spielplatz bereits jetzt positiv, denn schon vor der offiziellen Eröffnung stieß der Waldspielplatz auf reges Interesse.



**Viele besuchten die Eröffnungsfeier des Spielplatzes.**

Foto: Fluckinger

# Tempo 30 rollt auf Bezirk zu

**Novelle könnte ab Sommer dem Bezirk mehr Dreißiger-Zonen bescheren. Die Gemeinden wollen jedenfalls.**

BARBARA FLUCKINGER

BEZIRK. Die Dreißiger-Schilder im Bezirk Kufstein sind keine Seltenheit, vielerorts zieren nebst ihnen auch Geschwindigkeitsmesser und Radarsäulen den Straßenrand – zur Freude und zum Leid von Anrainern und Autofahrern. Dank einer Gesetzesnovelle dürften es Gemeinden in Zukunft sogar leichter haben, wenn es darum geht, mehr „Dreißiger“ im Gemeindegebiet durchzusetzen. Die neue Straßenverkehrsordnungsnovelle des Klimaschutzministeriums ging am 17. Jänner 2024 in Begutachtung und wurde am Mittwoch, den 17. April, beschlossen.

Sie soll eine einfache Umsetzung und Überwachung der Temporeduktion in Gemeinden und Städten bringen. Das Inkrafttreten ist ab 1. Juli 2024 geplant. Die Novelle soll in Ortsgebieten für mehr Verkehrssicherheit und Lebensqualität sorgen. Für die Reform haben sich mehr als 280 Gemeinden und Städte, Organisationen wie der österreichische Verkehrsclub VCO sowie der Städtebund eingesetzt.

## Gemeinden wollen Dreißiger

Zu unterscheiden ist dabei zwischen Gemeindestraßen, auf welchen die Gemeinde bzw. der Bürgermeister\*Behörde ist, und höherrangigen Straßen. Das Interesse an Dreißiger-Zonen ist dabei auch im Bezirk Kufstein ein hohes. Die Stadt Kufstein plant beispielsweise schon eine weitere Dreißiger-Zone nach der Novelle – die Gespräche wurden zum Teil bereits in den Ausschüssen geführt und es gibt auch ein Ver-



**Die Gemeinden wollen Dreißiger-Zonen installieren, so Platzgummer.**

kehrsgutachten darüber. „Wir wissen, dass die Gemeinden Bestrebungen haben, Dreißiger-Zonen zu installieren“, erklärt Kufsteins Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer. Dabei gehe es vor allem um wichtige Bereiche, wie Freizeiteinrichtungen, Spielplätze, Kindergärten, Schulen oder Seniorenheime. Ein maßgebliches Kriterium soll hier in der Zukunft

Bezirkshauptmann  
25.4.2024



**Der Dreißiger ist für viele Gemeinden ein Thema.**

Fotos (2): Fluckinger

sein, dass die Maßnahme – sprich Tempo 30 – zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere von Fußgängern sowie Radfahrern geeignet sein müsse, so Platzgummer.

## Tempo 30 ist aufwändig

Für die Bezirkshauptmannschaft ist das Thema Tempo 30 mit einem erheblichen Aufwand ver-

bunden. Während die Gemeinden die Radarkästen oder -säulen selbst installieren, waren bislang die Polizei für die Auswertungen der Radarkästen und die Bezirkshauptmannschaft Kufstein für die Strafen bei Missachtung der Höchstgeschwindigkeit zuständig. „Deswegen ist es ja auch so, dass im Moment mehr Wünsche der Gemeinden auf Geschwindigkeitsreduktionen und Radarmessungen vorhanden sind, als wie wir derzeit erfüllen können, weil einfach die Ressourcen dafür nicht zur Verfügung stehen“, erklärt Platzgummer.

Dank der Novelle soll sich das ändern: Die Überwachung der Tempolimits bedarf künftig nur einer Übertragungsverordnung des Landes und soll durch Gemeinden selbst erfolgen. Bisher konnten Radarkontrollen von Gemeinden nur dann durchgeführt werden, wenn sie über einen eigenen Gemeindevachkörper verfügen.

# Höhere Leerstandsabgabe wird möglich

**Wien** - Im Gesetzesdeutsch klingt die Leerstandsabgabe etwas sperrig: Die Bundesländer werden künftig für die „Erhebung öffentlicher Abgaben zum Zweck der Vermeidung der Nicht- oder Mindernutzung“ von Wohnungen zuständig sein. Diese Festlegung der Kompetenzen

in der Verfassung soll der Nationalrat heute mit den Stimmen der Koalitionsparteien ÖVP und Grüne sowie der SPÖ beschließen.

In Tirol gibt es die Leerstandsabgabe bereits seit dem Vorjahr. Die Verfassungsänderung macht dennoch einen Unterschied, weil dank ihr

diese Abgabe höher als bisher ausfallen kann. Die schwarzrote Landesregierung dürfte das auch so planen. Die Abgabe soll eine empfindliche Höhe erreichen.

„Wer einfach aus Profitgier Wohnungen leer stehen lässt, wird zur Kasse gebeten“, sagt auch Sigrid Maurer, Klub-

chefin der Grünen im Nationalrat. FPÖ und NEOS haben bereits im Verfassungsausschuss des Nationalrats ihr Nein deponiert. Sie sehen in der Leerstandsabgabe eine Art Vermögenssteuer.

Ebenfalls auf der Tagesordnung des Nationalrats heute steht die Möglichkeit für Ge-

meinden, leichter als bisher Tempolimits verordnen zu können. Das meint das Umfeld von Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen. Voraussetzung ist, dass die Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit geeignet sei. (TT)

TT 17.4.2024

# Anleger-Hotels rücken ins Visier

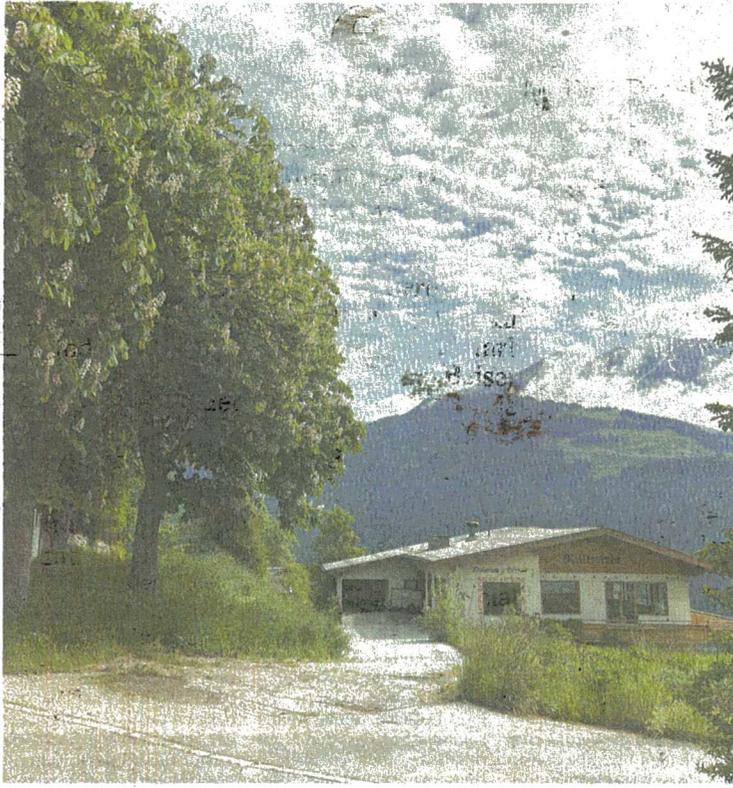
Rund um die Freizeitwohnsitz-Problematik legt das Land in einem Schreiben an die Gemeinden den so genannten Anleger-Hotels in Tirol die Daumenschrauben an.

Von Max Strozzi

**Innsbruck** – Die Problematik um illegale Ferienwohnsitze beschäftigt das Land auf mehreren Ebenen. Eine betrifft die millionenschweren Anleger-Hotels im Tourismus, die in Tirol immer mehr aus dem Boden sprießen. Dabei werden Apartments an meist vermögende Investoren verkauft und über einen Hotelbetreiber an Urlauber vermietet. Bewohnen die Investoren selbst ihr Apartment, käme dies einem illegalen Ferienwohnsitz gleich. Eine beliebte Methode daher: Der Wohnungseigentümer bucht sich als „normaler“ Urlaubsgast sein Apartment.

Doch auch diesen „Trick“ sieht das Land als illegalen Feriensitz. Das geht aus einem Schreiben der Bau- und Raumordnungsabteilung von LHStv. Josef Geisler (ÖVP) an die Gemeinden hervor. Demnach stellt „jegliche Eigennutzung der eigenen Wohnung durch den Eigentümer oder durch seine Familie eine unzulässige Freizeitwohnsitznutzung dar“. Dazu zählt eben „auch die Überlassung des eigenen Appartements als Hotelgast“. Die Investoren dürften keine Sonderkonditionen erhalten „wie beispielsweise, dass sie sich als Gäste gezielt in ihrer eigenen Einheit einmieten bzw. diese als Gast buchen können“. Ein Investor könne ein anderes Apartment buchen, nicht aber sein eigenes. „Eine Buchung der eigenen Wohneinheit muss daher auch vertraglich ausgeschlossen werden“, so das Land.

Auch LHStv. Geisler hält gegenüber der TT erneut fest: „Die Rechtslage ist eindeutig: Eine Eigennutzung von InvestorInnen oder auch Sonderkonditionen in der eigenen oder einer anderen Einheit der Anlage sind klar unzulässig und gesetzeswidrig. Das Tiroler Raumordnungsgesetz lässt hier keinerlei Interpretationsspielraum zu.“



Hier soll das Investoren-Hotel in Ladis entstehen – eines von vielen Anleger-Hotels in Tirol.

Archivfoto: Retebio

In diesem Zusammenhang gibt es neue Aufregung bei einem umstrittenen Investoren-Modell in Ladis, das schon im Vorjahr in den Fokus geriet. 41 Apartments sollen errichtet werden, Rund ein Drittel davon sind als „normale“ Wohnungen geplant, die anderen 27 Apartments als Anleger-Hotel. Errichtet wird die Anlage durch eine Gesellschaft um Immobilienunternehmer Michael Karlinger und andere. Deren Innsbrucker Anwalt Christian Kurz, der auch die Kaufverträge errichtete, sieht die Sache anders als das Land.

In einem Schreiben erläutert der Rechtsanwalt sinngemäß, dass ein Eigentümer seine Ein-

heit als Urlaubsgast bewohnen dürfe, „weil sein Bewohnen im Rahmen des Beherbergungsvertrags erfolgt“. Somit würden dem Investor keine Sonderrechte eingeräumt. „Der Eigentümer/Investor kann seine Eigentumseinheit selbst bewohnen“, so Kurz in dem Schreiben.

Sofern derzeit ersichtlich, wurden bisher vier Apartments verkauft: an drei Niederländer und einen Deutschen. In den Kaufverträgen wird ihnen die Möglichkeit der Nutzung der eigenen Wohnung als Urlaubsgast eingeräumt. Demnach sei „im Fall einer Eigennutzung diese nur über die fremdübliche touris-

tische Anmietung über die Betreibergesellschaft nach deren Vorgaben [...] möglich“. Auch dies steht im Widerspruch zu dem Schreiben des Landes.

Gegenüber der TT hält Anwalt Kurz zu dem Schreiben des Landes fest: „Die Stellungnahme der Bau- und Raumordnungsabteilung erfolgte nicht in einem behördlichen Verfahren, sodass die in dem Schreiben enthaltene Rechtsansicht unverbindlich ist.“ Die Bau- und Raumordnungsabteilung verfüge zudem „über keinerlei Kompetenz zur Auslegung eines Landesgesetzes“.

Der Imster Rechtsanwalt Stephan Wijnkamp dagegen sieht sich in seiner Rechts-

**„Zurück zum Start“ in Ladis?**

**Ladis** – Das geplante Anleger-Hotel „Suites Ladis“ ist umstritten, unter anderem bekämpft ein Nachbar das Projekt vor dem Höchstgericht. Nun stellt LHStv. Josef Geisler (ÖVP) den Bau auf den Prüfstand. Der Gemeinde liege eine Änderung des Bauansuchens vor: „Das Bauvorhaben in Ladis muss somit zurück an den Start“, so Geisler: „Eine Baugenehmigung wird es nur geben, wenn nachgewiesen wird, dass keine illegale Freizeitwohnsitznutzung stattfinden wird.“ Miterrichter Michael Karlinger zeigt sich überrascht von dieser Aussage: „Wir haben einen rechtsgültigen Baubescheid.“ Die Änderung betreffe nur die Tiefgarage. BM Hans-Georg Pittl ortet ebenfalls kein „Zurück zum Start“. (mas)

ansicht bestätigt, wonach in Investorenmodellen jegliche Eigennutzung verboten ist. Er kritisiert, dass den Investoren häufig vorgemacht werde, sie könnten ihr Apartment nutzen, wenn sie sich als „normaler Gast“ einbuchen. „Aus vielen Fällen aus der Praxis weiß ich, dass potenzielle Käufer von den Verkäufern oft nicht auf das Verbot der Eigennutzung oder der Buchung der eigenen Wohneinheit hingewiesen werden“, sagt Wijnkamp: „Dann hätten sie nämlich gar kein Interesse mehr, die Wohnung zu kaufen.“ Das Verbot auf Eigenbuchung sollte gesetzlich verankert werden, meint er.

# Aufstand gegen Wohnsitz-Kontrollen

Kitzbüheler Handwerker formieren sich und fordern „Schluss mit Bespitzelung“. Geisler übt scharfe Kritik.

Von Peter Nindler

**Kitzbühel** – Die verschärften Kontrollen von Freizeitwohnsitzen in der Gamsstadt und in der Region Kitzbühel lassen die Wogen hochgehen. Der Obmann des Tourismusverbands Kitzbühel, Christian Harisch, prangerte sie zuletzt als „Bespitzelung“ an. Für Bürgermeister Klaus Winkler kann es ebenfalls nicht mehr so weitergehen. „Wir müssen das neu regeln. Es geht möglicherweise auch darum, den Freizeitwohnsitzbegriff neu zu definieren, damit jemand, der bei uns nicht den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen hat, trotzdem Eigentum erwerben kann.“ Auch höhere Abgaben seien eine Möglichkeit, für die hat sich Harisch genauso ausgesprochen. „Einheimische könnten sich die Immobilien ja gar nicht leisten“, fügt Winkler hinzu.

Zuletzt kam in Kitzbühel jedenfalls einiges in Bewegung. Ein „WhatsApp“ mit der Einladung zu einem Treffen in

die Wirtschaftskammer Kitzbühel „Schluss mit der Bespitzelung“ machte die Runde. Wer dazu einlädt, wurde jedoch nicht preisgegeben. Alles war ein wenig mysteriös, Dienstag wurde schließlich der für heute geplante Termin abgesagt.

„Acht Handwerksunternehmen aus dem Bezirk haben sich zusammengetan, um die Probleme aufzuzeigen.“

LA Peter Seiwald/VP  
(Wirtschaftskammerobmann)

Was steckt dahinter? Der Obmann der Wirtschaftskammer Kitzbühel und ÖVP-Abgeordnete Peter Seiwald weist darauf hin, „dass in der Kammer kein Raum angemietet wurde“. Allerdings hätten sich acht Handwerksunternehmen aus dem Bezirk zusammengetan, um die Probleme aufzuzeigen. Sie stünden hinter der „WhatsApp“-Einladung.

Die Lobby gegen „Bespitzelung“ will die Landespolitik in die Pflicht nehmen. Obwohl Seiwald ihre Vorgangsweise als unkoordiniert bezeichnet, was letztlich zur Absage der Veranstaltung geführt hätte, hat er Verständnis dafür. Wie Winkler und Harisch ortet Seiwald nämlich Handlungsbedarf. „Es braucht Lösungen. Das sollte Hand in Hand mit der Schaffung von leistbarem Wohnraum gehen.“

„Kontrollen bleiben“

In Kitzbühel braut sich jedenfalls etwas zusammen, der Druck auf die schwarz-rote Landesregierung steigt. Der zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) verteidigt die Kontrollen. „Das hat nichts mit Bespitzelung zu tun, sondern es ist ein behördliches Vorgehen.“ Ärgerlich seien jedoch die privaten „Schnüffeleien“ vor Ort von selbst ernannten „Sheriffs“. Das gehöre rasch abgestellt.

An den Kontrollen will Geisler keinesfalls rütteln, „weil sich die offiziellen Kontrollorgane immer am Bo-

„Bei den behördlichen Kontrollen handelt es sich nicht um Bespitzelungen. Die Kontrollen bleiben.“

LHStv. Josef Geisler/VP  
(Raumordnungsreferent)

den der Rechtsstaatlichkeit bewegen“. Eine Legalisierung über höhere Abgaben und neue Aufenthaltskriterien lehnt der ÖVP-Politiker ebenfalls ab. „Dann würde es zu Recht heißen, die Reichen können es sich in Tirol richten.“ Schlussendlich müssten die in Tirol geltenden Bodengesetze eingehalten werden. „Das weiß jeder, der eine Immobilie erwirbt.“ Gewidmete Freizeitwohnsitze könnten schließlich ohne Problem erworben werden.



1266 genehmigte Freizeitwohnsitze gibt es in Kitzbühel, die Dunkelziffer der illegalen dürfte allerdings sehr hoch sein. Foto: Falk



Im Oberland gibt es viele Beispiele, was aus Leerstand werden kann. In Zams steht dieses Haus. Prutz ist unter anderem zur Modellregion geworden. Wer Leerstand saniert, erhält eine Förderung.



Fotos: Kröpfl, ISICO

# Im Schnitt 16 Jahre leer gestanden

Die Leerstandsabgabe ist kurz davor, österreichweit ausgerollt zu werden. Sie soll mehr Wohnungen auf den Markt bringen. Das versuchen Dorferneuerung, Architekten und Regionalmanagement schon länger.

Von Anita Heubacher

**Innsbruck, Landeck** – 93 Gebäude sind es, die tirolweit mit Hilfe der Dorferneuerung revitalisiert wurden. „Im Schnitt standen diese Gebäude 16 Jahre lang leer“, erklärt Balbina Zikesch von der Abteilung Bodenordnung im Landhaus. Lebendige Dörfer haben sich die ExpertInnen der Dorferneuerung zum Ziel gesetzt. Leerstand ist das genaue Gegenteil. Zwischen 2020 und 2022 wurden 148 Förderanträge von der Abteilung abgewickelt, so entstand aus Altem Neues zum Wohnen und in Erdgeschoßen Raum für Betriebe.

Österreich ist für seinen enormen Flächenverbrauch bekannt, Tirol ist da keine Ausnahme. In den letzten Jahren stellt Zikesch allerdings eine Sensibilisierung fest. „Privatpersonen erkennen, dass sie mit Ressourcen schonend umgehen müssen.“ Wie das funktionieren und was aus Altem schönes

Neues entstehen kann, sollen Leerstandsmanager der Bevölkerung näherbringen. Ab September wird pro Regionalmanagement-Büro ein Experte Interessierte beraten.

Jemand, der jetzt schon berät und umsetzt, ist Harald Kröpfl. Der Architekt, seine Kollegin Bernadette Hofer und das Regionalmanagement Landeck haben bereits einige GustostückerInnen vorzuweisen. Prutz ist überhaupt Vorzeigeregion. Privatpersonen und die Gemeinde selbst haben revitalisiert. „In Ort ist vor allem nach der Pandemie die Sehnsucht nach Treffpunkten entstanden“, sagen Hofer und Kröpfl. Man möge sich wieder über den Weg laufen, sich an öffentlichen Orten aufhalten.

Die Höhe der Förderung lässt sich schwer beziffern. Sie hängt von den sanierten Quadratmetern ab und davon, wo sich der Bestand befindet. „Die Quintessenz ist nicht die Förderung. Das Lockmittel ist zu zeigen, was möglich ist



Foto: Kröpfl

**„Es ist natürlich leichter, ein Fertigteilhaus auf die grüne Wiese zu stellen. Aber dieser Flächenfraß muss aufhören.“**

Harald Kröpfl (Architekt, Landeck)

und dass Sanieren kein Fass ohne Boden ist.“ Kröpfl zeigt ausgebaute Dachböden, Fotos von halb verfallenen Häusern, die in neuem Glanz erstrahlen, und Raumhöhen, die außergewöhnlich sind. „Es ist natürlich leichter, ein Fertigteilhaus auf die grüne Wiese zu stellen. Aber dieser

Flächenfraß muss aufhören.“

Die von der Politik derzeit diskutierte Leerstandsabgabe hält der Architekt für „sehr sinnvoll“. Es gebe bereits zu viel verbaute Fläche. Der Vorteil im Sanieren liege auch darin, dass bestehende Kubatur bereits erschlossen ist. Neben der Notwendigkeit, zu sanieren und zu revitalisieren, sehen die Architekten auch die Notwendigkeit, über Wohnformen nachzudenken. Die Gemeinschaftswohnung werde im Alter zur geeigneten Lebensform. Auch da hat Prutz etwas vorzuweisen. Ein altes Gasthaus wurde umgebaut. Junge und ältere Menschen sind eingezogen, generationenübergreifend wird das Haus nun belebt.

Im hohen Haus in Wien hat die Leerstandsabgabe gestern die nächste Hürde genommen. Das Gesetz, das den Ländern die Kompetenzen zur Festlegung der Abgabe einräumen soll, passierte am Mittwoch den Verfassungsausschuss.

## Leerstand

**Steiermark:** Die Leerstandsabgabe läuft schleppend an. Die meisten Gemeinden starteten zu Jahresbeginn und heben sie rückwirkend für 2023 ein. Sehr viel länger wird die Leerstandsabgabe in Graz diskutiert. Die Ergebnisse sind trotzdem dürrig.

**Höhe:** In der Südsteiermark sind bei Leerstand in manchen Gemeinden fünf Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche zu zahlen, bei Zweitwohnsitzen liegt der Satz bei sieben Euro. Bis zu neun Euro verlangen die Gemeinden.

**Potenzial:** Greenpeace hat vor Kurzem eine Studie erstellt. Demnach stehen in Österreich rund 230.000 Wohnungen leer. Das sind 4,7 Prozent der Gesamtzahl an Wohnungen.



In Innsbruck stehen magistratsinternen Schätzungen zufolge bis zu 7500 Wohnungen leer. Diese wieder zu reaktivieren, ist das Ziel. Foto: Böhner

## „Weit unter den Erwartungen“

Tiroler Gemeindeverband will nach 30. April „amtshandeln“. Willi für Nachschärfungen.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Dem runden Tisch zum Leerstand von voriger Woche wird ein neuer folgen. Am 18. April. Dann, so hat es zumindest Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi (Grüne) auf dem Plan, will man ein konkretes Forderungspaket ans schwarzrot regierte Land schicken.

Willi plagen derzeit viele Sorgen. Ganze 3500 davon sind bereits im Magistrat eindeutig identifiziert. Nämlich als Wohnungsleerstand. Und das, wo die Erhebung erst knapp die Hälfte des städtischen Wohnraums erfasst hat. Mit 30. April läuft die landesgesetzliche Pflicht für al-

le Eigentümer ab, Leerstand (ab sechs Monaten) bei der jeweiligen Gemeinde zu melden. Gezählte 40 haben dies in Innsbruck bereits getan. 50 weitere Fälle seien hinsichtlich eines Ausnahmetatbestandes noch „in Abklärung“, heißt es aus der Stadt.

Willi fordert bereits jetzt vom Land, die Ausnahmetatbestände, die im Wohnungsleerstandsgesetz aufgezählt sind, zu präzisieren. Ein „zeitnaher Eigenbedarf“ sei weder für die Besitzer noch die Behörden definierbar. Im Magistrat wird dies beispielsweise aktuell mit einer Dreijahresfrist gleichgesetzt. Jene Dauer, auf welche derzeit viele Mietverträge aus-

gelegt seien. Darüber hinaus will Willi auch die im Gesetz festgesetzte Selbstbemessung hinsichtlich der Abgabenhöhe kippen. Zwar regelt das Land, ab welcher Größe welcher Abgabebetrag zu zahlen ist – diese Feststellung obliegt aber dem Leerstands-Eigentümer. Auch das gehöre in einer Novelle geändert, so Willis Vorschlag.

Ähnlich wie Willi ergeht es derzeit vielen Bürgermeistern im Land, sagt Gemeindeverbandschef Karl-Josef Schubert. Die Bilanz kurz vor Ablauf der erstmaligen Leerstands-Nennungsfrist sei „weit unter den Erwartungen“ geblieben. Bei den jüngsten Bürgermeisterkon-

ferenzen seien diese Meldungen des Öfteren an ihm herangetragen worden. Eine exakte Zahl des tirolweiten Wohnungsleerstandes könne er deshalb auch immer noch nicht nennen. „Viele Eigentümer haben noch nicht mitbekommen, dass sie eine Meldung abgeben müssen, auch wenn sie unter die Ausnahmetatbestände fallen.“ Die Gemeindechefs würden nun dazu übergehen, bei vermuteten Leerständen die Eigentümer aktiv anzusprechen. Der Verband habe hierzu ein Formular ausgearbeitet. Wenn auch das nichts nütze, so Schubert, werde man nach dem 30. April „auch amtshandeln“.



Gruppenbild mit Dame. Johanna Mikl-Leitner hat derzeit den Vorsitz in der Landeshauptleute-Konferenz inne.

Foto: APA/Föhlinger

# Landeshauptleute pochen auf eine Leerstandsabgabe

Die Länderchefs erkennen die Wohnungsnot. Sie wollen eine Handhabe, um steuernd eingreifen zu können. Auch beim Wolf sind sie sich einig.

**St. Pölten** – Die teuren Mieten, der überhitzte Wohnungsmarkt und die strengen Kreditvergaben setzen den Länderchefs zu. Bei der Landeshauptleute-Konferenz präsentierten sie eine gemeinsame Linie: Zusammengefasst kann gesagt werden: Die Länder wollen beim Wohnungsmarkt bessere Steuerungsmöglichkeiten.

Laut Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) wurde in einem Beschluss eine entsprechende Ermächtigung gefordert, um eine Leerstandsabgabe einzuführen. Diese soll in einem Volumen möglich sein, um steuernd wirken zu können.

In puncto Eigentum ist aus Sicht von Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, sie hat aktuell

den Vorsitz der LH-Konferenz inne, mit dem Wohnbau-Paket des Bundes und der ersten Lockerung der KIM-Verordnung bereits einiges gelungen. Die Ländervertreter hätten sich verständigt, „nicht lockerzulassen“, bis die Finanzmarktaufsicht die Kreditvergabe-Richtlinie streiche.

Einstimmig fiel auch der Beschluss zum Thema Wolf. Der Schutzstatus des Tieres soll gesenkt werden, verlangte Kaiser. Das hat auch die EU-Kommission vorgeschlagen. Eine gemeinsame Länderstellungnahme war im Februar auf den Weg gebracht worden.

Bei der Pressekonferenz in St. Pölten wurde dann von Mikl-Leitner der Anstieg des Antisemitismus kritisiert. Die

Regierungschefin machte klar, dass man „dies nicht akzeptieren“ werde. Einerseits sollen alle Schüler zumindest einmal eine KZ-Gedenkstätte oder ein jüdisches Museum in Österreich besuchen. Andererseits soll ein solcher Besuch auch Teil des Integrations- oder Einbürgerungsprozesses werden, sagte die Landeshauptfrau. „Antisemitismus hat bei uns keinen Platz – egal, ob er von rechts, links oder muslimisch geprägt ist“, hielt Mikl-Leitner fest.

In Sachen Ehrenamt sprach sich die LH-Konferenz einstimmig für einen bundesweiten Versicherungsschutz für das informelle Freiwilligenwesen aus. Mikl-Leitner kündigte an, dass Sozialminister Johannes Rauch (Grü-

ne) zu Verhandlungen mit den Ländern über die gemeinsame Finanzierung eines derartigen Vorhabens eingeladen werden soll. Derzeit bestehe hier kein bzw. kein passender Schutz für Nachbarschaftshilfe.

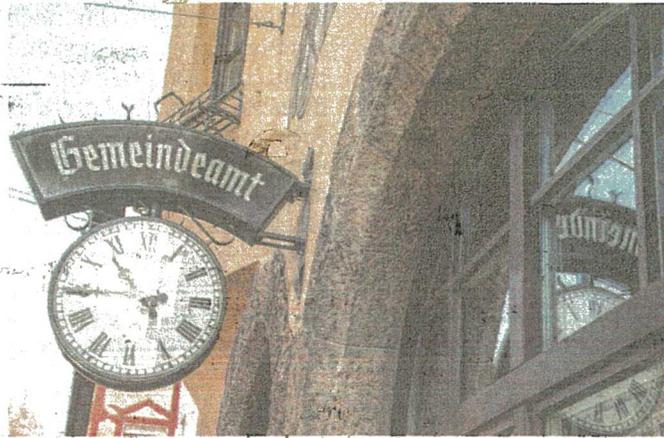
Von Europa forderte Mikl-Leitner Bürokratieabbau, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die EU solle sich um die großen Fragen kümmern und aus jenen Bereichen zurücknehmen, die in den Regionen besser geregelt werden können, erklärte die Landeshauptfrau.

Auch erneuerbare Energien waren Thema der Tagung. Hier drängen die Landeshauptleute auf ein Beschleunigungsgesetz, damit Anlagen möglichst zügig errichtet werden können. (APA, TT)

# Gemeinden erhalten eine Geldspritze

Zur Verteidigung junger Mütter in Bildungskarenz meldet sich **Zeliha Arslan**, die Frauensprecherin der Grünen im Landtag, zu Wort. Den Vorwurf, junge Frauen würden durch die Bildungskarenz ihre Baby-pause verlängern, lässt Arslan nicht gelten. „Die Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt deutlich, dass Frauen, die unmittelbar im Anschluss an die Elternkarenz in Bildungskarenz gehen, später mehr verdienen und seltener arbeitslos sind.“ Im Vordergrund stehen nicht die Verlängerung der Elternkarenz, sondern die Investition in Ausbildung und Umorientierung. ÖVP-Arbeitsminister **Martin Kocher** hatte angekündigt, den Zugang zur Bildungskarenz zu verschärfen.

Das das Management Center Innsbruck den Campus Lienz übernimmt,



Tirols Gemeinden erhalten aus dem Gemeindeausgleichsfonds 44,5 Millionen Euro.

Foto: Böhm

sorgt auch für politische Reaktionen. „Das Projekt UMIT in Lienz ist somit endgültig gescheitert. Viel zu spät hat Wissenschaftslandesrätin **Cornelia Hagele** (VP) die Reißleine gezogen und das MCI als neuen Träger auserkoren. Dennoch begrüßen wir diesen Schritt, allerdings orten wir wieder eine Konzeptlosigkeit von

der Landesregierung“, sagt NEOS-Abgeordnete **Birgit Obermüller**. Aber die Entscheidung, die fünf neuen Studiengänge in Lienz anzukündigen, noch bevor der Bedarf mit Zahlen und Fakten unterlegt sei, ist aus Sicht Obermüllers zu vorschnell.

Mit der ersten Ausschüttung aus dem

Gemeindeausgleichsfonds erhalten die Tiroler Gemeinden jetzt 44,53 Mio. Euro. Davon entfallen auf allgemeine Bedarfszuweisungen 40,29 Mio. Euro, 2,44 Mio. Euro erhalten die Feuerwehren und 1,8 Mio. Euro sind zweckgebunden für den Bau von Schulen, Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Vor allem strukturschwache Gemeinden mit begrenzten budgetären Ressourcen würden von den Fördermitteln, die zum Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden beitragen, profitieren, sagt Gemeindereferent und Landeshauptmann **Anton Mattl** (ÖVP). Die Infrastrukturvorhaben seien für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Zukunft Tirols von zentraler Bedeutung, ergänzt SPÖ-LHStv. **Georg Dornauer**. (aheu, pn)

TIROLER TAGESZEITUNG

10.4.2024

# Leerstand: Harte Kritik an Bund, runder Tisch steht

Länder sehen Verländerung des Volkswohnungswesens als nicht weitgehend genug an.

BM Willi lotet am Donnerstag Rechtsrahmen aus.

Von Manfred Mitterwachauer

4. 2024  
**Innsbruck** – Noch gestern wurde im Vorfeld der heutigen Landeshauptleuterkonferenz intensiv an diversen Stellungnahmen gearbeitet. So auch mit Tirol. LH Anton Mattle (VP) war einer der Hauptinitiatoren der bereits seit 2022 gefassten LH-Konferenz-Forderung an den Bund, das so genannte „Volkswohnungswesen“ zu verländern.

Also in die Hand der Länder zu geben. Dies mit dem Hintergrund, dass Tirol nur über diesen Weg die bisher eher zahnlose, weil zu gering ausfallende Leerstandsabgabe drastisch erhöhen könnte. Im Zuge des jüngsten „Wohnpakets“ des Bundes wurde den Ländern vor wenigen Monaten die Erfüllung dieses Wunsches angekündigt. Ein Antrag im Parlament auf die hierfür nötige Änderung des

Verfassungsgesetzes folgte – die Stellungnahmefrist hierfür endet heute.

Fakt ist: Den Ländern geht die geplante Änderung zu wenig weit. Weil eben nur das Volkswohnungswesen zu den Ländern wandern sollte. Nicht beabsichtigt ist die ebenso aus den Ländern kommende Forderung nach weitergehenden Maßnahmen zum Zwecke der Wohnraumbeschaffung und Wohnraum-

bewirtschaftung (im Bereich Bodenbeschaffung, Raumplanung, Grundverkehr) zu erfüllen. Deshalb, so der Tenor gestern aus den Ländern, werde der Entwurf als „nicht ausreichend“ und zu wenig weitgehend kritisiert.

Wohl nicht zufällig legte gestern die Umweltschutzorganisation Greenpeace eine eigene Berechnung vor, wonach in Österreich rund 230.000 Wohnungen und

Häuser leer stehen sollen. Dem hält Greenpeace an die 60.000 Wohnungen gegenüber, die jährlich in Österreich neu gebaut und damit der Bodenversiegelung Vor-schub leisten würden. Die höchsten Leerstandsquoten hätten demzufolge Kärnten (5,7%) vor Tirol (5,6%).

In Innsbruck stehen aktuell stadtinternen Schätzungen zufolge rund 7000 Wohnungen leer. Bürgermeister Ge-

org Willi (Grüne) bestätigte gestern gegenüber der TT das tatsächliche Zustandekommen eines „runden Tisches“ am Donnerstag. Hierbei soll u. a. mit DatenschutzexpertInnen sowie Vertretern der Stadtfractionen ausgelotet werden, inwieweit das Leerstandsmonitoring verschärft werden könne. Wohnbau-LHStv. Georg Dornauer hat hierfür abgesagt – er könne erst am 18. April, so Willi.

TT 30.4.2024



Rund 33.000 Kinder in Tirol werden institutionell betreut. Bei den Kleinsten gibt es Aufholbedarf. Foto: inago

# Eine Pädagogin sorgt für 3,6 Jobs

Kinderbetreuung bringt laut Studie 18.674 Menschen in Erwerbstätigkeit und hebt die Wirtschaftsleistung.

Von Anita Heubacher

**Innsbruck** – Bildungslandesrätin Cornelia Hagele hat eine Studie in Auftrag gegeben, wohl auch um zu belegen, dass Kinderbetreuung nicht nur kostet, sondern auch nützt. Rund 33.000 Kinder werden in Tirol institutionell betreut. Dadurch können vor allem mehr Mütter, die Väter sind ohnehin zumeist in Vollzeit berufstätig, arbeiten gehen. Mehr Erwerbstätige, mehr Wirtschaftsleistung, das sorgt laut Studienautor Stefan Haigner von der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung in Innsbruck für rund 20.000 Jobs. Die entstehen demnach in allen Wirtschaftssektoren. 650 Millionen Euro sind es, die an zusätzlicher Wertschöpfung generiert werden. Das erwirtschaftete Geld stecken Eltern in Konsumausgaben, aber auch in den Steuersäckel. „Die öffentliche Hand erhält 330 Millionen Euro an Abgaben und Steuern.“

Die Studie könnten aber auch PädagogInnen bei den nächsten Gehaltsverhandlungen aus der Schublade holen. Denn auf eine Pädagogin bzw. einen Pädagogen kommen laut Haigners Berechnungen 3,6 Beschäftigungsverhältnisse. „Jobs“ ist dem Wissenschaftler etwas zu ungenau, weil viele Teilzeitbeschäftigungen gemeint sind. Untersucht hat Haigner auch,



Foto: GWW

„Bei der Kinderbetreuung wird viel auf die Kosten und wenig auf den wirtschaftlichen Nutzen geachtet.“

Stefan Haigner (Gesellschaft für Angew. Wirtschaftsforschung)



Foto: Fischer

„Wir bezahlen bis zu 190.000 Euro an Betriebe, die neue Kinderbetreuungsplätze schaffen.“

Cornelia Hagele (ÖVP-Bildungslandesrätin)

wie sich die Fördermittel des Landes in der Höhe von 106 Millionen Euro im letzten Jahr ausgewirkt haben. „Dadurch wird ein Beschäftigungseffekt von rund 2700 Jahresvollzeit-äquivalenten generiert.“

Die Landesregierung hat sich ein durchaus ehrgeiziges Ziel gesetzt. Sie will einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung verwirklichen. Die Opposition zweifelt an der Umsetzung. Es fehle an Personal und an Infrastruktur. Tatsächlich schließt der Großteil der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol um 14 Uhr. Die Öffnungszeiten sind daher von ganztägig und auch von ganzjährig aufgrund der vielen Ferien noch weit entfernt. Ab Herbst will die Landesregierung in vier Regionen in den Bezirken

Reutte, Lienz, Schwaz und Innsbruck-Land mit Pilotprojekten starten. Hagele zählt zudem auf den Beistand von Unternehmen. Sie sollen betriebliche Betreuungsplätze einrichten. „Wir bezahlen bis zu 190.000 Euro an Betriebe, die neue Plätze schaffen.“

## Wahlkampfthema

In Innsbruck sorgt das Thema Kinderbetreuung für einen Schlagabtausch im Wahlkampf. Den Vorwurf der Liste Fritz, dass sich in den letzten sechs Jahren im Bereich Kinderbetreuung nichts verbessert habe, lässt SPÖ-Bildungsstadträtin Elli Mayr nicht gelten. 500 zusätzliche Plätze seien in sechs Jahren entstanden. Es gebe aber noch Luft nach oben. Ein Befund, den wohl alle teilen.

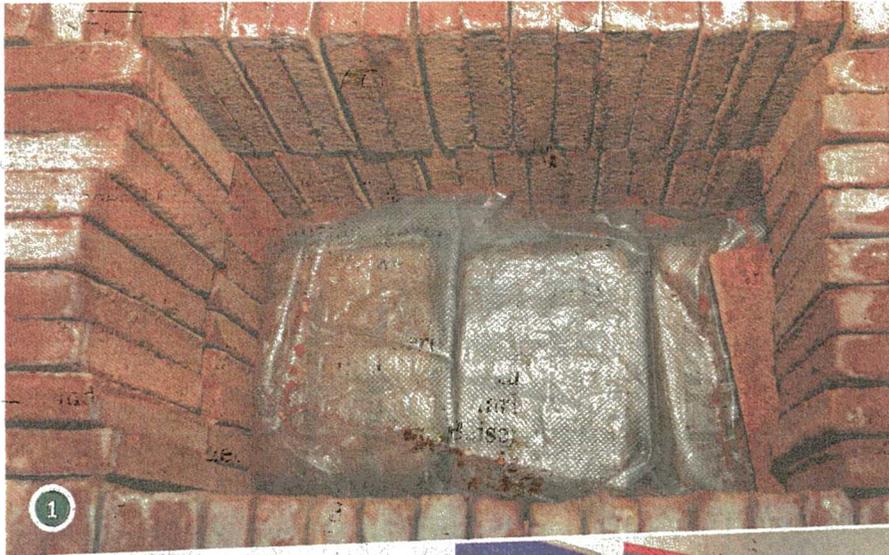
TT - 29. 3. 2024

# Dort Kokain, da Haschisch

Der Aufgriff von 120 Kilo Cannabis war der drittgrößte in Tirol. In Südtirol finden die Fahnder meist Kokain. Aber auch beim Marihuana sind sie recht erfolgreich.

Von Thomas Hörmann

**Innsbruck** – „Tirol isch lei oans“, heißt es im Volkslied. Wenn es um Suchtgift geht, trennt aber nicht nur der Alpenhauptkamm den Norden vom Süden des Landes. Salopp formuliert „schneit“ es in Südtirol zumindest bei Großaufgriffen öfter, während nördlich des Brenners eher der süßlich-harzige Rauch aufgeht. Wie etwa vor zwei Wochen, als Tiroler Drogenfahnder in Langkampfen einen bulgarischen Lkw mit 120 Kilo Marihuana unter tonnenweise Klopapier abgefangen haben. Übrigens der drittgrößte Drogenaufgriff



## Hintergrund

in der Tiroler Kriminalgeschichte.

Südlich des Brenners spielt bei Fahndungserfolgen in der Regel Kokain die Hauptrolle. Aber auch beim Cannabis haben die Carabinieri die Nase weit vorn. So führte der auffällige Geruch im Laderaum eines Lkw im April 2017 im Vinschgau zur Sicherstellung von rekordverdächtigen 1,4 Tonnen Marihuana. Damit können die Nordtiroler Suchtgift-Fahnder nicht mithalten. 261 Kilo brachte die größte hierzulande beschlagnahmte Drogenmenge auf die Waage. Das Haschisch erschnupperte ein Drogenhund im April 2021 bei einer Schwerpunktkontrolle in Kufstein in einem Lkw. Den zweiten Platz im Drogenranking belegen die 147 Kilo Cannabis, die Polizisten im Herbst 2009 bei einem Holländer und einem Belgier im Außerfern entdeckten. Der Schwarzmarkt-Wert des Suchtgifts: etwa 1,4



Die 261 Kilo Cannabis (Foto 1) zwischen einer Ladung Fliesen waren die größte Drogenmenge, die in Nordtirol sichergestellt wurde. Auf Rang zwei und drei folgen 147 (Foto 3) bzw. 120 Kilo Cannabis. Fotos: LPD Tirol, TT/Böhm

Mio. Euro. Und damit kein Vergleich mit den Südtiroler Fahndungserfolgen: Für die 1,4 Tonnen Marihuana könnten Dealer etwa 14 Mio. Euro erzielen. Noch teurer waren die 93 Kilo Kokain, die die italienische Finanzwache im Jänner 2016 bei der Sterzinger Mautstelle in einem deutschen Geländewagen fanden. Die Behörden gaben den Wert mit 18 Millionen Euro an. Ebenfalls in Sterzing stieß die Finanzpolizei im Dezember 2022 in einem

deutschen Obst-Transporter auf immerhin 70 Kilo Kokain. Das Suchtgift war in einem Geheimfach unter dem doppelten Boden versteckt.

Für Aufsehen sorgte in Südtirol auch ein Italiener, der mit 33 Kilo Kokain in seinem Kleinwagen (Fiat 500) in eine Polizeikontrolle geriet. Schauplatz war erneut die Mautstelle in Sterzing.

Jeder dieser Südtiroler Kokainaufgriffe wäre nördlich des Brenners rekordverdächtig. Warum hierzulande

hauptsächlich Cannabis in Großmengen beschlagnahmt wird, „weiß ich nicht“, gibt Katja Tersch, Leiterin des Landeskriminalamtes, unumwunden zu. Fest steht aber auch, dass einige der in Südtirol gestoppten Kokain-Transporte zuvor in Nordtirol unterwegs waren. „Möglicherweise spielen die italienischen Ermittlungen gegen die Mafia eine Rolle, die zu Informationen über Schmuggelfahrten führen“, vermutet ein Ermittler.

## Kufstein hat beim Koks die Nase vorn

**Innsbruck** – Österreichs „Kokshauptstadt“ liegt im Tiroler Unterland. Wie schon seit einigen Jahren ist der Pro-Kopf-Konsum des Suchtmittels nirgends so hoch wie in Kufstein. Das geht aus einem aktuellen Abwassermonitoring hervor, welches die Medizinische Uni Innsbruck für den europäischen Drogenbericht erstellt hat.

Auch beim Cannabis, welches wenig überraschend die am häufigsten konsumierte Droge bleibt, liegt Kufstein bundesweit an erster Stelle. In diesem Ranking landet Innsbruck, hinter Salzburg, auf Platz drei – wie auch beim Kokain, dort hinter Wien.

Im europäischen Vergleich liegt Österreich übrigens im Mittelfeld. Bei keiner der untersuchten Substanzen landete eine Region unter den zehn umsatzstärksten. (TT)

Weiter Details zum Drogenkonsum in Tirol lesen Sie hier.



www.tt.com

TT 21.03.2024

**53. Bildungswoche der österreichischen Holzbau- und Zimmermeister:  
Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt**



Über ein halbes Jahrhundert lang treffen sich im Jänner Österreichs Holzbau- und Zimmermeister in Alpbach. Eine Woche lang ging es in Fachvorträgen um Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Forschung. Neu ist in dieser Bildungswoche, dass österreichische Holzbauunternehmen Einblicke in ihre – ganz unterschiedlich ausgeprägte – innovative, nachhaltige und erfolgreiche Arbeitsweise gewähren. Traditionelle Bauweisen haben sich verändert, etwa geringe bis fast keine Dachüberstände sowie Fassaden mit offenen Fugen – da stellen sich für die Fachleute natürlich viele Fragen. Neben den fachlichen Themen im Bereich

Holz, holen sich die Organisatoren auch immer Personen, die Fragen und Antworten zu gesellschaftlichen Themen oder zur persönlichen Weiterentwicklung liefern. Diesmal waren dies der Wirtschaftsjournalist Ronald Barazon, dem es um die Verteidigung der Demokratie geht. Das hirngerechte Leben und Arbeiten thematisierte Hirnforscher Bernd Hufnagl und Stefan Verra, Experte für Körpersprache, verwies darauf, wie wichtig diese gerade im Handwerksberuf ist, um das Vertrauen der Kunden nicht zu verlieren. Bergsteigerlegende Peter Habeler motivierte nach dem Motto „Das Ziel ist der Gipfel“.



*Der Ebbser Martin Stöckl ist Organisationsleiter und Moderator der Bildungswoche in Alpbach*

*Foto: Eberharter*

-be-

# Stellt Kufstein bald Kamera auf?

**FPÖ Kufstein bringt Antrag für Videoüberwachung in der Stadt Kufstein ein – als Vorbild dient Wörgl.**

BARBARA FLÜCKINGER

KUFSTEIN. „Big Brother is watching you“ – das könnte auch bald das Motto in Kufstein sein. Seit Jänner dieses Jahres sind in der Stadt Wörgl Sicherheitskameras im Einsatz. Diese High-tech-Videokameras sollen von nun an im städtischen Raum für mehr Sicherheit sorgen.

Auch die Stadt Kufstein liebäugelt mit solchen Maßnahmen, wenn vorerst auch nur in der Theorie. Thema wurde die Videoüberwachung durch einen Antrag in der jüngsten Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, den 6. März, eingebracht von GR Christofer Ranzmaier (FPÖ

Kufstein). Das subjektive Sicherheitsgefühl in der Stadt entspricht nicht mehr dem, was sich viele Bürger und insbesondere Bürgerinnen erwarten würden, so Ranzmaier. „Den Satz: Ich traue mich am Abend nicht mehr alleine hinaus‘ höre man vielfach“, so der Gemeinderat. Dabei hat Kufstein in der Vergangenheit bereits Initiativen für mehr Sicherheit in der Stadt vorangetrieben, wie etwa Alarmschlüssel-Anhänger, die im Ra-



**GR Christofer Ranzmaier (FPÖ) legte den Antrag vor.** Foto: Flückinger

haus abgeholt werden können, oder Taxi-Gutscheine in der dunklen Jahreszeit. Ranzmaier legte nun aber den Vorschlag einer Videoüberwachung auf den Tisch. „Ich glaube schon, dass wir die Möglichkeiten der Zeit nutzen sollten, um alle Schritte, die nur irgendwie technisch und rechtlich möglich sind, als Stadtgemeinde in die Wege zu leiten“, argumentiert Ranzmaier.

**Nach Wörgl erneute Prüfung** Demnach soll geprüft werden, ob heikle Plätze in der Stadt gesichert und mit Video überwacht werden können. Damit könne man, so Ranzmaier, einerseits „präventiv tätig sein“ und andererseits der Polizei mit Kameraaufnahmen bei Ermittlungen helfen. Dabei ist das Thema oder der Wunsch nach Videoüberwachung in Kufstein nicht komplett neu. Ins Rampenlicht gerückt ist die Möglichkeit nun



**Kufstein prüft, ob die Videoüberwachung zulässig ist.** Symbolfoto: Pixabay

erneut durch die Umsetzung in Wörgl, wo im Jänner 2024 die erste Kamera am Unteren Stadtplatz, im Bereich „Fussl“, in Betrieb ging.

Nach diesem erfolgreichen Start will Ranzmaier nun wieder eine Initiative für Videoüberwachung in Kufstein erwirken – mit den Erfahrungen in Wörgl. Geprüft werden soll die Umsetzung laut

dem Antrag in Zusammenarbeit mit dem städtischen Sicherheitsausschuss. Mögliche Hotspots für Kameras sollen nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Stadtgemeinde Wörgl und in Zusammenarbeit mit der Exekutive definiert werden.

**Rechtslage mit Fragezeichen** Bürgermeister Martin Krumschnabel betonte, dass er hinsichtlich der Videoüberwachung direkt nach der Umsetzung in Wörgl mit der Bezirkshauptmannschaft (BH) Kufstein Kontakt aufgenommen habe, um sich zu erkundigen, ob das nun rechtlich tatsächlich möglich sei. „Die können sich das nicht erklären, wo sich die Rechtslage hier so geändert haben soll“, so Krumschnabel zum Thema Videoüberwachung in Wörgl. Der Sicherheitsausschuss solle dem aber noch einmal nachgehen, so der Stadtchef.

## AUFTAKT 3

### Überwachung wäre laut Gemeindebund möglich

BEZIRK. Wenn sich eine Gemeinde an die rechtlichen Vorgaben hält, kann eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum gesetzlich grundsätzlich durchgeführt werden, betont der Österreichische Gemeindebund in einem seiner Beiträge zur Rechtslage. Laut Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) darf die Überwachung zeitlich und örtlich nur in unbedingt notwendigem Ausmaß erfolgen, wobei die Überwachung gekennzeichnet werden muss, wie beispielsweise mit Hinweisschildern. Ein Schlüsselfaktor ist auch, dass die Aufzeichnungen der Videokameras spätestens nach 72 Stunden wieder gelöscht werden. Ausgewertet dürfen die Aufnahmen nur werden, wenn etwas passiert ist (wie beispielsweise eine Beschädigung). Nichtsdestotrotz muss eine Gemeinde prüfen, ob eine Videoüberwachung zulässig ist, und



**Wörgl hat bereits die Videoüberwachung gestartet.** Foto: Stadtmarketing Wörgl

muss (bei Überwachung im öffentlichen Raum) eine sogenannte „Datenschutz-Folgenabschätzung“ durchführen. Und genau hier dürfte der Teufel im Detail stecken. Dabei geht es nämlich auch um Risiken für Rechte und Freiheiten von (gefilmten) Personen. Es dürfen also beispielsweise dadurch keine Mitarbeiter überwacht werden. Der Schutz von personenbezogenen Daten muss jedenfalls sichergestellt werden.

Sch

**J**agdkarten verkaufen und das Revier leerschießen lassen – das ist überspitzt formuliert der Plan der Stadtführung in Kufstein, um die Schäden im Jungwald in den Griff zu bekommen. Auf lange Sicht sei durch Waldschäden auch das Kufsteiner Trinkwasser gefährdet, erst 2023 mit dem „blauen Tropfen“ ausgezeichnet und damit eines der besten Wasser Österreichs.

Großer Wildbestand, großer Waldschaden: Diese Rechnung geht aber im Naturschutzgebiet Kaisertal nicht auf. Denn die Abschussquote wird von der Milliardärsfamilie Henkel, seit 70 (!) Jahren Pächter, nicht nur erfüllt sondern zu 180% übererfüllt. Das gibt auch Umweltreferent Thimo Fiesel zu. Wenn das aber Fakt ist, dann können die Waldschäden nicht so exorbitant sein wie behauptet – oder es wird vonseiten des Stadtförsters zu wenig unternommen, um den Wald zu schützen.

Die „fehlende Verjüngungsdynamik“ wird jedenfalls von BM Martin Krummshabel und seinem grünen Junior-Koalitionspartner Fiesel ins Treffen geführt, um den Vertrag mit Henkel 2025 nicht mehr zu verlängern. Wenn die Stadt das Kaisertal als Eigenjagd betreibt, könnten Jagdkarten verkauft und noch mehr geschossen werden, was die

# „Als es Tunnel nicht gab, war Milliardär gut genug!“

Leichter Zugang ins Kaisertal als „Gamechanger“: Plötzlich ist die Jagd für alle interessant – nicht nur für den steinreichen Pächter.

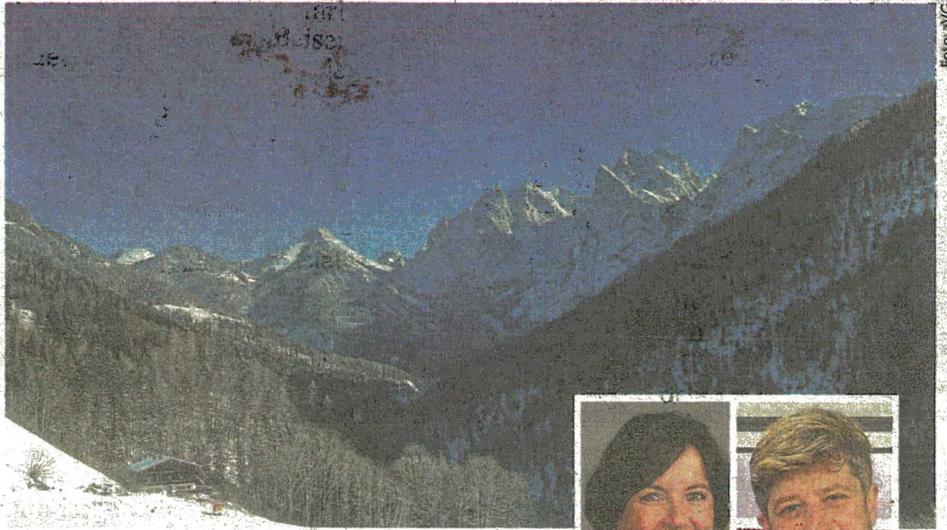


Foto: ZVG



Neos-GR Birgit Obermüller und GR Thimo Fiesel (Grüne) vertreten beim Thema Jagd im idyllischen Kaisertal (Bild) konträre Ansichten.

Foto: Tiroler Landtag/Christanell Foto: krone.tv

„hohe Verbissdynamik“ eingrenzen und die Wasserversorgung schützen könnte. „Letztlich geht es genau darum“, bekräftigt Fiesel. Nur: In der bestehenden Eigenjagd „Stadtwald“ beträgt die Abschussquote 60%. Das ist ein Ergebnis eines Info-

Abends am Dienstag für Gemeinderäte. Zwei Stunden wurde diskutiert. Ob das Thema nun auch noch in den Gemeinderat kommt, steht noch nicht fest. Neos-GR LA Birgit Obermüller beziffert den Verlust für die Stadt durch das Ausschei-

den Henkels auf 3 Mio. €, hochgerechnet auf 10 Jahre. „So lange es den Tunnel in das Kaisertal nicht gab, war Henkel gut genug, vieles zu übernehmen. Seit dem Bau der Straße 2006 ist die Jagd plötzlich auch für andere interessant!“ Philipp Neuner

# Leerstandsabgabe könnte noch heuer erhöht werden

Mit der vom Bund angekündigten Verländerung des Volkswohnungswesens ist der Weg frei, die als zu niedrig kritisierten Leerstands-Sätze anzupassen.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Das Gesetz für eine Leerstandsabgabe in Tirol war 2022 eine mittelschwere Geburt. Seit 1. Jänner 2023 ist es nunmehr in Kraft. Lange wurde über die Probleme bei der Erhebung des Leerstandes (Datenschutz!) debattiert, ebenso über die Höhe der Abgabe. Ein erster Begutachtungsentwurf musste nachgeschärft werden. Letztlich einigte man sich im Landtag noch unter Schwarz-Grün auf eine verpflichtende Einführung in allen Gemeinden – jedoch mit dem Spielraum, dass die Kommunen die Höhe für die einzelnen Objektkategorien innerhalb einer gewissen Bandbreite selbst festlegen können. Der Erfolg ist vorerst bescheiden. Innsbruck beklagt weiter 3500 leere Wohnungen. Die Kritik aus den Reihen der Opposition bleibt aufrecht: Die Abgabe sei viel zu niedrig, um leerstehende Wohnung wieder auf den Markt zu bringen. Weil der „Lenkungseffekt“ fehle.

## Lenkungseffekt als Hindernis

Genau diesen verhindert bis dato das im Bundes-Verfassungsgesetz angesiedelte „Volkswohnungswesen“. Selbiges verbietet es Ländern nämlich – vereinfacht gesagt –



Wohnungsleerstand – ob spekulativ oder aus anderen Gründen – verknappt das Wohnungsangebot in Tirol weiter. Die Leerstandsabgabe animiert derzeit nur wenige, freie Objekte wieder auf den Markt zu bringen. Foto: Böhm

eigenständig so genannte „Wohnungs-Bewirtschaftungsmaßnahmen“ gesetzlich zu verordnen. Eine (zu) hohe Leerstandsabgabe würde als solche gewertet.

Mit der Ankündigung der schwarz-grünen Bundesregierung vom Dienstag, das Volkswohnungswesen im Sinne einer „Wohnraummobilisierung“ zu verändern,

sieht Tirol nun die Chance, das Abgaben-Manko zu beheben. Ausgehend von Tirol wurde dieser Wunsch schon Mitte 2022 in Wien deponiert. Auch per Beschluss der Landeshauptleutekonferenz. Landeshauptmann Anton Mattl (VP) zeigte sich gestern gegenüber der *TT* zuversichtlich, dass Tirol in Bälde nachschärfen könne. Und werde. Dass die Länder weiterhin eine gewisse „Verhältnismäßigkeit“ einzuhalten haben, sei kein Hindernis, gelte dies doch auch dem Grunde nach für alle anderen Gebühren (z. B. Müll). Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verbleibt indes beim Bund.

Sofern im Bund die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit fix und ein Beschluss vor dem Sommer möglich ist, könnte Tirol bereits im Herbst das Leerstandsabgabengesetz novellieren, die Erhöhung einpreisen und mit Anfang 2025 in Kraft treten lassen, heißt es.

## Tiroler Vorgaben

### Leerstandsabgabe:

Kommunen sind seit 1. Jänner 2023 verpflichtet, für leerstehende Wohnungen eine Abgabe einzuheben. Ausnahmen gibt es u. a. für Eigenbedarf. Gemeinden mit knappen Grundreserven („Vorbehaltsgemeinden“) müssen die doppelten Sätze verrechnen. Für eine 90-m<sup>2</sup>-Wohnung in Innsbruck sind im Jahr maximal 2400 Euro fällig. Die Leerstandsmeldung muss vom Eigentümer durchgeführt werden.

### Freizeitwohnsitzabgabe:

Für legale Freizeitwohnsitze gibt es seit 2020 eine per Gesetz definierte Abgabe. Kontrolliert werden muss diese durch die Gemeinden. Auch hier gibt das Gesetz den Kommunen eine Bandbreite an Mindest- und Höchstätzen pro m<sup>2</sup> vor.

## Reaktionen zum Volkswohnungswesen

**Grüne:** Landtagsabgeordnete Zeliha Arslan sieht „den Weg frei für eine wirksame Leerstandsabgabe“. „Wo der freie Markt versagt, muss die Politik regulierend eingreifen.“ Die Grünen wollen selbst einen Antrag im Landtag einbringen.

**SP:** Landtags-Vizepräsidentin Elisabeth Blanik (SP) reklamiert den Bundesvorstoß auch für die SP: „Wir haben das seit Jahren eingefordert. Das könnte ein

echter Durchbruch oder zumindest ein Hemmschuh weniger sein, wenn es um mehr Biss in der Wohnpolitik geht.“

**FP:** „Ob die Verländerung des Volkswohnungswesens ein großer Wurf ist, wird sich weisen – die Leerstandsabgabe ist es nicht“, so FP-Chef Abwerzger.

**NEOS:** Als „zahllosen Papiertiger“ bewertet LA Birgit Obermüller (NEOS) die Leerstandsabgabe.

TT 23. Februar 2024



Selbst für Verbund-Projektleiter Johannes Wesemann spektakulär: Je vier Teile wurden am Inn zu einem 190-Tonnen-Kahn zusammengeschaubt.

Fotos: Liebl

# Verbund verlegt Schiffsflotte zum Kiesbaggern an den Inn

In Einzelteilen wurde gestern das letzte Schiff in Kufstein angeliefert. In den nächsten vier Jahren werden dem Inn bis zu 400.000 m<sup>3</sup> Kies entnommen.

Von Jasmine Hrdina

**Kufstein** – Übersehen konnte man das Geschehen am Inn nahe dem Autobahnknoten Kufstein-Nord Donnerstagvormittag nicht. Zwei Kräne ragten zum Himmel, hievent gemeinsam metallene Objekte von Lkw ins Wasser. Es handelte sich um die Einzelteile einer Schute – einer Art Kahn, der später Kies transportieren soll. In den kommenden vier Jahren wird die Verbund AG als Betreiber des Kraftwerks Ebbs-Oberaudorf in diesem Bereich bis zu 400.000 Kubikmeter Kies entnehmen. „Speziell bei Hochwasserereignissen sammelt sich vermehrt Geschiebe an. Um die Hochwassersicherheit weiter gewährleisten zu können, muss immer wieder Material entnommen werden“, erklärt Verbund-Projektleiter Johannes Wesemann. Im Vorlauf des Kraftwerks Ebbs-Ober-



Die Schuten wurden in jeweils vier Einzelteilen angeliefert.

audorf sei dies zuletzt von 2008 bis 2011 erfolgt. Projektkosten: mehr als 16 Mio. Euro. Der Verbund besitzt die größte Schiffsflotte in Österreich. Zwei ihrer Schuten mit je einer Länge von 44 Metern und einem Gewicht von je 190 Tonnen mussten in Einzelteilen von der Drau in

Kärnten nach Tirol transportiert werden. Hinzu kommen ein Boot für den Bagger und ein Schubboot, das die Bauteile am Inn positioniert.

Die Bagger werden voraussichtlich in zwei Wochen angeworfen. Wesemann: „Wir können nur im Winter arbeiten, weil es da geringe

Abflüsse gibt. Es ist nicht mit Hochwassern zu rechnen. Außerdem muss der Fischbestand geschützt werden.“ Im April ist also wieder Schluss, Fortsetzung im September. Derweil werden die Kähne wieder an Land gehievt. Der Kies wird von der Firma Bodner am Baustellenareal zwischengelagert und letztlich der Bauindustrie zugeführt, heißt es. Insgesamt umfasst das Areal zwei Hektar Fläche.

Eine Stunde lang dauert es, bis eine Schute mit 250 Kubikmetern Kies gefüllt ist. Bis zu zwölf Meter tief werden sich die Bagger in den Grund des Inns graben. Wird es laut? Wesemann blickt mit hochgezogenen Augenbrauen auf die angrenzende Autobahn. Lkw-Kolonnen rauschen vorbei. Auf der anderen Innseite rattert ein Zug Richtung Oberland. „Wir sind leise im Vergleich zu dem, was rundherum passiert.“



# 4.600 lauschten der Stimme

2023/24 sahen rund 4.600 das Lichtfestival. Leicht rückläufige Gesamtauslastung, aber „unermesslicher Wert“.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Die Lichter auf der Kufsteiner Festung sind erloschen, längst ist auf den alten Gemäuern wieder ein wenig Ruhe eingekehrt. Von 27. Dezember 2023 bis 28. Jänner 2024 war dort die audiovisuelle Inszenierung „Stimme der Burg“ erklungen.

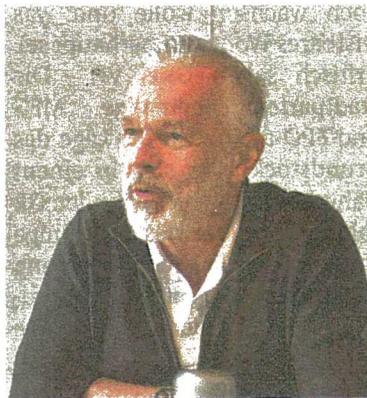
Die Bilanz für die jüngste Ausgabe des dritten Lichtfestivals ist dabei wohl eher mäßig bis durchschnittlich, wenn man sich die Besucherzahlen ansieht. Wie TVB-Obmann Georg Hörhager am Montag, den 19. Februar, mitteilt, konnte man rund 4.600 Besucherinnen und Besucher in



Das Lichtfestival verzeichnete in der Saison 2023/24 rund 4.600 Besucherinnen und Besucher – das sind weniger als in den Vorjahren. Foto: WEISS\_PR/Jureczko

der letzten Saison begrüßen. Damit bewege man sich in etwa im Rahmen der Erwartungen, auch wenn er sich mehr gewünscht hätte. „Mit dem Lichtfestival Kufstein ‚Stimme der Burg‘ ist es uns gemeinsam – Stadt Kufstein und TVB Kufsteinerland – gelungen, ein weiteres kulturelles Highlight zu etablieren. Nach drei Jahren – das Lichtfestival

war nur für drei Jahre programmiert, die Verträge sind heuer planmäßig ausgelaufen – ziehen wir eine positive Bilanz“, so Hörhager. Auch wenn er vor drei Jahren von einem Ziel von 15.000 Besucherinnen und Besuchern gesprochen habe, sei die positive Image-Wirkung der Veranstaltung für die Region hervorzuheben. So fand kürz-



Georg Hörhager zieht trotz allem eine positive Bilanz. Foto: Fluckinger

lich eine weltweite Ausstrahlung einer National Geographic-Dokumentation statt. „Bilder vom Lichtfestival Kufstein und aus dem Kufsteinerland werden für eine Millionenpublikum auf dem Channel Disney+ sichtbar, weil wir es mit dem Lichtfestival Kufstein in die renommierte BBC-Dokumentation ‚Europe from Above‘ geschafft haben. Damit

zählt das Lichtfestival Kufstein zu den Events mit dem höchsten Werbewert, die wir neben der Rad-WM 2018 je hatten“, sagt Hörhager.

## Wie es weitergeht, ist offen

Wie es weitergeht und ob es 2024 ein Nachfolge-Event geben werde, werde sich laut dem TVB-Obmann zeigen. Derzeit werde alles evaluiert, danach wolle man sich mit den zuständigen Verantwortlichen der Stadt beraten, welche Akzente man 2024 strategisch setzen wolle. „Wir wollen so rasch wie möglich Klarheit haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir für unsere Hotels, Restaurants und Beherbergungsbetriebe auch heuer in der sonst eher nächtigungsschwächeren Zeit rund um den Jahreswechsel bei uns im Kufsteinerland ein attraktives Angebot für Gäste als auch Einheimische brauchen“, so Hörhager abschließend.

Berichtsblick  
22.2.2024

Obst- und Gartenbauverein Untere Schranne:

## Aktives und vielfältiges Vereinsleben



Einen äußerst interessanten Vortrag hielt die Rettenschösser Imkermeisterin Maria Koller bei der Versammlung des Obst- und Gartenbauvereins Untere Schranne beim Sattlerwirt in Ebbs.

Nach anschaulichen und nicht alltäglichen Informationen über die Biene, ging Koller auf die invasiven Arten (gebietsfremde Tiere aus dem Ausland) ein. Ihr ging es in erster Linie um die asiatische Hornisse, welche wahrscheinlich als „blinder Passagier“ mit einem Frachtschiff nach Europa gelangt ist. Man weiß mittlerweile, dass es sich dabei um eine einzige Königin gehandelt hat, deren Nachkommen mittlerweile aber enorme Schäden anrichten. Vor allem in Frankreich hat man damit große Probleme. Diese Hornisse frisst Insekten und auch unsere

heimischen Bienen. Wenn diese müde zum Bienenhaus zurückkommen, dann schnappt sich die Hornisse diese. Auffallend ist die Größe dieser Hornisse und vor allem ihre gelben Füße. Wenn solch eine gesehen wird, muss sofort gehandelt werden. Am besten wendet man sich an einen Imker.

### 2024 wird längster Kürbis prämiert

Schriftführerin Magdalena Greiderer schilderte anschließend die Vereinsaktivitäten des Vorjahres. In den fünf Gemeinden wurden 14 Veranstaltungen abgehalten. Sehr erfreulich war das Ergebnis beim Zucchiniwettbewerb des Landesverbandes. Der Bezirkssieger kam vom OGV Untere Schranne, doch Obfrau Margit Glarcher verkündete: „Mein Ziel wäre halt

der Landessieg.“ Vorausschauend erhielt jeder Besucher der Versammlung drei Kürbissamen, denn heuer geht es um den längsten Kürbis.

Eine große finanzielle Herausforderung war die Anschaffung der mobilen Saftpresse. Wobei der Erlös im ersten Jahr aufgrund von weniger Obst nicht besonders hoch war. Heuer werden alle Volksschüler der vierten Klassen und die dritten Klassen der Mittelschule, in allen fünf Gemeinden zum Saftpressen eingeladen. Der Ebbser LA Michael Jäger ging auf den Gemeinschaftsgarten ein, für den die Gemeinde das Grundstück zur Verfügung stellt und der OGV für eine entsprechende Bestellung sorgt. Pepi Stocker, Obmann Grünes Tirol bedankte sich bei den Funktionären für ihre Vorbildwirkung und ihr Engagement. -be-



Links: Pepi Stocker, BGM Elisabeth Daxauer (Niederndorferberg), BGM Christian Ritzer (Niederndorf), Obfrau Margit Glarcher, BGM Georg Kitzbichler (Rettenschöss), LA Michael Jäger, Ehrenobmann Rupert Mayr – Rechts: Imkermeisterin Maria Koller mit Obfrau Margit Glarcher (v.li.)

Fotos: Eberharter

## LA Jäger: „Hundekot ist weder Mist noch Dünger“

KUFSTEIN. Nicht alle Herrchen und Frauchen zählen zu den „Gassi-Sündern“, viele handeln vorbildlich und sammeln mit den Gassi-Säckchen, die weitestgehend in jeder Gemeinde zu finden sind, den Kot ihres Hundes ein. Trotzdem gebe es immer mehr negative Fälle in diesem Zusammenhang, was auch der Zunahme von Hunden in Haushalten geschuldet ist, weiß der Bezirksbauernobmann LA Michael Jäger. Viele denken auch, dass der Kot ihres Hundes ohnehin „natürlich“ ist oder als „Dünger“ fungiert. Wie gefährlich das Liegenlassen der Hinterlassenschaften aber sein kann, wissen die wenigsten. „Hundekot ist weder Mist noch Dünger“, betont Jäger. Denn ein Hund frisst unter anderem viel Fleisch, wohingegen der Mist aus der Landwirtschaft ausschließlich von pflanzenfressenden Tieren erzeugt wird. Hundekot verätzt somit die



**Hundekot kann im schlimmsten Fall zum Tod der Tiere führen.** Foto: Fischler

Grünflächen. „Verunreinigt Hundekot die Futtergrundlage der Tiere, so kann es zu schwerwiegenden Erkrankungen bis hin zur Verendung der Tiere kommen. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Hundehalter dem Trend der Verfütterung von rohem Fleisch (BARF) verschrieben haben. Das ist mitunter Nährboden für die Übertragung von Neosporose, was zu Totgeburten bei Rindern führt“, warnt Jäger.

Bezirksblätter 07.08. Februar 2024

# Das „Gackerl“ soll ins Sackerl

Bezirkshof

7.2.  
2024

Den „Gassi-Sündern“ auf der Spur: Kufstein plant verstärkte Kontrollen mit Strafen bis zu 2.000 Euro.

CHRISTIANE NIMPF

KUFSTEIN, BEZIRK. Wenn der Schnee schmilzt, erblüht nicht nur das grüne Gras wieder, auch das ein oder andere „Häufchen“ kommt dann zum Vorschein. Immer wieder lassen Hundebesitzer den Kot ihres Haustieres achtlos liegen, das zum Ärgernis der anderen Bürger sowie auch der Weidetiere. Erfahrungswerten zufolge seien es besonders Ballungsräume und Umlandgemeinden, in denen sich das „Hundekotproblem“ zuspitzen würde, erklärt Bezirksbauernobmann Michael Jäger. Einen regelrechten Hotspot stellt die Stadt Kufstein dar, weshalb man



Immer mehr Menschen lassen den Kot ihres Hundes achtlos liegen. Dabei zählt Kufstein unter anderem zu den Hotspots der „Gassi-Sünder“.

Foto: Nimpf

gerade hier nun auf konkrete Maßnahmen wie Infokampagnen setzen will, um Unbelehrbare entsprechend abmahnen und strafen zu können, so Jäger. Aber in nahezu jeder Gemeinde des Bezirkes gibt es Strecken und Plätze, die wahre Magnete für Erholungssuchende und ihre geliebten Vierbeiner sind. Entsprechend viele Häufchen sind dann dort auch zu sehen. „Felder und

Wiesen dienen zur Lebens- und Futtermittelproduktion und sollen weder zertrampelt noch verunreinigt werden. Darüber hinaus hat dieser verunreinigte Grund und Boden immer auch einen Besitzer“, stellt Jäger klar.

## Bis zu 2.000 Euro Strafe

Die Stadt Kufstein kennt die Problematik mit den Hinterlassenschaften der Vierbeiner, was bei

derzeit 609 gemeldeten Hunden dementsprechend viele „Häufchen“ bedeutet. Obwohl die Stadt ein sehr dichtes Netz an Gassisackerl-Spendern hat (etwa 150 im gesamten Stadtgebiet), gebe es nach wie vor unbelehrbare Hundehalter. So entstehe immer wieder ein großer Schaden durch Zuwiderhandlung auf landwirtschaftlichen Flächen, was mit unappetitlichen Erlebnissen für Bauhofmitarbeiter einhergehe, erzählt Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragte der Stadt Kufstein, Daniela Nagele. Kufstein will deshalb verstärkt gegen die Verschmutzung durch Hundekot vorgehen und diesbezügliche Vergehen sanktionieren. „Vor allem in nächster Zeit ist von Seiten der Stadtpolizei geplant, im Rahmen einer Schwerpunktaktion verstärkt Kontrollen durchzuführen. Es gibt Verwaltungsstrafen bis zu 2.000 Euro. Bevor man aber

Strafen ausspricht, wird sehr stark auf Kommunikation gesetzt“, erklärt Nagele.

## Weitere Maßnahmen gesetzt

„Bewusstseinsbildung ist auch in dieser Angelegenheit das oberste Gebot“, betont LA Jäger. Deshalb versuche man immer wieder über Medien oder Hinweistafeln über die Problematik aufzuklären. Entsprechend viele Gassi-Stationen, je nach Gemeinde, seien dahingehend eine der wichtigsten Maßnahmen. Auch in Kufstein will man die Gassisackerl-Automaten weiter ausbauen, um die Situation zu verbessern. Außerdem können sich die Kufsteiner Vierbeiner bald auf einen ungestörten Freilauf freuen. „Die Errichtung einer Hundewiese ist bereits beschlossen und wird gerade umgesetzt. Für die Zukunft ist die Schaffung von weiteren Hundewiesen geplant“, so Nagele.

# BH Kufstein hat ab Juli 2024 einen neuen Chef

Der derzeitige Bezirkshauptmannstellvertreter an der BH Innsbruck Kurt Berek löst Christoph Platzgummer ab.

**BARBARA FLUCKINGER**

KUFSTEIN. Seit 1. Februar 2014 ist Christoph Platzgummer Bezirkshauptmann in Kufstein. Nach zehn Jahren des Wirkens in dieser Position begibt er sich mit 1. Juli 2024 nun in den Ruhestand. Die Tiroler Landesregierung hat am Dienstag, den 23. Jänner, beschlossen, wer die Nachfolge antreten wird. Der neue Chef der Bezirkshauptmannschaft in Kufstein heißt Kurt Berek, der aktuell Bezirkshauptmannstellvertreter an der BH Innsbruck ist. Mit Juli wird er die Leitung der Bezirkshaupt-



**Der gebürtige Kufsteiner Kurt Berek wird Chef der BH.** Foto: Land Tirol/Sidon

mannschaft Kufstein übernehmen, wobei er mit dann 35 Jahren der jüngste Bezirkshauptmann in der Geschichte Tirols werden wird. „Ich freue mich, dass mit Dr. Kurt Berek ein versierter Jurist, engagierter Landesbediensteter und gebürtiger Kufsteiner diese Position übernehmen wird. Trotz oder gerade wegen seines jungen Alters bin ich überzeugt davon, dass er



**Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer übergibt im Juli.** Foto: Fluckinger

mit seiner fachlichen Kompetenz, seiner Erfahrung in unterschiedlichen Funktionen in- und außerhalb des Landesdienstes und seinen frischen Ideen die Bezirkshauptmannschaft professionell leiten wird. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und wünsche ihm für seine neue Aufgabe alles Gute“, sagt Landeshauptmann Anton Mattle.

Bezirksblatt Kufstein 31.01.10.02.2024

## Bayerische Gäste zieht es immer öfter ins Kufsteinerland

**Kufstein** – 400 Tage lang führt Sabine Mair nun den Tourismusverband Kufsteinerland im Alleingang. Zeit für ein erstes Resümee: „Es ist generell nicht die Zeit für Luftsprünge, aber das Kufsteinerland entwickelt sich nachhaltig sehr positiv“, sagt die 58-Jährige.

Im Sommer gab es heuer mit 424.100 Nächtigungen ein Plus von 1,5

Prozent. Seit Beginn des Jahres waren es um 8,1 Prozent (48.192 Nächtigungen) mehr. Vor allem bei Gästen aus Bayern werden die Festungsstadt und die Ortschaften im Umkreis immer beliebter. Mair lobt das Zusammenspiel der Branchen. „Mit der Attraktivität unserer Region und tollen Arbeit der Betriebe sowie einem vielseitigen und hochwer-

tigen Angebot für Kultur-, Sport-, Kulinarik- und Naturerlebnisse konnten wir punkten. Zudem hat uns das prächtige Wetter in die Karten gespielt.“

Obmann Georg Hörhager blickt mit Besuchermagneten wie den Weihnachtsmärkten, dem Lichtfestival auf der Burg und den Winterfestspielen Erl optimistisch in die Wintersaison. (TT)



TVB-Obmann Georg Hörhager und GF Sabine Mair freuen sich über ein leichtes Nächtigungs-Plus.

Foto: TVB Kufsteinerland/Jureczko

## Jungbauernschaft/Landjugend Bezirk Kufstein unter neuer Führung

**A**lle drei Jahre wählt die größte und aktivste Jugendorganisation – die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend – im Bezirk Kufstein ihre Vertreter auf Orts-, Gebiets- und Bezirksebene. Der wiedergewählte Bezirksjungbauernobmann heißt Andreas Kronbichler und kommt aus Ebbs. Zur neuen Bezirksleiterin wurde Isabella König aus Ellmau gewählt. Die Bezirksgeschäftsführung übernimmt Andreas Duregger aus Ebbs.

Ein volles Haus und gute Stimmung – die Jungbauernschaft/Landjugend des Bezirkes Kufstein traf sich in Kirchbichl, um Rückschau auf die vergangene dreijährige Funktionsperiode zu halten und die Funktionen auf Bezirksebene neu zu besetzen. „Wir haben viel bewegt. Den Abschluss bildeten jetzt die erfolgreichen Neuwahlen. In allen 32 Ortsgruppen wurden ohne Probleme die neuen Funktionäre bestimmt, die Verantwortung für junge Menschen in ihrem Dorf übernehmen“, freuen sich die neuen Bezirksobleute Isabella und Andreas. Sie vertreten den Bezirk Kufstein jetzt auf Landesebene. Besonders erfreulich ist

die Tatsache, dass sich neben erfahrenen Ausschussmitgliedern auch zahlreiche junge Ausschussmitglieder im Bezirk finden. „Es ist schön zu sehen, dass immer mehr junge Menschen in unseren Gemeinden bei der JB/LJ dabei sein wollen und gemeinsam mit Gleichgesinnten etwas im ländlichen Raum bewegen wollen“, freuen sich sowohl die scheidenden als auch neu gewählten Bezirksverantwortlichen.

Als neuer Bezirksgeschäftsführer wurde Andreas Duregger aus Ebbs ernannt. Als neue Stellvertreter des Bezirksobmannes sind Maximilian Werlberger aus Thiersee und Georg Horngacher aus Angath tätig. Bei den Mädchen fungieren Theresa Ritzer aus Niederndorf und Lisa Kaindl aus Schwoich als Stellvertreterinnen der Bezirksleiterin. Gemeinsam wollen sie nach den sieben Schwerpunkten der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend (Gesellschaft und Familie, Umwelt und Lebensraum, Bildung und Beruf, Landwirtschaft, Religion und Kultur, Soziales, Gemeinschaftspflege) allen Mitgliedern ein spannendes und abwechslungsreiches Programm bieten.



**V. l.:** Georg Horngacher, Maximilian Werlberger, Isabella König, Andreas Kronbichler, Andreas Duregger, Lisa Kaindl und Theresa Ritzer

Foto: JB/LJ Bezirk Kufstein

# Bezirks-Herbstkonferenz des Bauernbundes in Wörgl

Jährlich lädt der Bauernbund zur Herbstkonferenz, um über die aktuellen politischen Themen zu informieren und mit den Bauern in Austausch zu treten. Vergangenen Donnerstag, 9. November, konnte Gastgeber und Bezirksbauernobmann LA Michael Jäger gemeinsam mit Bauernbundobmann LH-Stv. Josef Geisler und LK-Präsident Josef Hechenberger mehr als 100 Besucher im Saal der Tirol Milch Wörgl begrüßen.

Jäger zeigte sich mit den landwirtschaftlichen Erträgen im Bezirk Kufstein im Sommer und im Herbst grundsätzlich zufrieden und ist erfreut über die Investitionsbereitschaft der Bauern: „Wir konnten im vergangenen Jahr in den Bezirken Kufstein, Kitzbühel und Lienz 70 Bauberatungen abschlie-



V. l.: Bauernbunddirektor Dr. Peter Raggl, Bezirksbauernobmann LA Michael Jäger, Bauernbundobmann LH-Stv. Josef Geisler und LK-Präsident NR Josef Hechenberger  
Foto: Wundara

ßen. Es freut uns, dass speziell die Jungbauern motiviert sind, zu investieren.“ Dazu hebt der Bezirksbauernobmann das neue Impulsprogramm für die heimische Landwirtschaft hervor, welches für die Jahre 2024 bis 2027 jährlich zusätzlich € 90 Millionen Euro für Maßnahmen der gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung stellen wird. „Inklusive des Landesanteils gehe ich von einem Plus von € 10 Mio. für Ti-

rols Bauernfamilien aus. Denn die zusätzlichen Mittel sind im Wesentlichen für die umweltgerechte Bewirtschaftung sowie für den Ausgleich von Benachteiligungen im Berggebiet reserviert. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Landwirtschaft im Land“, konkretisiert Geisler.

## Konsumverhalten

Nachdenklich stimmen Hechenberger Umfrageergebnisse

der AMA: Die Teuerungswelle habe demzufolge auch das Konsumverhalten der Menschen beeinflusst. „Während vor wenigen Jahren noch 40 % der Befragten nach Angeboten und Aktionen gekauft haben, so waren es im ersten Halbjahr 2023 bereits 60 %.“ Lt. dem LK-Präsidenten brauche es weiterhin sehr viel Bewusstseinsbildung über den Mehrwert regionaler Erzeugnisse und den Stellenwert gesunder Lebensmittel. „Ich erlebe immer wieder, dass Menschen beim täglichen Konsumverhalten teilweise irrational handeln. So wird beklagt, wenn ein Stück Butter oder ein Liter Milch um ein paar Cent teurer wird, wenn jedoch das Kilo Schweinsohren als Kauartikler für den geliebten Vierbeiner daheim € 37,- pro Kilo kostet, wird beim Kauf nicht mit der Wimper gezuckt“, ergänzt Jäger.

KUFSTEINBLICK

15. NOVEMBER 2023

# Tourismusverband und Kufsteinerland-Gemeinden regeln Finanzmittelzuteilung für touristische

## Infrastrukturmaßnahmen neu

**D**ie Bürgermeister der Kufsteinerland-Gemeinden Ebbs, Erl, Bad Häring, Langkampfen, Niederdorf, Niederdorferberg, Schwoich, Thiersee und der Stadt Kufstein haben sich gemeinsam mit dem Tourismusverband Kufsteinerland auf eine neue Finanzmittelzuteilung für notwendige touristische Infrastrukturmaßnahmen in den Gemeinden geeinigt. Diese neue „Infrastrukturvereinbarung“ regelt, wie viel Geld die Gemeinden jährlich für touristische Infrastrukturmaßnahmen vom TVB bekommen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung fand kürzlich in Kufstein statt.

Wie viel Geld jede Kufsteinerland-Gemeinde jährlich vom Tourismusverband für touristische Infrastrukturmaßnahmen

im jeweiligen Gemeindegebiet erhält – etwa für Wegerhaltungsarbeiten, Sanierungen von Wanderwegen bei Unwetterschäden, Instandsetzungsarbeiten von Radwegen, Loipen oder Rodelbahnen –, ist neu geregelt. Bisher war die Berechnung der Finanzierung komplex und uneinheitlich geregelt; für jede Gemeinde galten für die Berechnung bisher eigene Bestimmungen sowie unterschiedliche und möglichen Schwankungen unterworfenen Berechnungsfaktoren. Das komplizierte, uneinheitliche Procedere ist Geschichte: Die jeweilige Gemeindefläche liefert ab sofort den Zuteilungsschlüssel für die Gelder. Die von TVB-Obmann Georg Hörhager und TVB Geschäftsführerin Sabine Mair vorgeschlagene und ausverhandelte Neuerung bringt wesentliche Vorteile:

- Die einheitliche Berechnung macht die Zuteilung der Gelder schneller, effizienter und transparenter.
- Planungssicherheit: Gemeinden können sich auf eine kon-

stante Finanzierungsgrundlage verlassen.

- Infrastrukturmaßnahmen können für die Menschen vor Ort schneller umgesetzt werden.
- Gerechtigkeit: Die Gemeinden im Kufsteinerland erhalten eine ausgewogene Unterstützung.

TVB-Geschäftsführerin Sabine Mair: „Wir haben gesehen, dass bei unerwarteten Extremereignissen wie der Pandemie und damit verbundenen Gästerausfällen oder ungewöhnlich schlimmen Unwetterschäden mit der alten Berechnungsmethode starke, nachteilige Ungleichgewichte und Schwankungen bei der Mittelzuteilung auftreten können. Das ist nun ausgeschlossen; mit der jeweiligen Gemeindefläche als Schlüssel für die Finanzmittelzuteilung haben wir uns auf eine gemeinschaftliche Lösung geeinigt, die allen Gemeinden im Kufsteinerland Planungssicherheit für die Gemeindebudgets gibt und absolut fair ist.“ Für TVB-Obmann Georg Hörha-

ger zeigt der neue, innovative Weg, „dass die Kufsteinerland-Gemeinden bei der Entwicklung der Region für Konsens und ein starkes Miteinander statt für Kirchturmdenken stehen. Es ist eine sehr gute und partnerschaftliche Lösung gelungen, von der alle Menschen profitieren, die im Kufsteinerland leben, lernen, arbeiten oder urlauben.“

Die neue Infrastrukturvereinbarung tritt mit 1. Jänner 2024 in Kraft.



**V. l.:** Die Bürgermeister Rainer Fankhauser (Thiersee), ÖkR Christian Ritzer (Niederndorf), TVB-Geschäftsführerin Sabine Mair, Hermann Ritzer (Bad Häring), Mag. Martin Krumschnabel (Kufstein), Georg Aicher-Hechenberger (Erl), Elisabeth Daxauer (Niederndorferberg), ÖkR Josef Ritzer (Ebbs), TVB-Obmann Georg Hörhager, Andreas Ehrenstrasser (Langkampfen) und Peter Payr (Schwoich). **Foto:** Kufsteinerland/Thorben Jureczko



**TVB Kufsteinerland Vollversammlung.** V. l.: Geschäftsführerin Sabine Mair und Obmann Georg Hörhager präsentierten einen Überblick über die Tätigkeiten des Verbandes. Foto: Pierzinger

## TVB Kufsteinerland verschiebt Erhöhung der Kurtaxen

Bei der Vollversammlung des TVB Kufsteinerland, zu der etwas mehr als 50 Mitglieder kamen, konnte Obmann Georg Hörhager von einem schönen Plus für 2023 berichten - und das obwohl die Prognosen nicht gut aussahen: „Die wiedergewonnene uneingeschränkte Reisefreiheit, die große Lust der Gäste auf ihre Lieblingsplätze bei uns im Kufsteinerland, ihre Sehnsucht nach Kultur, Sport, Kulinarik und Natur sowie die Umtriebigkeit unserer Tourismusbetriebe führten zu einem guten Ergebnis und zu Steigerungen bei den Nächtigungen.“ Hörhager gab auch am Anfang der Versammlung bekannt,

dass die Kurtaxen doch nicht wie im letzten Jahr angekündigt erhöht werden: „Das wird aber nächsten Jahr nötig werden“. Damit will man unter anderem auch das Ungleichgewicht zwischen Pflichtbeiträgen und Kurtaxen ausgleichen.

„Das ist eine unbezahlbare kostenlose Werbung für uns“, so TVB Kufsteinerland Geschäftsführerin Sabine Mair zu einem National Geographic Beitrag, der über das Lichtfestival der Festung Kufstein berichtet. Der Beitrag wird in Kürze auch in Europa auf Disney+ zu sehen sein, in vielen anderen Ländern wurde er bereits ausgestrahlt und erreichte ein breites Publikum.

Dementsprechend schauen auch die Zahlen im Gebiet des TVB Kufsteinerland aus. Gegenüber 2022 konnten die Nächtigungen im Zeitraum von 1. Jänner bis 31. Oktober um 49.589 (von 660.139 auf 709.728) und die Ankünfte um über 10 % erhöht werden. Auch finanziell schaut es gut aus - so konnte das Eigenkapital von 3,6 Mio. auf 5,6 Mio. aufgestockt werden.

Für die kommenden Saisons wird mit weiteren Zuwächsen gerechnet. „Wir können zuversichtlich in den Winter 2023/24 blicken“, so Aufsichtsratsvorsitzender Mag. Helmut Naschberger bei der Vollversammlung.



# „Wir müssen als Euregio Position beziehen“

Euregio Inntal feiert 25-Jahr-Jubiläum. Präsident Christoph Schneider bangt um die EU-Wahl und will öfter „den Mund aufmachen“.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Grenzen können oft unüberwindbar erscheinen, vor allem, wenn sie im Kopf gezogen werden. Als die Euregio Inntal vor 25 Jahren ihre Arbeit begann, um diese Grenzen abzubauen, war vieles noch neu in der europäischen Zusammenarbeit, erst wenige Jahre zuvor, 1995, war Österreich der Europäischen Union beigetreten.

Daher ging es der Euregio und 68 Gemeinden in Tirol (Bezirk Kufstein und Kitzbühel) und Bayern um das Fördern, Unterstützen und Koordinieren der Zusammenarbeit. Eine Vielzahl an Projekten wurde seither diesem Motto entsprechend initiiert, umgesetzt oder unterstützt. 25 Jahre nach der Euregio-Gründung ist die EU-Euphorie gedämpft, laut einer Umfrage sehen nur noch 42 Prozent der Österreicher die Mitgliedschaft positiv, in Deutschland sind es 68 Prozent.

Was heißt das für die Euregio Inntal? „Zum einen, die Errungenschaften der letzten 25 Jahre aufzuzeigen, was uns die EU gebracht hat. Wir müssen aber auch nächstes Jahr politischer sein. Mehr Position beziehen zu den Fehlern und nicht nur als Förderplattform gelten, sondern auch den Mund aufmachen“, sagt Euregio-Präsident Christoph Schneider. Um der EU-Müdigkeit entgegenzuwirken, „braucht es aber auch den Schulterchluss auf allen Ebenen“, erklärt Schneider. „Es passiert sehr viel Positi-



Euregio-Ehrenpräsident Walter J. Mayr, Geschäftsführerin Esther Jennings und Präsident Christoph Schneider blättern in der Broschüre, die anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums herausgegeben wurde.

Foto: Otter

ves, aber du brauchst nur eine böse Schlagzeile über einen Streit zwischen Bayern und Tirol, und alles ist wieder weg“, befürchtet der 1. Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Neubeuern.

## Strategie für Grenzraum

Für ihn seien auch Informationsveranstaltungen in Blickrichtung EU-Wahl wichtig. „Das ist teilweise überhaupt kein Thema in den Gemeinden“, sagt Schneider. Daher sei es wichtig, dass die Bürgermeister, die in der Euregio mitarbeiten, zu den Leuten sagen: „Geht zur Wahl.“ Oder fragen: „Habt ihr euch Gedanken darüber gemacht?“

Es sind viele kleine Dinge, mit denen die Euregio das Fundament für das Zusammenwachsen legen will. Geschäftsführerin Esther Jennings erinnert da an die Grenzraumstrategie, die den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, aber auch die Zusammenarbeit der grenznahen Wirtschaft vorsieht. Und Ehrenpräsident Walter J. Mayr aus Kufstein bewertet die Schulinitiativen als wirkungsvoll, mit denen Jugendliche angesprochen werden können.

Das Thema Verkehr wird eine Herausforderung bleiben. Nur eines sieht der Euregio-Präsident bei Weitem nicht so negativ, wie es zuweilen

erscheint: die Stimmung in Bayern zum Bahnausbau in Richtung Brennerbasistunnel. „Dass es Leute gibt, die eine vernünftige Lösung wollen und sich darum bemühen, ist ja nichts Schlechtes“, erklärt Schneider. Er glaubt nicht, dass es im bayerischen Inntal einen derart großen Widerstand gibt, „der etwas kippen kann. Es ist nicht so, dass alle Bayern gegen den Nordzulauf sind.“ Man werde am Verkehrsthema dranbleiben „und auf Probleme aufmerksam machen, aber uns fehlt die Handhabe, etwas zu ändern“, ergänzt Walter J. Mayr.

# Untere Schranne feiert mit Krippenbauverein

**Festakt am Vorabend der dreitägigen Weihnachts-Krippenausstellung im Gemeindesaal in Niederndorf.**

FRIEDL SCHWAIGHOFER

NIEDERNDORF. Der Krippenbauverein „Untere Schranne“ feierte am vergangenen Wochenende an vier Tagen sein 25-Jahr-Jubiläum. Am Vorabend der auf zwei Ebenen im Gemeindesaal und der Turnhalle Niederndorf stattfindenden und drei Tage andauernden Weihnachtskrippen-Ausstellung feierte der Verein mit geladenen Gästen sein Bestandsjubiläum. Anwesend waren die Bürgermeister der Gemeinden der Unteren Schranne von Walchsee, Niederndorf, Rettenschöss und Ebbs so-



**Weihnachtskrippen-Ausstellung von Freitag bis Sonntag.** Foto: Schwaighofer

wie Pfarrer Thomas Schwarzenberger. Hoch erfreut zeigte sich der Vorstand des Krippenvereins mit Obmann Hermann Thaler, Jonny Miller, Sebastian Kolland und Josef Ritzer über den Besuch des Obmanns des Landeskrippenverbandes Tirol, Oswald Gapp, und seines Stellvertreters Alois Aufschnaiter, die sich als Gratulanten einstellten.



**Besuch in Niederndorf vom Landeskrippenverband Tirol.**



**Vorstand des Krippenvereins Untere Schranne.** Fotos (2): J. Weber

# Gutes vom Apfel



Im Pfarrsaal in Erl fand kürzlich der Workshop „Kreative Apfelköstlichkeiten“ mit der Walchseer Diplom Pädagogin Andrea Planer ([www.koch-regional.at](http://www.koch-regional.at)) statt. Unter dem Motto „Der Körper braucht's - der Apfel hat's“ präsentierte sie eine Vielzahl von Rezepten. Die vitalen Inhaltsstoffe des Apfels sprechen für die gesundheitliche Wirkung und für die

Verwendung in der Küche. Kreative Rezeptideen wurden gleich umgesetzt und sollten zeigen, wie vielfältig Äpfel zubereitet werden können.

Von herzhaften und süßen Hauptspeisen, Partysnacks, Chutneys zu Käse sowie Dessertvariationen war alles dabei.

-be-



Andrea Planer weiß, wie man Äpfel in der modernen und traditionellen Küche zubereitet



Einige Teilnehmerinnen des Apfel-Workshops

## Tourismusverband Kufsteinerland – Erfreuliches Tourismusjahr 2023:

# Rück-/Ausblick positiv – Ortstaxe bleibt gleich



Für das laufende Geschäftsjahr 2023 legte der TVB Kufsteinerland positive Zahlen und eine gute Entwicklung vor, „mit der alle Mitglieder in diesen durchaus herausfordernden Zeiten zufrieden und auch stolz sein können“, so TVB-Obmann Georg Hörhager. „Die große Sehnsucht der Gäste nach Kultur, Sport, Kulinarik und Natur sowie die Umtriebigkeit unserer Tourismusbetriebe führten zu einem guten Ergebnis und zu Steigerungen bei den Nächtigungen.“

Bis 31.10.2023 verzeichnete man in den Kufsteinerland-Gemeinden Bad Häring, Ebbs,

Erl, Stadt Kufstein, Langkampfen, Niederndorf, Niederndorferberg, Schwoich und Thiersee 709.728 Nächtigungen, das sind im Vergleich zum Vorjahr 49.589 Nächtigungen mehr (+7,5 %). Im Sommer 2023 freuten sich die Tourismusbetriebe über 487.832 Nächtigungen (+1,45 %). Deutsche Gäste führen die Herkunftsstatistik im Kufsteinerland an, deutlich vor Österreich, den Niederlanden, der Schweiz & Liechtenstein und Polen.

Heuer haben so viele Gäste wie noch nie wegen der Kulturveranstaltungen in die Region. Mehr als 20.000 Menschen besuchten allein die großen

und über die Landesgrenzen hinaus bekannten Kulturevents wie die Tiroler Festspiele Erl, den Musicalsommer Sommer, das Kufstein Music Festival oder Kufstein unlimited.

### Highlights 2023

Zahlreiche Maßnahmen wurden erfolgreich umgesetzt: die mobile Tourist-Information, das Einbinden der Interessensgruppen in die Programmentwicklung, die Nachhaltigkeitskoordination für die Region, die Mitgliedschaft bei EUREGIO und INTERREG, die Kooperation mit „Kaiserweis – Verein für die regionale Vermarktung“, das Almsymposium Tirol-Bayern oder die erstmalig im Kufsteinerland durchgeführte internationale MICE-Tagung „Destination Camp“ (erstmalig als Green-Event).

Die nach Teilnehmerzahlen erfolgreichsten Sportevents waren der Kufsteinerland Radmarathon (1000 TN), der Koasamarsch in Ebbs (630 TN), der Thiersee Triathlon (466 TN), Hechtsee X-Treme (282 TN), das Austrian Youth Open Kufstein (300 TN).

### Ortstaxe: vorerst keine Erhöhung

Die im Vorjahr für 2024 angekündigte Erhöhung der Ortstaxe kommt vorerst noch nicht. Georg Hörhager: „Wir sind uns einig: die Erhöhung muss kommen. Sie ist vorerst aufgeschoben, um die Tourismusbetriebe nicht zusätzlich zu belasten. Zurzeit haben wir 2 Euro Ortstaxe, wirtschaftlich notwendig aufgrund der Teuerungen wären eigentlich 3,50 Euro. Wir sollten das zeitnah mit Selbstbewusstsein angehen; die angepeilte Höhe ist zumutbar.“

-red-



Obmann Georg Hörhager, Geschäftsführerin Sabine Mair, AR-Vorsitzender Helmut Naschberger

Foto: TVB/Thorben Jurczeko

**25 Jahre Krippenbauverein Untere Schranne:**

**Ausstellung und Feierlichkeit zum Jubiläum**



Es war eine besondere Krippenausstellung, die am vergangenen Wochenende im Gemeindesaal in Niederndorf stattfand. Vor 25 Jahren wurde der Krippenbauverein gegründet und aus all den Jahren waren tolle Krippenkreationen zu sehen. Die Segnung der Krippen und ihren Erbauern nahm Pfarrer Thomas Schwarzenberger vor. In 30 Kursen wurden in diesen Jahren über 300 Krippen gebaut. Angefangen hat alles mit dem damaligen Schuldirektor Norbert Stadler, der als erster Obmann fungierte und dieses Amt viele Jahre lang ausübte. Die sechs Gemeinden

der Unteren Schranne – Ebbs, Erl, Niederndorf, Niederndorferberg, Rettenschöss und Walchsee – sind nach wie vor in diesem Verein geeint, unterstützt wird dieser von 280 zahlenden Mitgliedern und die Gemeinden stellen Räumlichkeiten zur Verfügung. Die Ausstellung findet daher immer in einer anderen Gemeinde statt. Seit 2020 ist Hermann Thaler Obmann. Bereits seit einigen Jahren zeichnet sich der Trend zu heimatlichen Krippen ab und immer mehr Frauen betätigen sich als Krippenbauer. Auch die Materialien haben sich mit den

Jahren verändert. Heute werden Krippen beispielsweise aus Holz mit Styropor ähnlichen Materialien hergestellt, wodurch die Krippen nicht mehr so schwer sind.

Der Krippenbauverein Untere Schranne hat für die Kirchen in Ebbs, Niederndorf, Erl und Walchsee bereits Krippen gebaut. Zum diesjährigen Jubiläumsjahr wurde die Kapelle in Rettenschöss mit einer Krippe ausgestattet und auch für das Altenwohnheim in Ebbs wurde eine zusätzlichen Kastenkrippe angefertigt.

-be-



Der Vereinsvorstand Untere Schranne: Jonny Miller, Hermann Thaler, Sebastian Kolland, Josef Ritzer



Die Bürgermeister von Walchsee, Niederndorf, Rettenschöss, Ebbs mit Pfarrer Thomas Schwarzenberger, Obmann Hermann Thaler



Die heuer gebaute Krippe für die Kapelle in Rettenschöss



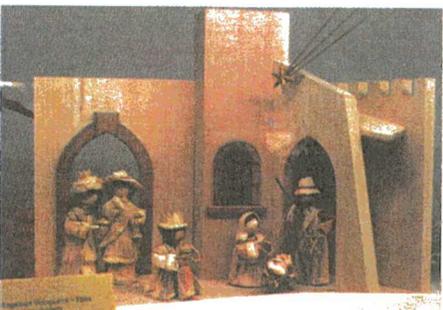
Gründungsobmann Norbert Stadler mit Obmann Thaler vor Stadlers erster Krippe



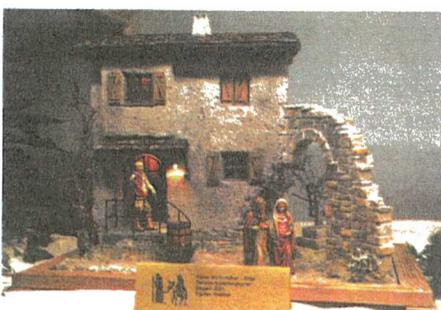
Gratulationen vom Landeskrippenverband überbrachten Obmann Oswald Gapp (re.) und Stv. Alois Aufsnaiter (li.)



Krippencreation von Helmut Moser, Walchsee



Holzkippe mit Maisstroh-Figuren von Engelbert Vinciguerra, Ebbs



Herbergssuche von Bruno Hafner, Ebbs



Hans-Peter Ritzer, Ebbs nahm Rattenberg als Kulisse  
Fotos: Krippenverein & Eberharter

# Raiffeisen Bezirksbank Kufstein ehrt langjährige Mitarbeiter:innen



**Vorstand und Betriebsrat** gratulieren für 10 und 15 Jahre Jubiläum



**Ehrungen** für 20, 25 und 30 Jahre

Fotos: Raiffeisen

**L**angjährige, bestens ausgebildete Mitarbeiter:innen sind der Motor und das Herz eines Unternehmens. Die Raiffeisen Bezirksbank Kufstein lud aus diesem Anlass am 3. November zu einem gemeinsamen Festabend in den Kaiserhof in Ellmau, um sich für deren Treue zu bedanken.

Rund 200 Mitarbeiter:innen und 18 Bankstellen zählt die starke Regionalbank mit Sitz

in Kufstein. Eine offene Unternehmenskultur, in der jeder Teil des Ganzen ist und mit seinem Einsatz und seinen Fähigkeiten zum Erfolg des Unternehmens beiträgt, ist ein wesentlicher Teil der Unternehmensphilosophie.

Auf die stolze Summe von insgesamt 530 Dienstjahren voll vorbildlichem Engagement und Loyalität verwies Mag. David Bramberger, Vorstand der Raiffeisen Bezirksbank Kufstein, in seiner Festansprache. Diese Treue verdient eine besondere

Anerkennung. Geehrt wurden 23 Jubilarinnen und Jubilare, die seit 10 bis stolzen 40 Jahren der Raiffeisenbank eng verbunden sind.

Der Vorstand überreichte gemeinsam mit Bernhard Anker, Obmann des Betriebsrates, und Andrea Ager von der Arbeiterkammer Tirol Urkunden und Präsente.

### Danke an die Pensionistinnen

Mit den besten Wünschen für den neuen Lebensabschnitt

wurden an diesem Abend auch zwei Mitarbeiterinnen in die Pension verabschiedet. Ihr Einsatz und Engagement über Jahrzehnte wurde von Vorstand und Betriebsrat gebührend gewürdigt.

Begleitet wurde der gesellige Abend von einem exquisiten Menü im wunderbaren Ambiente des Gourmet-hotels Kaiserhof. Weitere Infos: [www.rbk.at/mitarbeitererehrungen](http://www.rbk.at/mitarbeitererehrungen)

- Anzeige



**Ehrungen** für 35 und 40 Jahre



**Verabschiedung** von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen in die wohlverdiente Pension

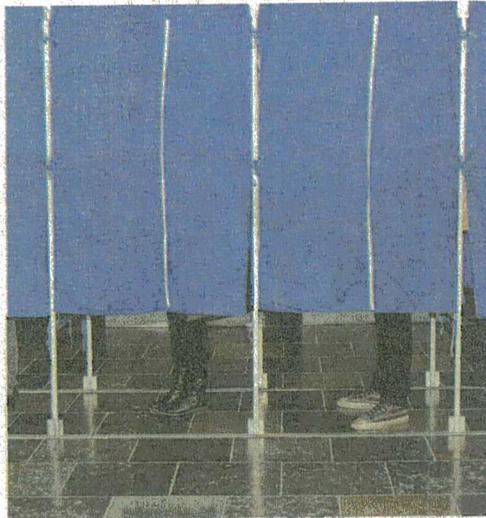
## 110 Jahre Naturfreunde Kufstein

Bei herrlichem Spätsommerwetter wanderten die Naturfreunde Tirols am 9. September zum Hans Berger Haus ins Kaisertal, um dort das 110-jährige

Bestehen der Ortsgruppe Kufstein zu feiern und die langjährige Pächterin, Hüttenwirtin und „Wilde Kaiserin“ Silvia Huber in die Pension zu verabschieden.



**V. l.:** Vize-Bgm. Beate Astner-Prem, Michael Harasser, Silvia Huber, Obfrau Rosi Ott, Bgm. Josef Ritzler und Hanspeter Gärtner **Foto: Klara Nagy**



In der Wahlzelle: Bei den bundesweiten Wahlen kommt heuer erstmals eine neue Logistik für Wahlkarten zur Anwendung. Foto: imago

## Doppelwahl: „Problem ist der Faktor Mensch“

Legt es die ÖVP auf gemeinsame  
Nationalrats- und EU-Wahlen am  
9. Juni an? Rechtlich wäre das denkbar.  
Es wäre aber anfällig für Fehler.

Von Wolfgang Sablatnig

Wien – Robert Stein ist wieder mit seinem Lebensthema unterwegs. Der frühere Leiter der Wahlabteilung im Innenministerium ist seit einem Jahr in Pension. Derzeit tourt er dennoch durch die Länder, um Beamtinnen und Beamte für die bundesweiten Wahlen dieses Jahres zu schulen. Neuerungen im Wahlrecht, die noch Stein entwarf, kommen erstmals zur Anwendung. Sie sollen trotz vieler Wahlkarten schon am Wahlabend ein möglichst korrektes Ergebnis sicherstellen. Der Preis dafür sind komplexe Abläufe. Diese sind es auch, die bei einer Zusammenlegung von EU- und Nationalratswahlen zum Risiko werden könnten.

Die EU-Wahl findet in ganz Europa am und vor dem 9. Juni statt. Offen ist der Termin für die Nationalratswahl: Die letzte Möglichkeit ist der 29. September. In der ÖVP gibt es aber Stimmen, die schon im Frühjahr wählen wollen. Am 26. Mai etwa. Oder am 9. Juni, dem Tag der EU-Wahl. Die für heute angesetzte Rede von Parteichef Bundeskanzler Karl Nehammer gibt den Spekulationen Auftrieb.

„Rechtlich wäre eine Zusammenlegung möglich. Logistisch ist es eine große Herausforderung und mit einem großen Anfechtungsrisiko behaftet“, erklärt Stein.

Die erste Folie seines Vortrags zum Wahlrecht lieferte die Begründung für seine Aussage. Unzählige rote und blaue Pfeile zeigen die möglichen Wege der Wahlkarten zwischen Wählerinnen und

Wählern, Gemeinden, Wahlspargeln und Wahlbehörden. Quer durch Österreich müssten Wahlbehörden in den Tagen vor der Wahl Tausende Wahlkarten-Pakete mit ebenso vielen „Packzetteln“ zusammenstellen und prüfen. Bei zwei Wahlen an einem Tag würde sich der Aufwand verdoppeln – ohne dass der Vorgang jemals erprobt worden wäre. Offensichtliche Fehler der Wahlbehörden könnten Anlass für eine Wahlanfechtung beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) bieten.

„Das Problem ist der Faktor Mensch“, fasst Stein zusammen. Auch der Wahlvorgang selbst berge Risiken, sowohl in der Wahlzelle als auch bei der Briefwahl zuhause. Im schlechtesten Fall könnten in die falschen Kuverts gesteckte Stimmzettel dazu führen, dass die Stimme für beide Wahlen nichtig ist. Die Verwechslungsgefahr steigt, weil die Kuverts laut geltendem Recht für beide Wahlen blau sein müssten – bei zwei Stimmabgaben an einem Tag dann eben hell- und dunkelblau.

Und warum muss der Vorgang mit den Paketen, Wegen und Packzetteln so kompliziert sein? „Die Vorgaben der Politik sind anders nicht zu erfüllen“, sagt Stein. Diese Vorgaben sind eine Reaktion auf die zunehmende Zahl von Wahlkarten. Das Ergebnis soll dennoch schon am Wahlabend so genau wie möglich feststehen. Außerdem soll trotz Wahlkarten ein Ergebnis bis auf Spargel- und Gemeindeebene herunter ausgewertet werden.

TT, 26.01.2024

## PLÄNE „UNREALISTISCH“

Streit um  
Freizeitpädagogik

Der Plan von der Bundesregierung, die Freizeitbetreuung in der Assistenzpädagogik aufgehen zu lassen, stößt nicht nur bei den betroffenen Angestellten selbst, sondern auch in der Österreichischen Sozialwirtschaft (SWÖ) auf klare Ablehnung. Geschäftsführer Walter Marschitz sieht die Pläne als „nicht realistisch“ an: „Die Probleme des Lehrermangels am Vormittag wird man nicht mit der Nachmittagsbetreuung lösen können.“

Mit dem Wechsel geht nämlich auch eine Änderung der Ausbildung einher. Es sei für Marschitz daher eine „Illusion“ zu glauben, dass die derzeitigen Freizeitbetreuerinnen und -betreuer 1:1 in ein neues System und in ein neues Berufsbild wechseln würden.

Das zeigten auch die massiven Proteste der Beschäftigten selbst. Marschitz: „Viele Beschäftigte wollen kein Teil des schulischen Unterrichts sein, denn sie haben sich bewusst dazu entschieden, Kinder in der Freizeit zu betreuen, ohne Noten zu vergeben.“ Erst vor wenigen Monaten gingen die Freizeitpädagogen daher auf die Straße. Eine Wiederholung ist möglich.



## „Wut und Ärger wird bald sichtbar“

Am Tag der Elementarpädagogik am 24. Jänner wollen die Mitarbeiter auf die prekäre Situation aufmerksam machen. Die „Krone“ sprach mit sechs Pädagogen aus ganz Österreich über ihren Arbeitsalltag.

Der jährliche Tag der Elementarbildung findet am 24. Jänner statt. Und auch heuer wird wieder deutlich: In diesem Berufsbild liegt – wie in so vielen anderen – einiges im Argen. Das übergeordnete Problem ist der Personalmangel. Um das zu ändern, braucht es laut ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann unter anderem neue Formen der Ausbildung. Denn: Zu viele üben den Job danach nicht aus. „Etwa weil in diversen Praktika schlechte Bedingungen erlebt werden. Da denken sich dann viele, warum solle ich in diesem

**Diese Ankündigungspolitik bringt keine Lösungen. Das ist bestürzend. Die Beschäftigten fühlen sich auch nicht wertgeschätzt. Es muss an den richtigen Schrauben gedreht werden.**

Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin

Beruf bleiben?“, führt Schumann aus.

Die Gewerkschaft habe ein modulares Ausbildungsmodell ausgearbeitet, das auch den Quereinsteig erleichtert. Bis dato liegt dies bei den Verant-

wortlichen aber noch in der Schublade. Und das ist schade. Denn viele haben nach wie vor auch noch die falschen Vorstellungen von diesem Beruf, weiß Pädagogin Korinna Doppler aus Niederösterreich: „Es ist



Foto: ÖGB/Kreutler

## UMFRAGE

## MELINDA HIEBINGER (54), WIEN

„Gerade im letzten Jahr im Kindergarten brauchen die Kinder Vorbereitungen für die Schule, dafür ist zu wenig Zeit und zu wenig Personal da. Aufgrund des Personalmangels kann man den Kindern schwer die Bildung vermitteln, die sie brauchen. Dementsprechend hat man ein schlechtes Gewissen.“



## PETRA LEDERER (43), TIROL

„Wenn man 70 Mittagessen unter einen Hut bringen muss und am Ende nur Platz für 30 Kinder gleichzeitig hat, ist das großer Stress. Da müssen alle zusammenhelfen, weil alle gemeinsam essen möchten. Wir stoßen also sowohl räumlich als auch vom Personal her an Grenzen. Kollegen sagen mir, dass sie nicht mehr können und wollen.“



## SILVANA NENAD (46), OÖ

„Die größte Herausforderung ist der Mangel an qualifiziertem Personal. Es werden zwar jedes Jahr genug Menschen ausgebildet, doch nur wenige kommen dann auch in den Kinderbildungseinrichtungen an. Die Branche muss attraktiver werden. Das gilt aber ohnehin für alle Sozialberufe. Es ist daher notwendig, auf die Straße zu gehen.“



## HEINZ HOLZER (54), WIEN

„Es fehlt in Wahrheit an allen Ecken und Enden das Personal. Elementarpädagogik ist nicht einfach nur eine Betreuung für Kinder abseits des eigenen Zuhause. Es geht um nicht weniger als die Bildung der Kinder in unseren Einrichtungen. Ohne Attraktivierungen wird es sehr schwer, neue Kolleginnen und Kollegen zu finden.“



## MANUEL PÖTLTLER (36), STMK

„Unser Problem ist: Die Eltern müssen ja arbeiten gehen. Und wir müssen das Kind nehmen. Irgendwann passiert es, dass man mit 25 Kindern dasitzt – zwischen Schuhbandbinden, Hinterauswischen und Naseputzen bleibt die Kinderbildung aber auf der Strecke. Elementarpädagogik darf sich nicht nur auf Betreuung reduzieren.“



## CORINNA DOPPLER (49), NÖ

„Die Arbeit mit Kindern wird noch immer falsch bewertet. Es braucht so viel für diesen wichtigen Job – vor allem auch emotionale Intelligenz. Man muss spontan sein, flexibel sein – je schlechter junge Menschen ausgebildet sein, desto eher steigen sie wieder aus. Es reicht nämlich nicht aus, nur Einrichtungen zu bauen.“



Mehr Personal, besseres Gehalt und Wertschätzung von der Politik forderten die Elementarpädagogen bei einer Kundgebung.



Foto: SEPA/Media | Martin Juen

keine Kinderbetreuung, sondern Kinderbildung. Die Arbeit mit Kindern wird noch immer falsch bewertet, daher steigen viele unter den falschen Voraussetzungen in den Job ein.“

Zu wenig Zeit,  
schlechtes Gewissen

Durch den Personalmangel bleibt die Bildungsarbeit aber viel zu oft auf der Strecke. „Da wird man zuerst wütend. Warum kommt keiner, ich kann das nicht alles allein. Aber man kann nicht laufend wütend sein. Irgendwann bist du dann in der Resignation“, schildert Elementarpädagogin Manuel Pöttlter (siehe auch rechts). Andere seien froh, einfach nur den Tag überstanden zu haben, wieder andere hätten ein schlechtes Gewissen. „Aber wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr passen, kann man nichts machen. Gerade im Herbst, wo oft jemand krank ist, wird es heftig“, erzählt Petra Lederer. Die Gewerkschaft spricht sich für ein bundeseinheitliches Rahmengesetz aus. „Es braucht einen Booster in der Ausbildung und den Rahmenbedingungen“, so Schumann. Das heißt: kleinere Gruppen, höhere Bezahlung, mehr helfende Hände für Tätigkeiten wie Reinigung. „Die Regierung ist aufgefördert, endlich hinzuschauen. Weg von der Ankündigungspolitik. Das darf nicht wieder eine Schmach-Partie werden.“ Denn ein Streik wird nicht ausgeschlossen. Viktoria Graf

Foto: zVg (6)



Foto: Gerhard Bannert

Die Freizeitpädagogen bei einer Demo in Wien.

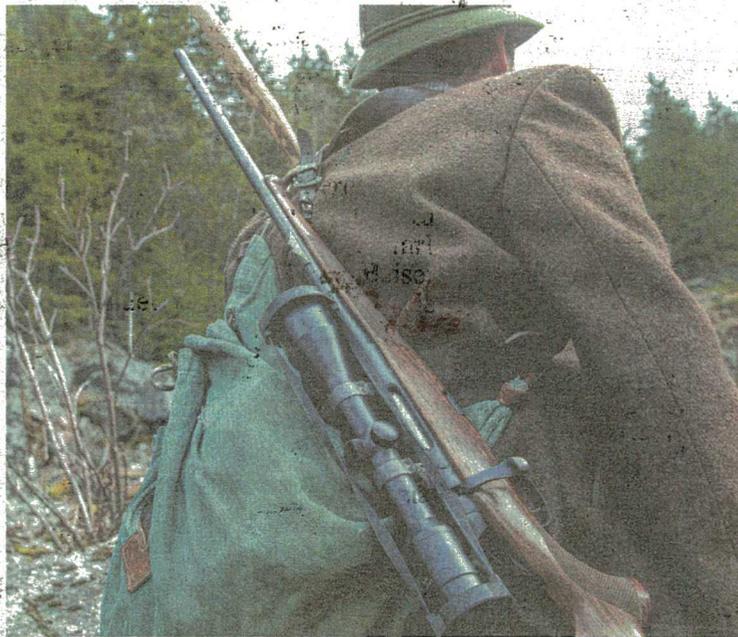
# „Nun können auch andere jagen“

Kritik und Lob an der Entscheidung, der Industriellenfamilie Henkel die Jagdpacht zu entziehen. Am Kufsteiner Stadtberg zeigt sich aber, dass Eigenjagd ein Problem sein kann.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Seit Montag steht die Jagdwelt in und um Kufstein Kopf. Nach rund 70 Jahren als Jagdpächter im Kaisertal wird der deutschen Industriellenfamilie Henkel, die in der Stadt einen stattlichen Hof und die Burgruine Thierberg ihr Eigen nennt, mit April 2025 das Revier entzogen. Außer die deutschen Noch-Pächter kaufen sich eine Jagdkarte, denn so soll das 2800 Hektar große Revier künftig bewirtschaftet werden. Laut Stadtratsbeschluss in einem „dualen System“ durch Berufsjäger und andererseits zur Vermarktung von Jagderlebnissen (Einzelabschüsse, Abschusspakete, Pirschbezirke) im Sinne des Leitbildes Kaisertal. Dessen Prämisse ist der Schutz des Trinkwassers im Naturschutzgebiet, denn trotz der Erfüllung der Abschusszahlen gibt es laut Forstreferent Thimo Fiesel (Grüne) ein Problem mit der Verjüngungsdynamik des Waldes, das zur Gefahr für das Trinkwasser werden könnte. Da es Auffassungsunterschiede mit dem Pächter in dieser Frage gebe, habe man sich für die Eigenjagd entschieden: „So können wir die Abschüsse so steuern, wie wir sie brauchen.“

Das mit dem selbst Steuern kann aber schwierig sein, wie sich im Jagdrevier Stadt-



Ab 2025 wird ein städtischer Jäger die beiden Kufsteiner Reviere betreuen.

Foto: Falk

berg zeigt. Hier setzt man auf Jagdkarten. Mit wenig Erfolg, wie Verwaltungsstrafen der Bezirksbehörde zeigen. Zuletzt wurden nur rund 70 Prozent der notwendigen Abschüsse erreicht. Scheinbar nicht das erste Jahr, in dem es daher böse Post von der Jagdbehörde gab.

Ein Problem, das Forstrefe-

rent Fiesel kennt. Aber zum einen seien die von der Behörde festgelegten Abschusszahlen am Stadtberg sehr hoch, zum anderen habe man künftig auch den städtischen Berufsjäger zur Hand, der dann eingreifen könne, argumentiert der Grünen-Politiker.

Über die Vermarktung der Jagdkarten braucht man sich

anscheinend keine großen Sorgen zu machen. „Jetzt können nach 70 Jahren auch andere im Kaisertal jagen gehen“, ist aus Waidmannskreisen zu hören. Bislang lag die Entscheidung, wer was schießen darf, beim Pächter.

Vor der in der Festungsstadt aufkeimenden Jagdlust warnt Stadtrat Lukas Blunder

(MFG), der einen „Jagdtourismus“ im Naturschutzgebiet befürchtet. Aber nicht nur deshalb brandet eine heftige Diskussion auf. Bereits die Entscheidung im Stadtrat war knapp. Parteifreie und Grüne stimmten dafür und sicherten die Mehrheit mit vier zu drei.

## Kritik an Stadtführung

„Das hat sich der Henkel nicht verdient“, meldet sich Stadtrat Walter Thaler (Gemeinsame Kufsteiner Liste, GKL) zu Wort. Der Pächter habe Jahr für Jahr viel Geld in das Revier gesteckt. Die zur Jagd dazugehörenden Hütten seien „sauber beisammen“. Auch für Stadtrat Richard Salzburg (Volkspartei) ist es „ungeheuerlich, wie mit einem langjährigen Vertragspartner umgegangen wird“. Und für NEOS-Gemeinderätin Birgit Obermüller hat „die lila-grüne Stadtregerung es geschafft, einen Jagdpächter medial zu vernichten“. Kritik gibt es auch an den Kosten. Immerhin ist der Berufsjäger zu bezahlen und Hütten und jagdliche Einrichtungen zu erhalten. Zudem stellt sich die Frage, ob ein Jäger für zwei Reviere ausreicht. Ob dies mit den Einnahmen aus den Jagdkarten abzudecken ist, sei fraglich. Seitens der Befürworter der Eigenjagd wird dem der Quellschutz gegenübergestellt.

TT, 20.01.2024

## Neue Geschäftsführung für Kufgem GmbH

Die Geschäftsleitung der Kufgem GmbH wurde neu aufgestellt: Florian Schletterer ist seit 1. Jänner Geschäftsführer des Kufsteiner IT-Dienstleisters. Der bisherige Geschäftsführer Wolfgang Gschwentner wird bis zum 31. März die Geschäftsleitung unterstützen und anschließend dem Unternehmen in seiner Position als Stadtwerke Geschäftsführer und damit Eigentümervertreter eng verbunden bleiben. In seiner neuen Position wird Schletterer den Fokus auf die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung in Unternehmen und der kommunalen Verwaltung richten.

Florian Schletterer besuchte die HTL für Nachrichtentechnik und Elektronik und absolvierte ein Masterstudium für Betriebswirtschaft, International Management und Marketing. Seine berufliche Karriere star-

tete er im Produktmanagement der Viking GmbH (heute Stihl Tirol). Anfang 2015 wechselte er als Bereichsleiter Produktmanagement & Strategic Business Development zu Swarovski Optik AG & Co. KG. Bis zuletzt war Schletterer dort für die Entwicklung und den Ausbau bestehender als auch neuer Geschäftsfelder, das Produkt- und Portfoliomanagement und Innovationen im Produktbereich zuständig.

Bei Kufgem erkennt Schletterer ein dynamisches Marktumfeld mit zahlreichen Entwicklungsmöglichkeiten: „Durch die schnelle Entwicklung neuer Technologien bieten sich in den Bereichen Hardware, Software und Beratungsdienstleistung viele Chancen, das Kerngeschäft zu stärken und weiter auszubauen.“ Als zentrales Zukunftsthema stuft Schletterer auch die Personalstrategie ein: „Die Qualität in beratungsintensiven Dienstleistungsunternehmen wie Kufgem wird maßgeblich von den Kompetenzen unserer Mitarbeiter beeinflusst. Es ist von entscheidender Bedeutung, als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben und neue Talente für uns zu gewinnen. Mindestens ebenso wichtig ist es, ein Umfeld zu pflegen, in dem sich unsere Mitarbeitenden wohlfühlen und entwickeln können.“



Florian Schletterer

Foto: A. Gretter/Kufgem GmbH

Rufstankblick, 17.01.2024

# Kufgem nun unter neuer Führung

Florian Schletterer ist seit 1. Jänner neuer Geschäftsführer der Kufgem GmbH.

CHRISTIANE NIMPF

KUFSTEIN. Der Tiroler IT-Dienstleister Kufgem GmbH hat mit Jahresbeginn auch eine neue Geschäftsleitung bekommen: Florian Schletterer sitzt seit 1. Jänner im Chefsessel und löst so den bisherigen Geschäftsführer, Wolfgang Gschwentner, ab. Gschwentner bleibt noch bis zum 31. März unterstützend im Unternehmen tätig, wird aber in seiner Position als Stadtwerke-Geschäftsführer, und damit Eigentümerversorger, eng mit der Kufgem GmbH verbunden bleiben. Nach einem umfangreichen Ausschreibungsprozess und zahlreichen Gesprächen mit den Bewerbern entschied sich das Auswahlgremium einstimmig für Florian Schletterer. „Der Gesellschafterausschuss der Kufgem GmbH hat am 13. Dezember 2023 über diesen Vorschlag beraten und den vorgeschlagenen Bewerber ebenfalls einstimmig zum

neuen Geschäftsführer bestellt“, berichtet Bgm. Martin Krum-schnabel, Vorsitzender des Gesellschafterausschusses. Schletterer will den Fokus auf die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung und die kommunale Verwaltung setzen.

## Fokus auf Personalstrategie

Weiters erkennt Schletterer bei Kufgem ein dynamisches Marktfeld mit zahlreichen Entwicklungsmöglichkeiten. „Durch die schnelle Entwicklung neuer Technologien bieten sich in den Bereichen Hardware, Software und Beratungsdienstleistung viele Chancen, das Kerngeschäft zu stärken und weiter auszubauen“, freut sich der neue Geschäftsführer. Als zentrales Zukunftsthema sieht Schletterer auch die Personalstrategie. Denn die Qualität in beratungsintensiven Dienstleistungsunternehmen werde maßgeblich von den Kompetenzen



Florian Schletterer ist seit 1. Jänner neuer GF der Kufgem.

Foto: Gretter

der Mitarbeitenden beeinflusst. „Mindestens ebenso wichtig ist es, ein Umfeld zu pflegen, in dem sich unsere Mitarbeitenden wohlfühlen und entwickeln können. Ich freue mich sehr auf die vielfältigen Herausforderungen und auf die zukünftige Zusammenarbeit mit den Kollegen von Kufgem“, betont Schletterer.

Bezirksamt Kufstein, 17. / 18. 01. 2024

# glück.tage blicken auf Sterne

Neue Kuration, Sterne & mehr: L. Kaltenecker, M. Schmidt-Salomon und R. Schrott sind 2025 Vortragende.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN, BEZIRK. Das Glück hat in Kufstein und seiner Umgebung schon Tradition. 2016 wurde der Grundstein für die „glück.tage“ gelegt, seitdem verfolgt der Tourismusverband Kufsteinerland damit Wege hin zum Glück. 2025 wird die Kultur-Veranstaltungsreihe einen etwas anderen Weg einschlagen. In der neunten Ausgabe setzt man auf ein neues Kuratorium und einen neuen Schwerpunkt. Als neuer Kurator fungiert Klaus Reitberger, der seit 2017 die Kufsteiner Nachtgespräche thematisch organisiert. Reitberger will den Fokus der „glück.tage“ ein wenig verändern. So



Obmann Georg Hörhager, GF Sabine Mair (beide TVB) und Kurator Klaus Reitberger (v.l.) freuen sich auf die neunten „glück.tage“.

Foto: Jureczko

sollen diese künftig nicht nur als Leitfaden zum persönlichen Glück dienen. Vielmehr sollen sie eine Orientierungshilfe sein, wie es der Menschheit als Ganzes gelingen kann, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, an dem möglichst vielen der Weg zum Glück offen steht. Zentral ist für Reitberger auch das alte Versprechen des „Strebens nach Glück“.

## Das Programm

Den Auftakt der Veranstaltungsreihe macht 2025 das „glück.singen“ von Chören aus dem Kufsteinerland im Stadtzentrum von Kufstein am 20. März. Dabei sollen 2025 die Astrophysik und die Sterne bei den „glück.tagen“ ins Spiel kommen. So spricht der deutsche Philosoph, Schriftsteller und Mitbegründer der Gi-

Bezirksblatt  
18.12.2024

ordano-Bruno- Stiftung Michael Schmidt-Salomon am 16. Mai im Kultur Quartier Kufstein. Lisa Kaltenecker, eine der weltweit renommiertesten Astrophysikerinnen, wird am 17. Mai zu Gast im Festspielhaus Erl sein. Am 4. Oktober liest der Schriftsteller Raoul Schrott im Passionsspielhaus Thiersee aus seinem „Atlas der Sternenhimmel“.

## Sterne als roter Faden

„Ein orientierungsgebender Weg zum Glück, der menschheitsgeschichtlich stets eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist der sehnsuchtsvolle Blick in den nächtlichen Sternenhimmel, der sich als roter Faden durch die Veranstaltungen der 'glück.tage' 2025 zieht. Sternbilder sind jene Orte, wo die ältesten Märchen und Sagen der Menschheit verewigt wurden, davon wird uns Raoul Schrott erzählen. In den Umlaufbahnen ferner Sterne sucht die

Wissenschaft heute nach Leben und auch nach Zielen künftiger Entdeckungsreisen – davon erzählt Lisa Kaltenecker. Sterne inspirierten auch Epiker und andere große Philosophen des Glücks, von ihnen erzählt Michael Schmidt-Salomon. Sterne haben unzähligen Entdecker:innen, Denker:innen und Dichter:innen Glück und Orientierung geschenkt. Und dem Publikum der glück.tage soll dasselbe Geschenk widerfahren“, so Klaus Reitberger.

## DIE „GLÜCK.TAGE“

- 20. März, glück.singen, Stadtzentrum Kufstein, 17 Uhr
- 16. Mai, Michael Schmidt-Salomon, Kultur Quartier, 19:30 Uhr
- 17. Mai, Lisa Kaltenecker, Festspielhaus Erl, 19:30 Uhr
- 4. Oktober, Raoul Schrott, Passionsspielhaus Thiersee, 19:30 Uhr

TT, 29.11.24

# Leerstand: Land zieht Zügel fester

Die Novelle zum Leerstandsgesetz liegt vor: Abgabe bis zu 30 Prozent des lokalen Basismietpreises. Pflicht fällt, Kontrolle wird aber erleichtert.

**Innsbruck** – Die schwarz-rote Landesregierung schickt heute die lange erwartete Novelle des Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabengesetzes (TFLAG) in Begutachtung. Die zahnlose, weil kaum zur Anwendung kommende Leerstandsabgabe soll damit massiv verschärft werden. So der Plan. Möglich gemacht hat dies eine Reform des „Volkswohnungswesens“ auf Bundesebene im Frühjahr 2024.

Landeshauptmann Anton Mattle (VP) will künftig den Leerstand vornehmlich dort effizient bekämpfen, wo selbiger auch die Wohnungspreise anheizt – nämlich in der Inntalfurche und in der Landeshauptstadt Innsbruck. Dort schreckte die Maximalhöhe bis dato wenige davon ab, ihre Wohnungen trotz Meldepflicht leer stehen zu lassen. Auch die Meldemoral war ernüchternd. Erstmals

wirksam mit Mai 2024 hat es bis August tirolweit lediglich rund 1300 Meldungen gegeben. Davon machten knapp 1100 Ausnahmetatbestände geltend. Schätzungen gehen aber von 68.000 Wohnungen ohne Wohnsitzmeldung aus. In Summe wurden nur 313.000 Euro an Leerstandsabgabe eingenommen.

Künftig soll die Abgabe bis zu 30 Prozent des lokalen Marktmietpreises ausmachen können. Diese wiederum wird das Land per Verordnung festlegen. Um eine bessere Kontrolle zu garantieren, werden die Gemeinden auch zu einem proaktiven Registerabgleich ermächtigt.

Ein Haken bleibt: Jede Gemeinde wird wieder selbst entscheiden können, ob sie die Leerstandsabgabe einführen will oder nicht. (mami)

Mehr auf Seite 4

einen „Basismietwert“ vorgeben. Zu- und Abschläge nach Wohnungsgröße sollen möglichst sein. Letztlich kann die Leerstandsabgabe bis zu 30 Prozent dieser „Basismiete“ betragen – wie viel davon eine Gemeinde ausschöpft, obliegt der jeweiligen Gemeinderatsmehrheit. Unverändert bleibt, dass die jeweiligen Eigentümer ihre Abgabenhöhe selbst zu bemessen und der Gemeinde zu melden haben.

**4 Kontrolle:** Die Gemeinden haben zwar auch jetzt schon die Möglichkeit, im Verdachtsfall Daten aus dem Zentralen Melderegister mit dem lokalen Gebäude- und Wohnungsregister zu erschneiden. Künftig wird aber möglich sein, die Datenverknüpfung auszuweiten. So sollen diese Abfragen in einem Abgleich der einlangten Abgabenerklärungen einhergehen und so leerstehende Wohnungen leichter identifizieren können. Rechtliche Bedenken dürften jedoch diesbezüglich weiterhin bestehen bleiben.

**Fristen:** Der Stichtag für die Leerstandsmeldung wird von derzeit 30. April auf den 31. März eines Jahres vorverlegt.



Innsbruck ist und bleibt der Hotspot beim Wohnungsleerstand. Bis dato greift das Gesetz nicht.

Foto: Springer

# Neue Leerstandsabgabe hängt an Gemeinden

Mit der vorliegenden Novelle bleibt zwar die Abgabepflicht für die Wohnungseigner bestehen, Einführung wird aber Kommunen überlassen. Höhe wird flexibel.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Die Klubobleute der Landtagsfraktionen wurden gestern Nachmittag über die Novelle des Leerstandsabgabengesetzes informiert. Heute geht sie in Begutachtung, im März 2025 soll sie vom Landtag beschlossen werden. Scharf gestellt sollen die Änderungen dann mit 1. Jänner 2026 sein. Das ist der Zeitplan, den Landeshauptmann Anton Mattle (VP) bereits im Oktober gegenüber der *TT* bestätigt hat.

Wo liegen nun die Unterschiede zwischen der geltenden und der neuen Fassung

des Leerstandsabgabengesetzes? Die *TT* hat die Fassungen miteinander verglichen:

**1 Umsetzungs-Pflicht:** Bislang sind alle 277 Gemeinden Tirols verpflichtet, für leerstehende Wohnungen eine Abgabe einzuheben. Diese Pflicht soll fallen. Künftig will das Land es wieder allen Dorf- und Stadtparlamenten selbst überlassen, ob sie Leerstand besteuern. Begründet wird dies u. a. damit, dass der Wohndruck nicht in allen Gemeinden gleich hoch sei – im Gegensatz zum Verwaltungsaufwand. Die Problematik des Leerstands könne jede Gemeinde selbst bewerten.

**2 Abgaben-Pflicht:** Grundsätzlich gilt jede Wohnung, die länger als durchgehend sechs Monate nicht mit einer Wohnsitzmeldung versehen ist, als Leerstand. Die Ausnahmeregelung bleibt nahezu unverändert (Bsp: desolate Gebäude etc.). Neu hinzu kommen hier Freizeitwohnsitze (Doppelabgabe!) oder aber die nähere Definition von „Eigenbedarf“.

**3 Abgabenhöhe:** Anders als bisher – hier konnte der Gemeinderat je nach Wohnungsgröße aus einer gewissen Abgaben-Bandbreite auswählen – soll nun das Land per Verordnung je Gemeinde



**V. l.:** Georg Hörhager (Obmann TVB Kufsteinerland) und Evi Lechner (Kaiserweis) überzeugten sich selbst von den liebevoll eingerichteten und gemütlichen Gondeln auf der Terrasse des „Park Eleven“. Chef Stephan Mauracher servierte persönlich die verschiedenen Fondues. **Foto: Pierzinger**

## Gondeln im Kufsteiner Stadtpark?

Viele Stadtparkbesucher haben Sie bereits gesehen, doch was hat es mit den Gondeln auf der Terrasse des „Park Eleven“ auf sich? Betreiber Stephan Mauracher hat sich etwas ganz Besonderes einfallen lassen: In den vier beheizten „Wintergenussgondeln“ erwartet alle Gäste vom

22. November bis 30. Dezember, immer jeweils von Donnerstag bis Sonntag, ein besonderes kulinarisches Highlight – ein dreigängiges Fondue-Erlebnis. Entweder klassisch als Fondue Chinoise oder als Käsefondue aus bestem Heumilchkäse von den Kaiserweis-Partnern.

# Mehr Assistenz für Tirols Schulen

Positiv! Administrative Kräfte

werden aufs Doppelte aufgestockt.

**D**ie Pädagogen in unserem Land stehen unter Strom: In Zeiten von Lehrermangel ohnehin gefordert, müssen sie oft auch Aufgaben übernehmen, die nichts mit Unterricht zu tun haben. Hier kommen administrative Assistenzkräfte ins Spiel. Sie übernehmen Verwaltungsangelegenheiten, planen etwa Veranstaltungen oder koordinieren Termine. So entlasten sie Lehrkräfte.

Aktuell arbeiten an Tirols Pflichtschulen 42 Personen bzw. 23 Vollzeitäquivalente (VZÄ) als administrative Assistenzen. Auf die Initiative von Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (ÖVP) soll die Anzahl im Laufe des Jahres 2025 um weitere 20 Vollzeitäquivalente aufge-

stockt werden. Zu den 1,96 Millionen Euro, die Bund und Land Tirol bisher investieren, schießt das Land daher weitere 650.000 Euro zu.

Aktuell werden neun weitere Personen beziehungsweise vier VZÄ und sieben weitere Gemeinden in das Projekt aufgenommen, sodass das Land mit einer Erweiterung auf insgesamt 47 VZÄ rechnet.

„Mit den administrativen Assistenzen schaffen wir nicht nur dringend benötigte Unterstützung, sondern geben den Schulleitungen und dem Lehrpersonal die Möglichkeit, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren: die Förderung der Schülerinnen und Schüler“, sagt Hagele.

Mon 28.11.24

# TVB Kufsteinerland erhöht Ortstaxen auf € 3,50

TVB-Obmann Georg Hörhager wurde für die nächsten fünf Jahre wiedergewählt

**B**ei der Vollversammlung des Tourismusverbandes Kufsteinerland am 14. November standen neben Neuwahlen auch die Erhöhung der Ortstaxen um 75 % auf der Tagesordnung.

Georg Hörhager wurde für eine weitere Funktionsperiode (5 Jahre) als Obmann bestätigt, genauso wie Helmut Naschberger als Aufsichtsvorsitzender und Simon Hermann Huber als Aufsichtsvorsitzender-Stv. Hörhager bedankte sich für das Vertrauen und gab als Ziel für die nächsten Jahre vor, die Aufenthaltsdauer der Gäste zu steigern. „Es wird in den nächsten Jahren noch wichtiger, die Präsenz unserer Region hoch zu halten, damit wird nicht nur eine Durchfahrtsregion werden und die Gäste woanders Urlaub machen.“

Nicht mehr für den Aufsichtsrat aufstellen ließ sich der Thierseer Vizebgm. Johannes Kaindl: „Nachhaltige touristische, infrastrukturelle Entwicklungen stehen beim TVB Kufsteinerland bis jetzt nicht auf dem Plan. Auf die Anfrage beim Obmann, den Vorstand von drei auf bis zu fünf Mandatare zu erweitern, um



V. l.: Die TVB-Geschäftsführerin Sabine Mair und der erneut gewählte TVB-Obmann Georg Hörhager leiteten die Vollversammlung. Fotos: Pierzinger

eine breitere Meinung darzustellen, erhielt ich eine Absage. Ebenfalls ist die Erhöhung der Ortstaxe auch aufgrund großer Rücklagen unverhältnismäßig, Mehrleistungen werden keine geboten. Daher habe ich die Entscheidung getroffen, im Aufsichtsrat nicht mehr weiter tätig zu sein.“

Durch eine neue Verordnung des Landes werden sich für viele tourismusferne Betriebe die Beiträge verringern. Der TVB Kufsteinerland rechnet dadurch mit Mindereinnahmen von geschätzten € 750.000.-/Jahr. Verordnet wurde zudem eine Mindest-Ortstaxe von € 2,60. Diese

wird ab 1. Dezember 2024 eingehoben, ab Mai 2025 wird die Ortstaxe dann nochmals auf € 3,50 angehoben. Damit hofft man, die Verluste wieder auszugleichen. Von den 87 anwesenden Mitgliedern sprachen sich 54 für diese Erhöhung, 23 dagegen aus. „In 11 der 34 Tiroler

Tourismusverbänden beträgt die Ortstaxe bereits jetzt € 3,50 oder sogar deutlich darüber“, so Naschberger.

## Gute Finanzen

Das Bilanzjahr 2023 konnte mit einem Plus von über € 1,5 Mio. abgeschlossen werden. Das Eigenkapital des TVB Kufsteinerland beläuft sich damit auf über € 7,3 Mio. Während man in der Wintersaison ein leichtes Plus verzeichnen konnte, gab es im Sommer einen leichten Rückgang, vor allem durch internationale Großveranstaltungen wie Fußball-EM und die Olympischen Spiele. Die meisten Gäste kamen wieder aus den Ländern Deutschland, Österreich und den Niederlanden, gesteigert werden konnten durch erhöhte Bewerbung die Übernachtungen von Gästen aus Italien.

# TVB kassiert nun 3,50 Euro

Euro (ab Dezember) zur Abstimmung vor, auch über eine weitere Erhöhung auf 3,50 Euro ab 1. Mai 2025 sollte entschieden werden.

## Kritik wegen Erhöhung

Eines der anwesenden Mitglieder kritisierte die 75-prozentige Erhöhung und betonte, dass der TVB Kaiserwinkl nur 2,60 Euro als Ortstaxe verlange: „Wir machen 3,50 Euro – das sind 90 Cent mehr. Bieten wir den touristischen Mehrwert von 90 Cent pro Übernachtung im Gegensatz zum Kaiserwinkl?“ Man könne den Abgang an Einnahmen auch durch eine 50-prozentige Erhöhung ausgleichen. „Die 3,50 Euro sind meiner Meinung nach zu viel“, so das Mitglied. Auch Aufsichtsratsvorsitzender-Stv. Simon Hermann Huber fand kritische Worte: „Mich stört die Haltung des Landes zum Tourismus sehr, dass man nun Wirtschaft und Tourismus trennt“, so Huber. Er erklär-

te, dass die Tourismustreibenden die derzeitigen Indexerhöhungen nicht an den Gast anpassen bzw. weiterreichen könnten. TVB-Obmann Hörhager betonte, dass das Kufsteinerland seiner Ansicht nach im Vergleich zum Kaiserwinkl mit der Gästekarte einen wesentlich größeren Mehrwert biete. Was die 3,50-Euro-Ortstaxe betrifft, bekräftigte Hörhager den vorgelegten Betrag. „Wir sind in einem Wettbewerb“, so Hörhager. Benachbarte Regionen mit höheren Ortstaxen hätten in der Folge höhere Werbebudgets und einen Wettbewerbsvorteil: „Man muss sehr aufpassen, dass die Gäste nicht über uns darüber fahren und woanders urlauben, weil die auf dem Markt wesentlich spürbarer sind“, so Hörhager. Letztendlich stimmten 54 Anwesende für und 23 gegen die Einführung der 3,50-Euro-Ortstaxe. Nach Stimmgewichtung waren dies 1.713 zu 282 „Stimmen“.

## Mehrheit der Touristiker im Kufsteinerland beschließt bei Vollversammlung Erhöhung der Aufenthaltsabgabe.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Nun erhöht auch der Tourismusverband (TVB) Kufsteinerland seine Ortsabgabe. Das haben die Mitglieder bei der TVB-Vollversammlung am Donnerstag, den 14. November mehrheitlich beschlossen. 83 Mitglieder folgten der Einladung nach Kufstein ins Kultur Quartier, nachdem heuer nach fünf Jahren wieder die Wahl des Aufsichtsrates und Vorstandes angestanden war.

Eines der großen Themen war die künftige Höhe der Aufenthaltsabgabe, die bisher bei 2 Euro lag. Auslöser für die Debatte ist eine gesetzliche Novellierung des Ti-



TVB-Obmann Georg Hörhager legte den Touristikern im Kufsteinerland eine Erhöhung der Aufenthaltsabgabe zur Abstimmung vor. Barbara Fluckinger

roler Tourismusgesetzes – der Landtag hat diese im Oktober 2024 beschlossen. Tourismusfernere Unternehmer sollen künftig bei der Abgabe entlastet werden, was dazu führt, dass weniger Beiträge beim TVB ankommen werden. Ansinnen des Landes ist es, dass nun Gäste mehr für die Finanzierung der TVBs bezahlen, heimische Unternehmen hingegen weniger. Das Kufsteinerland

rechnet bei den Pflichtabgaben mit einem Entgehen von rund 750.000 Euro.

Das Land Tirol hat gleichzeitig den Mindestsatz bei der Aufenthaltsabgabe erhöht. Mussten TVBs bislang mindestens 1 Euro erheben, so liegt der Mindestsatz spätestens nach der laufenden Wintersaison bei 2,60 Euro. Der TVB Kufsteinerland legte nun nicht nur die Erhöhung auf 2,60

## Georg Hörhager wird als Obmann im Amt bestätigt

KUFSTEIN. Die Vollversammlung des Tourismusverbandes Kufsteinerland brachte 2024 ferner eine Neuwahl des Aufsichtsrates und Vorstands. Georg Hörhager wurde in seinem Amt bestätigt, der Ebbser bleibt TVB-Obmann. Auch Helmut Naschberger wurde erneut zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt, während Simon Hermann Huber weiterhin als sein Stellvertreter fungiert. Bei der Besetzung des Vorstandes setzt der Verband ebenfalls auf Kontinuität und der bestehende Vorstand bleibt im Amt.

### Minus im Sommer

Für das Tourismusjahr 2023/2024 verzeichnet das Kufsteinerland im Winter (01.11.2023-30.04.2024) mit insgesamt 318.885 Nächtigungen ein Plus von 1,34 Prozent, für den Sommer (01.05.-31.10.) mit 477.347 Nächtigungen ein Minus von 2,45 Prozent. „Schlechtwetterperioden und internationale



Georg Hörhager bleibt Obmann des TVB Kufsteinerland. Foto: Flückinger

Sportgroßereignisse, wie Fußball-EM und Olympische Spiele, haben das Sommerergebnis auch bei uns gedrückt. Dazu kamen einige umbaubedingte Schließungen in der Region. Das alles miteinbezogen, haben unsere Betriebe nahezu das Vorjahresergebnis geschafft“, so TVB-Obmann Georg Hörhager. Insgesamt wurden im Kufsteinerland 796.232 Nächtigungen (01.11.2023-31.10.2024) verzeichnet.

*Berücksichtigt 21.11.24*

# TVB kassiert nun 3,50 Euro

Euro (ab Dezember) zur Abstimmung vor, auch über eine weitere Erhöhung auf 3,50 Euro ab 1. Mai 2025 sollte entschieden werden.

## Kritik wegen Erhöhung

Eines der anwesenden Mitglieder kritisierte die 75-prozentige Erhöhung und betonte, dass der TVB Kaiserwinkl nur 2,60 Euro als Ortstaxe verlange: „Wir machen 3,50 Euro – das sind 90 Cent mehr. Bieten wir den touristischen Mehrwert von 90 Cent pro Übernachtung im Gegensatz zum Kaiserwinkl?“ Man könne den Abgang an Einnahmen auch durch eine 50-prozentige Erhöhung ausgleichen. „Die 3,50 Euro sind meiner Meinung nach zu viel“, so das Mitglied. Auch Aufsichtsratsvorsitzender-Stv. Simon Hermann Huber fand kritische Worte: „Mich stört die Haltung des Landes zum Tourismus sehr, dass man nun Wirtschaft und Tourismus trennt“, so Huber. Er erklär-

te, dass die Tourismustreibenden die derzeitigen Indexerhöhungen nicht an den Gast anpassen bzw. weiterreichen könnten. TVB-Obmann Hörhager betonte, dass das Kufsteinerland seiner Ansicht nach im Vergleich zum Kaiserwinkl mit der Gästekarte einen wesentlich größeren Mehrwert biete. Was die 3,50-Euro-Ortstaxe betrifft, bekräftigte Hörhager den vorgelegten Betrag. „Wir sind in einem Wettbewerb“, so Hörhager. Benachbarte Regionen mit höheren Ortstaxen hätten in der Folge höhere Werbebudgets und einen Wettbewerbsvorteil: „Man muss sehr aufpassen, dass die Gäste nicht über uns darüber fahren und woanders urlauben, weil die auf dem Markt wesentlich spürbarer sind“, so Hörhager. Letztendlich stimmten 54 Anwesende für und 23 gegen die Einführung der 3,50-Euro-Ortstaxe. Nach Stimmgewichtung waren dies 1.713 zu 282 „Stimmen“.

## Mehrheit der Touristiker im Kufsteinerland beschließt bei Vollversammlung Erhöhung der Aufenthaltsabgabe.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Nun erhöht auch der Tourismusverband (TVB) Kufsteinerland seine Ortsabgabe. Das haben die Mitglieder bei der TVB-Vollversammlung am Donnerstag, den 14. November mehrheitlich beschlossen. 83 Mitglieder folgten der Einladung nach Kufstein ins Kultur-Quartier, nachdem heuer nach fünf Jahren wieder die Wahl des Aufsichtsrates und Vorstandes angestanden war.

Eines der großen Themen war die künftige Höhe der Aufenthaltsabgabe, die bisher bei 2 Euro lag. Auslöser für die Debatte ist eine gesetzliche Novellierung des Ti-



TVB-Obmann Georg Hörhager legte den Touristikern im Kufsteinerland eine Erhöhung der Aufenthaltsabgabe zur Abstimmung vor. Barbara Fluckinger

roler Tourismusgesetzes – der Landtag hat diese im Oktober 2024 beschlossen. Tourismusferne Unternehmer sollen künftig bei der Abgabe entlastet werden, was dazu führt, dass weniger Beiträge beim TVB ankommen werden. Ansinnen des Landes ist es, dass nun Gäste mehr für die Finanzierung der TVBs bezahlen, heimische Unternehmen hingegen weniger. Das Kufsteinerland

rechnet bei den Pflichtabgaben mit einem Entgehen von rund 750.000 Euro.

Das Land Tirol hat gleichzeitig den Mindestsatz bei der Aufenthaltsabgabe erhöht. Mussten TVBs bislang mindestens 1 Euro erheben, so liegt der Mindestsatz spätestens nach der laufenden Wintersaison bei 2,60 Euro. Der TVB Kufsteinerland legte nun nicht nur die Erhöhung auf 2,60

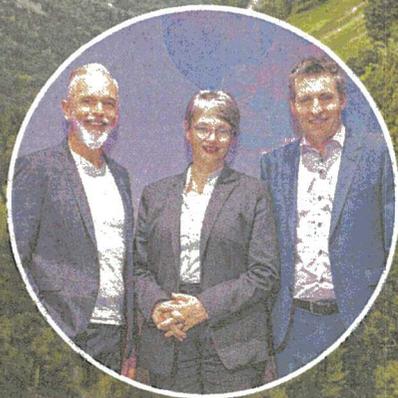
# Bald müssen Urlauber in Kufstein mehr bezahlen

Am Donnerstagabend wurden bei der Vollversammlung des Tourismusverbands außerdem Aufsichtsrat und Vorstand gewählt.

von Theresa Aigner

**Kufstein** – Dafür, dass es nur einen Wahlvorschlag gab, wurde die Vollversammlung des Tourismusverbands (TVB) Kufsteinerland am Donnerstagabend doch recht lang. Das lag nicht an der Wiederwahl des Vorstandes, alle fünf der Liste haben ihr Mandat angenommen. Weniger Ankündigung gab es schon beim Tagesordnungspunkt „Erhöhung der Aufenthaltsabgabe“. Bekanntlich müssen die Tourismusverbände ab Dezember die Abgabe auf mindestens 2,60 Euro erhöhen, so steht es im Gesetz vor. Damit fällt der Wegfall von Einnahmen aufgrund der Senkung der Pflichtbeiträge abgedeckt werden. Beim TVB Kufsteinerland geht man davon aus, dass man dadurch 750.000 Euro weniger zur Verfügung haben wird. „Diesen Wegfall müssen wir kompensieren, indem eine deutliche Erhöhung der Abgabe wird es nicht sein“, waren sich Aufsichtsrat und Vorstand einig.

Anders sahen das die Mitglieder im Publikum. „Dass nur die gesetzliche Vorgabe mit 2,60 Euro erfüllen müssen, ist klar. Ich hätte damit gerechnet, dass wir drei Euro raus machen, da hätte ich mich nicht einmal zu Wort gemeldet. Aber 3,50 sind zu viel“, kommentierte ein Mann im Publikum. Er fragte außer-



Welchen Weg der TVB Kufsteinerland einschlägt, liegt weiter in ihren Händen (kleines Bild v. l.): Obmann Georg Hörhager, Geschäftsführerin Sabine Mair und Aufsichtsratsvorsitzender Helmut Naschberger. Fotos: TVB/Jureczko, Dräger

dem, ob man gegenüber anderen Verbänden, die weniger einheben, so viel mehr zu bieten hätte. Vorstand Georg Hörhager konterte: „Ja, wir bieten diesen Mehrwert ganz eindeutig.“ Mit 3,50 Euro sei man außerdem nicht im oberen Segment. Er verwies auf benachbarte Verbände, die ebenfalls 3,50 Euro einheben. „Wenn wir da nicht mitziehen, wird es schwierig. Wir sind modern, jung und

attraktiv geführt und wollen sichtbar bleiben. Dafür brauchen wir die nötigen Mittel.“ An der Abgabe wird es jedenfalls nicht scheitern – die Erhöhung wurde nach kurzer Debatte mit deutlicher Mehrheit beschlossen. 54 „Köpfe“ waren dafür, 23 dagegen. Nach Stimmgruppen gewichtet heißt das in Punkten: 1713 dafür zu 282 dagegen.

Um kurz vor 23 Uhr verließen die Mitglieder den Ver-

anstaltungssaal des Kufsteiner Kultur Quartiers. Darunter Obmann Georg Hörhager, der kurz zuvor als Vorstand wiedergewählt wurde und somit seine zweite Periode antritt. Auch Aufsichtsratsvorsitzender Helmut Naschberger behielt seine Funktion. „Für die neue Funktionsperiode keine Experimente, sondern ein starkes Zeichen für Kontinuität, Einigkeit und Zusammenhalt“, so Naschberger.

SO 02.11.24

# Bis zu 80.000 Euro Strafe für illegale Freizeitwohnsitze

## Land verschärft Gesetz und schickt geplante Straferhöhung in Begutachtung. Aber: Vielfach werden Strafen von Gerichten herabgesetzt.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Immobilien, die widmungswidrig als Freizeitwohnsitze verwendet werden, erhitzen in Tirol immer wieder die politischen Gemüter. 16.360 behördlich genehmigte Freizeitwohnsitze gibt es, geschätzte 10.000 Wohnungen, Häuser oder Apartments werden hingegen illegal ohne entsprechende Widmung als Feriendomizil verwendet. Die Höchststrafen für Umgehungen betragen derzeit 40.000 Euro, für falsche Angaben gegenüber den Behörden 3000 Euro.

In einem vorliegenden Gesetzesentwurf der schwarzen Landesregierung soll der Strafraum jetzt verdoppelt werden – also von 40.000 auf 80.000 Euro bzw. von 3000 auf 6000 Euro. Geregelt sind die Strafbestimmungen hinsichtlich der Freizeitwohnsitze im Raumordnungsgesetz. Dem vorausgegangen war eine Entschließung des Tiroler Landtags.

Die Einführung von Mindeststrafen wurde aus verfassungsrechtlicher Sicht als problematisch verworfen, weil dadurch die Strafhöhe unabhängig von den Folgen des rechtswidrigen Handelns und dem Grad der Verschuldens des Täters festgelegt würde.

„Weil die letzte Erhöhung schon lange zurückliegt, ist die Erhöhung gerechtfertigt“, sagt der zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP). Er



Kitzbühel ist in Tirol ein Hotspot für Freizeitwohnsitze und sorgt immer wieder für Diskussionen.

Foto: Falk

verschärfung auch mit der generellen Entwicklung des Immobilienmarkts, die in den vergangenen Jahren zu einer drastischen Verteuerung insbesondere der Bodenpreise geführt hat. Zum Hintanhalten von Übertretungen sei es gerechtfertigt und sogar geboten, die bestehenden Höchststrafen zu verdoppeln, heißt es.

### Derzeit nur milde Strafen

Das alles ist schön und gut, die Realität sieht hingegen anders aus. Schon jetzt wird nämlich der Strafraum nicht annähernd aus-

den jüngsten Bescheiden der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften pendelte sich

**„ Weil die letzte Erhöhung der Strafen schon lange zurückliegt, ist die Erhöhung gerechtfertigt.“**

LHStv. Josef Geisler/VP (Raumordnungsreferent)

die Strafhöhe auf rund 4000 Euro ein. Der Schönheitsfehler dabei: Das Landesverwaltungsgericht hat nicht selten das Bußgeld herabgesetzt, in einem Fall sogar von 5000

illegale Nutzung nachträglich ebenfalls eine deutliche Strafmilderung von 4000 auf 1000 Euro. „Schließlich spricht im vorliegenden Fall für eine Strafmilderung ganz besonders der Umstand, dass die Familie des Beschwerdeführers nunmehr die Regelungen des Tiroler Raumordnungsgesetzes für Freizeitwohnsitze zu respektieren gedenkt“, argumentiert das Verwaltungsgericht. Und: Schließlich soll die betreffende Wohnung einer Veräußerung zugeführt werden und damit die bisherige unzulässige Freizeitwohn-

verliehen und ist eine der höchsten Auszeichnungen für nachhaltigen Tourismus. Angefordert wird dafür ein umfassendes Managementsystem, das ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt und eine kontinuierliche Verbesserung der nachhaltigen Entwicklung sicherstellt. Auch zahlreiche Hotels im Kufsteinerland tragen das Umweltzeichen. Die Zertifizierung gilt für vier Jahre.

**D**ie Tourismusdestination Kufsteinerland erhielt das Österreichische Umweltzeichen für Destination. Tourismus-Obmann Georg Hörhager spricht von einem Meilenstein: „Das Kufsteinerland gehört damit nicht nur in Tirol, sondern auch in Österreich zu den Vorreitern – das Umweltzeichen wurde erst zum fünften Mal überhaupt an eine Destination verliehen.“ In Tirol wurde diese Ehre

## Kufsteinerland hat Umweltzeichen

Zertifizierung als Meilenstein für Region. Es ist die zweite in Tirol.

bislang nur Seefeld zuteil. Die Gemeinden Ebbs, Erl, Bad Häring, Langkampfen, Niederndorf, Niederndorf-berg, Schwoich, Thiersee

und die Stadt Kufstein dürfen sich nun als Träger des Umweltzeichens freuen. Dieses wird vom Bundesministerium für Klimaschutz

Kronenziberg 25.10.29

# Leerstand: Erhöhung erst 2026

Abgaben-Novelle wird bis Jahresende vorgelegt, soll aber nicht bereits 2025 in Kraft treten.

**Innsbruck** – Eine höhere Abgabe auf leer stehende Wohnungen soll in Tirol erst mit 1. Jänner 2026 in Kraft treten. Das wird der *TT* aus dem Büro von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) bestätigt.

Ursprünglich für Herbst angekündigt, will Mattle einen Begutachtungsentwurf für eine Gesetzesänderung erst mit Jahresende vorlegen. Wie berichtet, können die Län-

der seit der „Verlängerung“ des Volkswohnungswesens stärker an der Abgabenhöhe drehen, als dies bislang durch die Bundeskompetenz möglich war. In Innsbruck beträgt die Abgabe für eine 90-m<sup>2</sup>-Wohnung aktuell 200 Euro im Monat. Damit kann man weder spekulativen Wohnungleerstand verhindern noch solche Wohnungen für den Markt reaktivieren. Das seit 2023 gel-

tende Abgabengesetz hat nach Ende der ersten Frist im Mai 2024 nur zu einem Bruchteil an „Selbstanzeigen“ geführt. Tirol will deshalb nachschärfen.

Mattle bestätigt, dass zwei externe Expertisen vorliegen, denen zufolge man in einer Neuregelung nach Gemeinden, Wohnungsgröße und Zustand einer Wohnung hinsichtlich der Abgabenhöhe werde differenzieren müssen.

Auch die Ausnahmetatbestände sollen adaptiert werden. Die Fachabteilungen würden an der Novelle arbeiten. Hinsichtlich des Datenschutzes gibt es widersprüchliche Aussagen, Kontroll- und Abfragemöglichkeiten würden aber in der Novelle enthalten sein.

Die Gemeinden warten derzeit hart auf einen Landesvorschlag, bestätigt Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef

Schubert. Mattle steht weiter hinter einer Abgabe, fordert gleichzeitig aber den Bund auf, das Mietrechtsgesetz zu lockern: „Das eigentliche Problem ist das strenge Mietrecht.“ Er plädiert für ein Bundesrahmengesetz, welches den Ländern mehr regionale Gestaltungsmöglichkeiten zuspricht. (*mami*)

Mehr auf den Seiten 2, 4

2022 auf 2023 verdrängen. Auch in Tirol fehlt immer mehr Familien das Geld für das Nötigste, warnt die Caritas. „Dem gesamten Team ist in den vergangenen Monaten vermehrt aufgefallen, dass die Kinder immer öfter nach Essen fragen“, berichtet etwa Sebastian Gabl. Er leitet das Caritas-Jugendzentrum „Space“ im Innsbrucker Stadtteil Reichenau.

Auch Kerstin Egger, Geschäftsführerin der Volkshilfe Tirol, berichtet, dass immer mehr Familien, Kinder oder Jugendliche Hilfe suchen. Der Bedarf nehme stark zu. (*TT*)

Mehr auf den Seiten 2, 3

TT 21.10.2024

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Die Leerstandsabgabe in Tirol ist ein Rohrkrepiierer. Nicht anders kann der nüchterne Befund nach Einführung einer Art Strafsteuer auf längerfristig ungenutztes Wohnungseigentum 2023 ausfallen. Weder kann die Leerstandsabgabe in derzeit geltender Form (siehe Faktbox) den erwünschten Mobilisierungseffekt erzielen, noch deckt sich die Anzahl der – wie vom Gesetz vorgesehen – als Leerstand selbst angezeigten Objekte mit den offiziellen Schätzungen.

Das bestehende Gesetz krankt daran, dass das so genannte „Volkswohnungswesen“ den Ländern bis dato verbot, mit der Leerstandsabgabe einen Lenkungseffekt zu erzielen. Der Abgabenhöhe war also ein gewisses Limit gesetzt. Seit April dieses Jahres ist dies nicht mehr so, die türkis-grüne Bundesregierung trat den Ländern diese zentrale Verantwortung ab. Auch nach massiver Intervention von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und der LH-Konferenz. Mattle wertete dies als Erfolg und kündigte damals sogleich an, noch im Herbst eine Novelle des Tiroler Leerstandsabgabe-Gesetzes vorzulegen.

Daraus wird nun nichts. Auf TT-Nachfrage bestätigt Mattle, dass die Novelle erst mit Jahresende als Begutach-



Foto: Springer

**„** Das eigentliche Problem ist das strenge Mietrecht. Eigentümer haben große Sorgen vor dem Vermieten.“

Anton Mattle  
(Landeshauptmann, VP)

tungsentwurf vorliegen solle. Und es kommt noch dicker. Aus seinem Büro wird hinsichtlich des Inkrafttretens selbiger erklärt, dass „aus fachlichen Gründen und mit Rücksicht auf die notwendigen Übergangsfristen von den zuständigen Fachabteilungen der 1. Jänner 2026 empfohlen wird“.

Zwei externe Gutachten sind eingeholt worden. Eines lotete verfassungs- und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen aus, das andere die immobilienwirtschaftlichen Bedingungen einer „marktwirksamen Leerstandsabgabe“. Aus diesen Expertisen könne abgeleitet werden, dass eine Neuregelung der Abgabe auf eine Differenzierung nach Gemeinden und Wohnungsgröße sowie nach Zustand (neuerwertig oder gebraucht) Bedacht nehmen müsse. Aktuell legen

die Kommunen eigenständig (innerhalb eines vorgegebenen Rahmens) und je nach Wohnungsgröße die Höhe der Abgabe fest. Ausgewiesene „Vorbehaltsgemeinden“ nach dem Grundverkehrsgesetz (in ihnen herrscht hoher Wohnungsdruck) haben jeweils die doppelte Höhe anzuwenden. Nun seien die Fachabteilungen im Landhaus angehalten, einen Entwurf zu erarbeiten, welcher „den Vollzug möglichst einfach gestaltet und Rechtssicherheit garantiert“.

Hinsichtlich der Anhebung der Abgabe lässt sich Mattle weiterhin nicht in die Karten blicken. Sowohl Innsbrucks Vizebürgermeister Georg Willi als auch Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert hatten im Frühjahr noch eine Verdreifachung der Sätze als notwendig erachtet. Inwieweit die doch weit ge-

fassten Ausnahmetatbestände verschärft werden, bleibt offen. Dass sie „überarbeitet“ werden, wird aber bestätigt.

#### Widerspruch zu Zadić-Vorstoß

Die Höhe ist eine Sache, die Feststellung von Wohnungsleerstand eine andere. Dass die Selbstmeldepflicht nicht greift, ist offenkundig. Wie im Mai berichtet, lagen kurz nach dem ersten Stichtag (30. April 2024) nur rund 900 Meldungen (davon 700 beantragte Ausnahmetatbestände) vor. Bei geschätzten 68.000 potenziellen Wohnungsleerständen in Tirol. Könnten die Gemeinden Daten des Melde- und Gebäuderegisters verknüpfen, wäre die Feststellung ein Leichtes. Justizministerin Alma Zadić (Grüne) hat noch im April im TT-Interview damit aufgehört lassen, dass sich dies – entgegen der Behauptung

der Länder – sehr wohl mit der Datenschutzgrundverordnung in Einklang bringen lasse. Vorausgesetzt, die Länder schaffen hierfür eine landesgesetzliche Grundlage. Tirol wollte dies auch schriftlich aus dem Justizministerium bestätigt haben. Und erhielt laut Mattle-Büro eine Absage. Die Auslegung des Tiroler Leerstandsabgabe-Gesetzes obliege den Behörden und Gerichten, soll es aus Wien heißen. Und auch die Datenschutzbehörde verweise auf die nötige Einzelfallprüfung infolge eines „konkreten Beschwerdeverfahrens“. Tirol werde aber „entsprechende Kontroll- bzw. Abfragemöglichkeiten vorsehen“, heißt es aus Mattles Büro.

Mattle steht weiter hinter einer Leerstandsabgabe, hält aber das strenge Mietrecht „für das eigentliche Problem“. Der Bund müsse den Ländern

## Leerstand:

**Schätzungen:** Genaue Zahlen zum Wohnungsleerstand in Tirol gibt es nicht. Auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 2021 rechnete die Statistik Austria vor, dass gut 16 Prozent aller Wohnungen in Tirol ohne Wohnsitzmeldungen seien. Das muss nicht zwingend ein Leerstand sein, ein solcher ist aber naheliegend. Das wären dann über 68.000 Wohnungen. In Innsbruck wird von über 7000 Leerständen ausgegangen.

**Gesetz:** Als Leerstand in Tirol ist gesetzlich definiert, wenn eine Wohnung mehr als sechs Monate am Stück unbewohnt ist. Ausnahmen gibt es für baufällige Wohnungen, zeitnahen Eigenbedarf, Land- und Forstwirtschaft oder Unvermietbarkeit.

**Innsbruck:** Die Leerstandsabgabe beträgt in Innsbruck monatlich 200 € für eine 90-m<sup>2</sup>-Wohnung.

auch hier Spielraum geben. Der Gemeindeverband harret indes der Leerstandsnovelle, wie Schubert sagt: „Leerstand darf nicht lohnender sein als Vermieten. Das Land muss sich mit einem Vorschlag jetzt bewegen.“



Foto: Springer

**„Manche Dinge dauern scheinbar länger. Alle Augen sind auf das Landhaus gerichtet. Die Zeit drängt.“**

Karl-Josef Schubert  
(Gemeindevorstandspräsident)

KUFSTEINBLICK  
25. September 2024



V. l.: GF Sabine Mair (TVB-Kufsteinerland), Nachhaltigkeitskoordinatorin Theresa Gorbach, Kulturmanagerin Maria Reitberger, Auditorin Dr. Michaela Hölz vom Verein für Konsumentenschutz, GF Melanie Steinbacher (Regionalmanagement KUUSK) sowie Obmann Georg Hörhager (TVB Kufsteinerland).  
Foto: TVB Kufsteinerland/Herbert Oberhofer

## TVB Kufsteinerland auf dem Weg zur Nachhaltigkeitszertifizierung

**D**er Tourismusverband Kufsteinerland hat einen bedeutenden Schritt in Richtung nachhaltige Regionalentwicklung unternommen: Die Auditphase im Rahmen der Bewerbung um das Österreichische Umweltzeichen für Tourismusdestinationen wurde erreicht. Obmann Georg Hörhager: „Das ist ein entscheidender Meilenstein auf unserem Weg zu dieser renommierten Zertifizierung, die für nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus in Österreich steht.“

Die Auditphase des umfassenden Zertifizierungsprozesses ist ein wesentlicher Bestandteil, in dem die Einhaltung der strengen Kriterien des Österreichischen Umweltzeichens überprüft wird. Dazu zählen Maßnahmen zur Förderung regionaler Produkte und zum Schutz der natürlichen Ressourcen sowie der Biodiversität, Maßnahmen im Bereich Mobilität und Inklusion und andere. Zwei Tage lang war nun die vom Verein für Konsumentenschutz (VKI) bestellte Prüferin Dr.

Michaela Hölz gemeinsam mit der Nachhaltigkeitskoordinatorin des TVB Kufsteinerland Theresa Gorbach in den Kufsteinerland-Gemeinden unterwegs, um sich vor Ort ein Bild zu machen. „Das Erreichen der Auditphase zeigt, dass das Kufsteinerland mit allen beteiligten Akteur:innen und Unternehmen auf dem richtigen Weg ist, ein Vorbild für nachhaltigen Tourismus in Österreich zu werden“, sagt TVB-Obmann Georg Hörhager. Das Österreichische Umweltzeichen für Destinationen wird vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verliehen und ist eine der höchsten Auszeichnungen für nachhaltigen Tourismus in Österreich. Gefordert wird ein umfassendes Managementsystem, das sowohl ökologische als auch soziale Aspekte berücksichtigt und die kontinuierliche Verbesserung der Nachhaltigkeitsleistung sicherstellt.

Der Abschluss der Auditphase und die finale Entscheidung, ob das Umweltzeichen an das Kufsteinerland verliehen wird, sollen noch heuer erfolgen.

TT 23. Sept. 2024

# TVB braut jetzt sein eigenes Bier

„Kultur-Sud“ heißt die neueste Kreation der Schwoicher Brauerei Bierol. Sie soll Lust auf Urlaub im Kufsteinerland machen.

Von Michael Mader

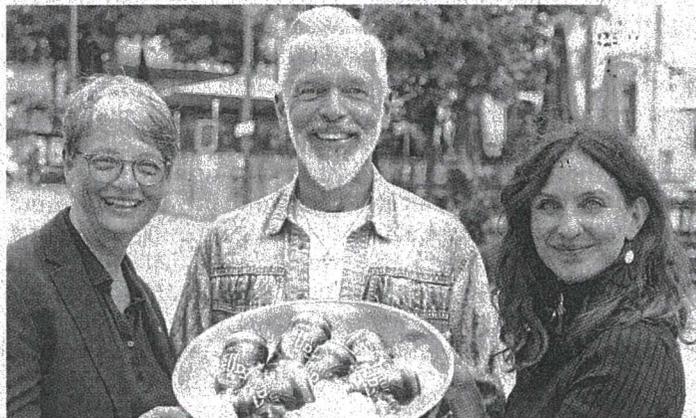
**Kufstein** – Bei Partnertreffen und Medienterminen in den wichtigsten Herkunftsländern der Gäste des Kufsteinerlandes wurde er bereits vorgestellt – der „Kufsteinerland Kultur-Sud“. Der Tourismusverband hat mit der Schwoicher Brauerei Bierol ein charakterstarkes, helles Lagerbier entwickelt.

„Wir setzen ja gerade sehr viel Engagement in den Kulturbereich“, erklärt TVB-Obmann Georg Hörhager die Namensgebung. Bei diversen Kulturveranstaltungen wurde das neue Bier bereits ausgedient. Laut Hörhager stammt die Idee dazu von TVB-Geschäftsführerin Sabine Mair. Die auffällige Werbemaßnahme hat für Hörhager auch einen zweiten Effekt: „Wichtig ist, dass durch solche Maßnahmen auch unsere Regionalpartner gefördert werden, wie hier etwa Bierol.“

Möglichst viele Betriebe sollten Zugang zu Wirtschaftskooperationen erhalten.

Das Bier soll sowohl die große kulturelle und kulinarische Vielfalt als auch das hochwertige Kulturangebot des Lebensraumes rund um Kufstein widerspiegeln. In einer ersten limitierten Auflage wurden 500 Liter des Lagerbiers gebraut und soll potenziellen Gästen Lust auf einen Urlaub im Kufsteinerland machen.

Lisa Luginger-Bichler, Geschäftsführerin der Brauerei Bierol, sieht in der Kooperation eine Win-win-Situation: „Dass der TVB an uns regionale Produzenten und Unternehmen denkt, ist ganz wichtig. Ich finde, durch die Zusammenarbeit ist ein echtes Best-Practice-Projekt entstanden, und uns freut es natürlich sehr, wenn unser Produkt so gut ankommt und vielleicht sogar noch Lust auf Urlaub im Kufsteinerland macht.“



GF Sabine Mair und Obmann Georg Hörhager (TVB Kufsteinerland) sowie Bierol-GF Lisa Luginger-Bichler (v. l.).

Foto: TVB Kufsteinerland/Christian Forcher

# Ein Dach für Pflege als Lösung

Regionalmanagement erhob, wie zufrieden das Pflegepersonal ist, und liefert erste Lösungsansätze zum Mangel.

BARBARA FLUCKINGER

BEZIRK. Wie zufrieden ist das Pflegepersonal in der Region? Antworten auf diese Fragen präsentierte nun das Regionalmanagement (RM) Kufstein und Umgebung, Untere Schranne – Kaiserwinkl gemeinsam mit dem RM Kitzbüheler Alpen. Auslöser war ein massiver Einbruch in allen Ausbildungszweigen des Ausbildungsangebotes beim Pflege Campus Kufstein im Jahr 2022. Das RM rief das Projekt „PulsCare“ ins Leben und nahm rund 30.000 Euro an Projektkosten in die Hand. Zuerst ging es darum, die Ist-Situation bei den Pflegekräften genau unter die Lupe zu nehmen.



KUUSK-GF M. Steinbacher, Projektkoordinatorin C. Schwinghammer, R. Wildbichler, J. Ritzer und C. Schweiger (Pflege Campus) (v.l.).

Foto: Fluckinger

Von Bedeutung war für Josef Ritzer, Obmann des Vereins KUUSK und Bürgermeister von Ebbs, die Frage danach, warum Pflegepersonal kündigt, aber auch wie man geeignete Menschen zum Pflegeberuf besser animieren könne. Das Regionalmanagement hat

deswegen eine zweigeteilte Erhebung (mit einer Online-Umfrage und Fokusgruppen) gestartet. Bei einer Online-Befragung nahmen 225 Personen (Pflegepersonal) teil: 82 Prozent davon waren Frauen, 17 Prozent Männer und 1 Prozent divers. Die Resultate aus der Be-

fragung bergen teilweise Überraschungen. Was die Arbeitszeiten betrifft, zeigte die Befragung etwa, dass die Zufriedenheit hier umso höher ist, je geringer die Stundenanzahl ist. Über 30 Prozent empfinden sehr oft oder oft Arbeitsdruck. Was hier aber überrascht: Der größte empfundene Druck geht von Begleitpersonen und Angehörigen aus, erst danach folgen Vorgesetzte oder die Patienten selbst.

## Pflege unter einem Dach

Renate Wildbichler (Forschungsassistentin, MCI) präsentierte die Ergebnisse von drei Fokusgruppen, die vom MCI durchgeführt wurden. Mit dabei waren unter anderem Politiker, Pflegedienstleitungen und Pflegekräfte aller Altersklassen. Sie sprachen über Herausforderungen und Lösungsvorschläge. Ganz allgemein kann man sagen, dass die Teilnehmer zum Schluss kommen, dass es

eine verstärkte Zusammenarbeit in der Region benötigt. Ein gemeinsames „Dach“ in der Organisation von Pflege würde vieles erleichtern.

Beim Thema Aus- und Weiterbildung brauche es etwa eine „Pflege-Landkarte“, um die Ausbildungsmöglichkeiten besser darzustellen. Eine weitere Idee ist ein gemeinsamer „Qualifizierungspool“ in der Region, in den man gemeinsam zur Finanzierung einzahlt: Wenn jemand beispielsweise vom Krankenhaus ins Altenheim wechselt, kann er die Finanzierung „mitnehmen“. Auch die Einführung von flexibleren Dienstplänen und Dienstplantreue wurden als Lösungen genannt.

Die Ergebnisse fließen nun in das Projekt zur weiteren Maßnahmensetzung ein – das heißt, dass bereits im Oktober erste konkrete Schritte für eine Verbesserung umgesetzt werden sollen.

Betriebsblatt  
2.10.2024

# Leere Kassen in Gemeinden, GemNova-Pleite mit Folgen

Tiroler Gemeinden steht finanziell das Wasser bis zum Hals. Ermittlungen zur GemNova noch nicht abgeschlossen, Bund fordert 290.000 Euro zurück.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Aufwendungen in den Gemeinden galoppieren davon, die Einnahmen können die (Personal-)Kosten kaum noch decken. Die Situation sei mehr als angespannt, betont Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert. Nicht nur die leeren Gemeindekassen fordern ihn, auch die Abwicklung der im Vorjahr mit zehn Millionen Euro Schulden in Konkurs gegangenen Dienstleistungsgesellschaft GemNova. Millionenforderungen drohen, der Gemeindeverband hat deshalb selbst eine Feststellungsklage gegen seinen ehemaligen Präsidenten Ernst Schöpf, Ex-GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb und den Steuerberater auf Schadenersatz eingebracht. Aber dazu später.

## Rekord-Verschuldung

Tirols Gemeinden verzeichneten im Vorjahr eine Rekordverschuldung. Sie stieg auf 1,196 Milliarden Euro an, dazu kommen noch die Verbindlichkeiten für die Gemeindeverbände von 235 Mio. Euro. 117 Gemeinden sind stark bzw. voll verschuldet. Schubert spricht sich deshalb für Strukturreformen aus, „denn inzwischen geht es bereits um die Liquidität“. So müssen einzelne Gemeinden schon mit aufsichtsbehördlicher Genehmigung ihren Kontokorrentrahmen bei den Hausbanken überziehen, um die Gehälter ihrer Gemeindebediensteten zu zahlen. Zugleich verlangte das Land vier Prozent Verzugszinsen, wenn etwa die Umlagen für die Mindestsicherung nicht zeitgerecht herabgezogen wurden. Schu-



Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert muss derzeit um die finanziellen Interessen der Gemeinden kämpfen, die finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, aber auch um die Zukunft des Verbands. Foto: Böhm

bert: „Aber da konnten wir vorerst eine Lösung mit dem Land erzielen. Nur, es sollte gesetzlich geändert werden.“

**„So eine Situation habe ich noch nie erlebt. Inzwischen geht es bereits um Liquidität in den Gemeindekassen.“**

Karl-Josef Schubert  
(Gemeindeverbandspräsident)

Länger als erwartet dauert die Aufarbeitung der Zehn-Millionen-Euro-Pleite der GemNova. In den nächsten Wochen will Masseverwalter Stefan Geiler allerdings seine Vorstellungen über die Verpflichtungen des Verbands auf den Tisch legen. Zwischenzeitlich führt er auch

ein Verfahren mit dem Bund – etwa mit der Covid-Finanzierungsagentur Cofag. Wegen richtlinienwidriger Verwendung fordert die Republik Österreich rund 290.000 Euro von der GemNova (Insolvenzforderung) zurück. Klage wurde eingebracht, Geiler weist den Anspruch allerdings zurück und geht von einem Verfahren bis zu den Höchstgerichteten aus.

Gleichzeitig hat Geiler eine Anfechtungsklage gegen Finanzamtzahlungen eingebracht. Trotz der aus seiner Sicht bereits vorliegenden insolvenzrechtlichen Überschuldung wurden noch 550.000 Euro an die Finanzbehörde geleistet. Das weist die Republik zurück. Das wundert wiederum Geiler, zumal

die jahrelang eingereichten GemNova-Bilanzen ein negatives Eigenkapital ausgewiesen haben.

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt ihrerseits seit März gegen Ernst Schöpf und Alois Rathgeb wegen des Verdachts der grob fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen. Dazu hat die Anklagebehörde auch einen Sachverständigen beauftragt, nach Auskunft des Sprechers der Staatsanwaltschaft Hansjörg Mayr seien die Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Die eingebrachten Sachverhaltsdarstellungen von FPÖ-Partei- und NEOS werden übrigens im betreffenden Ermittlungsverfahren mitbehandelt.

FT, 26.9.24

# Katastrophenschutz am Prüfstand

In Seefeld wird derzeit der Katastrophenschutzplan auf neue Beine gestellt.

**Seefeld** – Die abgebrochene Rave-Party vor drei Wochen im Seefelder Magic Castle wirkt bei der Gemeindeführung immer noch nach. In der Nachschau findet Bürgermeisterin Andrea Neuner drastische Worte: „Heute wissen wir nach zahlreichen Nachbesprechungen, dass es zu späterer Stunde wahrscheinlich Todesopfer gegeben hätte, weil es nicht mehr handhabbar war.“ Wie berichtet, hatte Neuner die Veranstaltung kurz vor Mitternacht in Abklärung mit der Behörde abgebrochen, weil die Veranstalter massiv gegen Auflagen verstoßen hatten und weil mehr als doppelt so viele Besucher wie die erlaubten 1499 vor Ort waren. Glück im Unglück: Die



Foto: Tanja Cammerlander

**„Der Vorfall hat gezeigt, wie schnell bei einer Veranstaltung Gefahr für Leib und Leben entstehen kann.“**

Andrea Neuner  
(BürgermeisterIn Seefeld)

Gemeinde arbeitet derzeit, wie vom Land Tirol vorgeschrie-

ben, intensiv an der Überarbeitung des Katastrophenschutzplans. Nicht zuletzt wegen des guten Zusammenspiels zwischen Behörden und Einsatzkräften konnte menschliches Leid verhindert werden.

„Der Zwischenfall im Magic Castle war so gesehen unser erster kleiner Katastrophenschutz-Einsatz, wo man wirklich gemerkt hat, wie wichtig es ist, dass die Einsatzkräfte zusammenarbeiten, um 2000 Leute zu evakuieren“, erklärt Neuner. Es habe sich gezeigt, wie schnell bei einer Veranstaltung Gefahr für Leib und Leben entstehen könne.

Gemeinderat Frank Ritzinger kümmert sich derzeit um die Umsetzung des Plans und spielt mögliche Katastrophen-

Szenarien durch. „Eine enorme Herausforderung für uns wäre, wenn ein großes Hotel brennt und wir viele Menschen evakuieren müssten. Zum Glück sind Themen wie Lawinen oder Hochwasser in unserer Region zweitrangig.“

Von Vorteil sei außerdem, dass für die Unterbringung die WM-Halle, die Schulen im Ort und zahlreiche Hotels zur Verfügung stünden. „Die Bereitschaft unter den Hoteliers ist sehr groß, auch was eine mögliche Versorgung von Einsatzkräften betrifft. Wenn was ist, helfen alle zusammen.“

Die Gemeindeführung will demnächst eine Ausschreibung ausgeben, mit der Freiwillige für die Mitarbeit gesucht werden. (rena)

# Kläranlage in Niederndorf wird für € 5,2 Mio. erweitert



**Spatenstich** der Bürgermeister der beteiligten Gemeinden mit den Verantwortlichen für den Umbau und den Mitarbeitern der Anlage. Foto: Pierzinger

**1** 1986 wurde die Kläranlage in Niederndorf eröffnet. Um auch in Zukunft den Bedarf zu decken, werden bis 2026 rund € 5,2 Mio. investiert, um das Beckenvolumen zu vergrößern und den Altbestand zu sanieren.

1980 wurden von den Gemeinden Ebbs und Niederndorf ein Abwasserverband gegründet, von 1984 bis 1986 dann eine Kläranlage im Gemeindegebiet von Niederndorf unterhalb des Kraftwerkes Oberaudorf-Ebbs errichtet. In den folgenden Jahren schlossen sich auch die Gemeinden Erl, Niedern-

dorferberg, Rettenschöss sowie der Ortsteil Sachrang der Gemeinde Aschau (Deutschland) an.

Auch ein neues Wasserrechtsgesetz in den 90er Jahren, welches zusätzliche Reinigungsanforderungen stellte konnten durch den optimierten Betrieb der Mitarbeiter der Kläranlage immer erfüllt werden.

Doch durch den laufenden Anschluss neuer Betriebe ist es immer wieder zu Problemen bei der Kläranlage gekommen, dadurch ist nun ein Ausbau der biologischen Reinigung erforderlich. Bis 2026 soll der Ausbau abgeschlossen sein,

das Beckenvolumen wird dann um 110 % auf 5000 Kubikmeter anwachsen.

„Es hat sich doch zu einem etwas größerem Projekt ausgetarnt, als wir uns am Anfang vorgestellt haben. Nach den zwei Jahren Umbauzeit wird es dann hoffentlich wieder für 30 Jahre die Anforderungen erfüllen“, so Bgm. Josef Ritzer beim Spatenstich am Mittwoch, 11. September.

Rund € 5,2 Mio. investieren die sechs Gemeinden, wobei der Kostenschlüssel durch mehrere Faktoren bestimmt wird. Ebbs hat mit rund 40 % den größten Anteil zu leisten, dann folgt Niederndorf mit rund 30 %. Der Rest wird zwischen den vier verbleibenden Gemeinden aufgeteilt. Man erhofft sich noch Förderungen in Höhe von ca. 20 bis 25 %. Der bereits erfolgte Grundstückskauf, der für die Erweiterung erforderlich war, ist in den genannten Kosten nicht enthalten.

Modernisiert wird auch die Tierkörperverwertung, die ebenfalls auf diesem Gelände umgesetzt wurde. „Auch dieser Teil der Anlage wird modernisiert, adaptiert und für die Mitarbeiter ein wenig appetitlicher gemacht“, erklärte Ritzer.

KUFSTEINBLICK 18. Sept. 2024